

Aeroflot offeriert die neue internat



LWOW – PRAG

Die Strecke wird jeden Mittwoch mit einer Jak 42 beflogen.
Flugplan:

Flug	Abflug	Ankunft
Su 697	Lwow 08.40	Prag 08.30
Su 698	Prag 09.50	Lwow 13.40

(Ortszeit)

Die neue Route zwischen der Sowjetunion und der Tschechoslowakei ist zeitsparend und bietet neue Möglichkeiten, um die bedeutendsten kulturellen Zentren und Städte beider Länder kennenzulernen.

Nähere Auskünfte über die Flüge auf dieser neuen Strecke geben alle Vertretungen von Aeroflot.

14159 6 100 000 002
JANSETSKHFK,R
8800 5031 9864 SLBN 27/C-424
902

Индекс 70624 НА НЕМЕЦКОМ ЯЗЫКЕ

Nr. 6

5. – 11. Februar 1990

BRD 2, – DM
Österreich 10, – ÖS
Schweiz 1, 80 sfr
Berlin (West) 2, – DM

**MOSKAUER HEFTE
FÜR POLITIK**

NEUE ZEIT

Der zweite
Sieg des
Hosni Mubarak

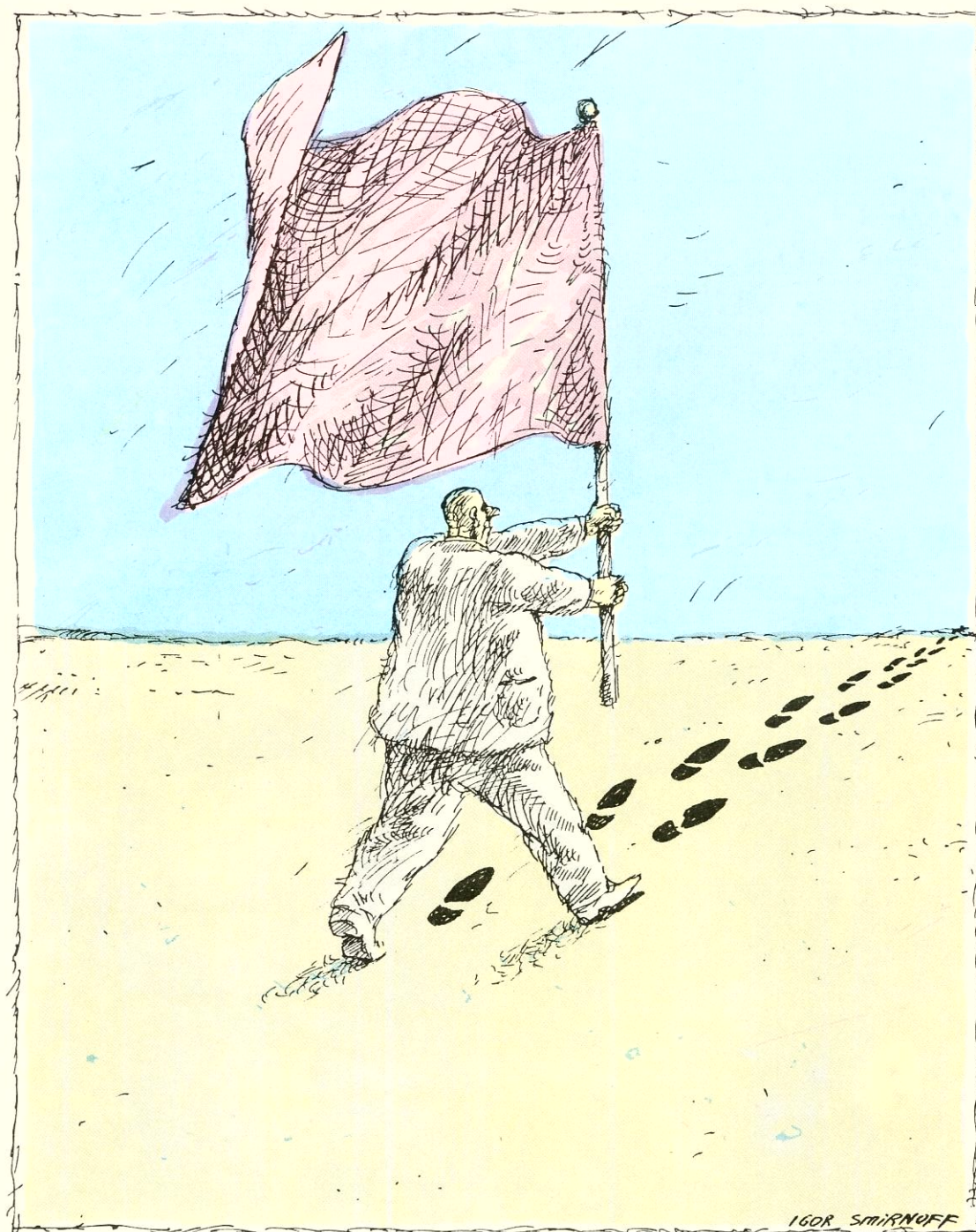


Neue Avantgarde

Ketzerei und Kanon

DIE DEUTSCHE FRAGE IM EUROPÄISCHEN KONTEXT

ISSN 0233 – 8335



Zeichnung: Igor Smirnow

**POLITISCHE
WOCHENSCHRIFT**

**NEUE
ZEIT**

**Nr. 6
Gründungsjahr
der deutschen Ausgabe
1945**

LESERBRIEFE (2), EREIGNISSE DER WOCHE (4), PERSONALIEN (44)

SPANNUNGSSHERDE



Transkaukasus:
Kraftprobe
\$5

M. Schakina TRUPPEN ENTSANDT. POGROME GESTOPPT.

WAS NUN? 5

G. Sidorowa LEHREN FÜR DIE GEGENWART 6

B. Topornin STÄRKE UND SCHWÄCHE DER MACHT 8

JUGOSLAWIEN *G. Syssojew* SPALTUNG? 10

RUMÄNIEN *S. Swirin* ATTACKEN GEGEN DIE FRONT 11

BULGARIEN

J. Iwantschenko, R. Kostowa-Setschkowa, R. Setschkow BRUCH

MIT DER „DYNAMISCHEN STAGNATION“ 12

NZ-DISKUSSIONSCLUB *A. Kolossow*

DIE „DEUTSCHE FRAGE“ ALS EUROPÄISCHES POLITIKUM 14

PANAMA *J. Kudimow* NACH DER INVASION 17

FERNER OSTEN *Lee Haeng Goo* ZUKUNFTSPÄNE 18

UdSSR – JAPAN *W. Owsjannikow*

B. Jelzyn: DIE LAST DER VERGANGENHEIT ÜBERWINDEN 20

PORTUGAL *S. Murawjow*

„GLEICHHEIT IN ARMUT“ ODER „UNGLEICHHEIT IN REICHTUM“? 22

IDEEN UND ERFAHRUNGEN *B. Orlow*

WER HAT ANGST VOR DER SOZIALDEMOKRATISIERUNG? 24

POLITISCHES PORTRÄT *K. Kapitonow* ÄGYPTENS Vierter PRÄSIDENT 26

RECHTSSTAAT

L. Jelin W. Jakowlew: MINISTER KANN NICHT GARANTIEREN 29

KRISEN DER PERESTROIKA *A. Guber* HEISSER WINTER AM URAL 32

WIRTSCHAFTSBAROMETER *L. Pijaschewa* WAHRE UND FRISIERTE ZAHLEN 35

KUNST *J. Piwowarowa* GENERATION NACH SOTHEBY'S 36

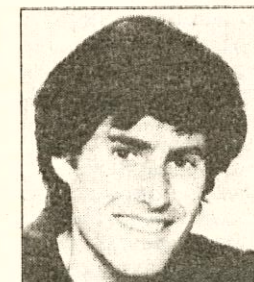
TAGEBUCH DES SOZIOLOGEN *L. Ionin* WER ZAHLT... 39

HANDSCHRIFTEN BRENNEN NICHT *K. Jaspers* DIE FREIHEIT ALS ZIEL 40

EXKLUSIV FÜR DIE NZ *W. Schischkowski* Uri Geller: MOSKAU WIRD STAUNEN 46

KULTUR *T. Firssowa – D. Lichatschow* DAS LETZTE MITTEL 47

FESTIVAL „NOWOJE WREMJA“ EINE WEITGEÖFFNETE TÜR 48



Uri Geller:
Wundertäter
aus London
\$46



Nochmals
Menschenrechte
Interview mit dem
Justizminister
der UdSSR
Wenlamin Jakowlew
\$29

Titelbild: Viktor Brel

**Anschrift: 103782, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja pl.
☎: 229-88-72, 209-07-67**

Telex 411164a NEWTSU, 411164b NEWTSU, 411164c NEWTSU Telefax: 200-42-23; 200-41-92

Erscheint in Russisch, Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch, Portugiesisch,
Italienisch, Polnisch, Tschechisch und Griechisch • Druck: „Moskowskaja Prawda“

„Aeroflot“ bringt die „Neue Zeit“ prompt in jedes Land

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet

Chefredakteur
Vitali IGNATENKO
Redaktionskollegium:
Leonid ABRAMOW,
Lew BESYMENSKI,
Alexej BUKALOW
(verantwortl. Sekretär),
Alexander DIDUSSENKO,
Vitali GANJUSCHKIN
(stellv.

Chefredakteur),
Sergej GOLJAKOW,
Wladimir
KULISTIKOW
(stellv. Chefredakteur),
Leonid MLETSCHEIN,
Dmitri POGORSHELSKI,
Alexander PUMPJANSKI
(1. stellv.

Chefredakteur),
Galina SIDOROWA,
Wiktor STARSCHINOW

Gestaltung:
Igor SCHEJIN

Verantw. Redakteur
der deutschen Ausgabe:
Gennadi MJASNIKOW

NZ-Korrespondenten:
Algier
Michail CHROBOSTOW;
Belgrad
Gennadi SYSSOJEW;
Berlin
Anatoli KOWRIGIN;
Bonn
Nikita SHOLKWER;
Bukarest
Sergej SWIRIN;
Delhi
Sergej IRODOW;
Havanna
Vitali SOBOLEW;
Lusaka
Nikolai RESCHETNJAK;
Managua
Juri KUDIMOW;
New York
Jewgeni ANDRIANOW;
Prag
Kim KOSTENKO;
Rom
Pawel NEOIZA;
Stockholm
Alexander POLJUCHOW;
Tokio
Wladimir
OWSJANNIKOW;
Warschau
Rudolf BORECKI

Auslandsredaktionen:
Warschau, „Nowe Czesy“
Jan LYSEK;
Prag, „Nova doba“
Vladimir TRAVNICEK;
Athen, „Nei Keri“
Kostas MICHAELIDES

LESERBRIEFE

„Leserbriefe“

■ In Ihrer Zeitschrift werden Briefe von Lesern im In- und Ausland abgedruckt, denen es nicht gefällt, wie in der NZ über das Leben im Westen berichtet wird. Diesen Leuten gefällt also nicht die objektive Information über das Leben in diesen Staaten, sie beklagen das Fehlen der üblichen Verhöhnung des „verfaulenden Kapitalismus“. Wir gehen damit angeblich von „hohen Idealen“ ab. Warum drucken Sie solche Briefe? Natürlich gibt es derartige Meinungen bei uns und im Ausland. Spiegeln sie aber tatsächlich die öffentliche Meinung in vollem Umfang wider? Begreifen wirklich alle ausländischen NZ-Leser die Veränderungen in der UdSSR unter diesem Blickwinkel? Ich denke, die Journalisten sollten nur die Meinung der Mehrheit wiedergeben. Jenen ausländischen Bürgern, die unisono mit unseren Konservativen ihr Klagelied singen, würde ich empfehlen, sich eine Zeitlang in einer sowjetischen Kleinstadt (nicht in Moskau oder in Leningrad) niederzulassen, um sich mit eigenen Augen von unseren Problemen zu überzeugen. Jener NZ-Leser, der sowjetische Arbeiter nach Italien einlädt, damit sie sich dort von der Tatsache des „Verfaulens“ überzeugen können, hat entweder keine Ahnung von dem, was bei uns los ist, oder aber er ist ein Heuchler. Bei uns kann übrigens längst nicht jeder so einfach ins Ausland reisen. Natürlich, an einem neuen Gesetz wird gearbeitet. Bislang jedoch verfügen die Sowjetbürger nicht über eine uneingeschränkte Reisefreiheit.

J. Jankin
Chabarowsk, RSFSR

„Personalien“ (NZ 46/89)

■ Unter dieser Rubrik wurde vom „Bund der zornigen Militärs“, der Organisation „Schild“, berichtet, der sich den sozialen Schutz von Militärangehörigen und Wehrdienstpflichtigen sowie deren Familien zur Aufgabe gemacht hat. Es handelt sich also um eine alternative Organisation. Ich bin auch Militärangehöriger und unterstütze die Ziele von „Schild“ voll und

ganz. Ich schreibe Ihnen deshalb, um mitzuteilen, daß das Oberkommando uns Offizieren einzureden versucht, es handle sich hierbei um eine ausschließlich negative Organisation. Wovor fürchten sie sich eigentlich so?

W. Plyschewski

„Nationale Eruptionen“ (NZ 52/89)

■ Ich bin deutscher Nationalität und möchte meine Meinung zur gegenwärtigen „Gleichberechtigung“ der Völker innerhalb der UdSSR äußern. Ich habe die Fernsehübertragungen vom Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR aufmerksam verfolgt und begriffen, daß die nationale Frage solange ungelöst bleibt, bis der Status aller Republiken aneinander angeglichen ist. Existieren denn tatsächlich „große“ und „kleine“ Völker? Da werden doch schon wieder Menschen in Sorten unterteilt! Gegenwärtig wird die Republik der Wolgadeutschen rekonstruiert. Wie aber soll das vor sich gehen? Zu welcher Sorte wird mein Volk gerechnet? Mir scheint, das sind schon wieder Halbheiten, unter denen auch Rußland selbst zu leiden hat.

Woldemar Krell
Nowosibirsk, RSFSR

„... einen zweiten Altar errichtet“ (NZ 48/89)

■ In dem Beitrag geht es um die Spaltung der russisch-orthodoxen Kirche in der Ukraine, um die Schaffung einer unabhängigen ukrainischen orthodoxen Kirche. Ich denke, daß die gegenwärtigen Prozesse innerhalb der Kirche in vielem eine Widerspiegelung dessen sind, was unsere Gesellschaft insgesamt durchmacht. Zwar sind Kirche und Staat voneinander getrennt, es ist aber wohl unmöglich, daß sie im Verlaufe von Jahrzehnten nicht von ihm abhängig ist. Der Autor des Artikels hat diesen Umstand nicht berücksichtigt, wenn er von den Gründen für die Bildung einer unabhängigen ukrainischen Kirche spricht. Erschreibt: „Eine gründlichere Analyse der Vorgänge steht noch aus, so daß die Spaltung bisher nur mit einem Ausbruch nationalistischer Tendenzen in der Westukraine erklärt worden ist.“ Worin liegen die Gründe hierfür?

Man hat das Volk jahrelang bedrängt und versucht, es seiner Geschichte zu berauben. Es fehlt an ukrainischen Schulen und Lehrbüchern in der Muttersprache. In den Jahren des Stalinismus wurden 80 Prozent der ukrainischen Intelligenz erschossen. In Gefängnissen starben die besten ukrainischen Schriftsteller. Die Ukraine mußte die Hungersnot von 1933 und die Katastrophe von Tschernobyl erdulden. Ich denke, die Spaltung ist ebenfalls ein Ausdruck des Strebens nach nationalem Selbstbewußtsein, nur eben auf religiösem Gebiet, wird doch die russisch-orthodoxe Kirche in gewisser Weise mit der Russifizierung der Ukraine und den Fehlern der Sowjetmacht bei der Nationalitätenpolitik in der Vergangenheit gleichgesetzt...

Jaroslav Sejkan
Gebiet Transkarpatien, Ukrainische SSR

„Autorität der Macht“ (NZ 48/89)

■ Die im Beitrag aufgeworfene Frage ist sehr aktuell: Wozu braucht man Organe der Staatsmacht, wenn das Leben der Gesellschaft von Parteibeschlüssen reglementiert wird? Hieraus ergibt sich auch die Unbestimmtheit der Situation, in der sich der Oberste Sowjet befindet, der „von der Regierung ausgehalten wird“ und nicht über die Machtbefugnisse verfügt, die ihm eigentlich zustehen. Der Autor hat richtig bemerkt, daß es zwei Kräfte sind, eine staatliche und eine parteiliche Kraft, der Oberste Sowjet und das Politbüro, die das Land aus der Sackgasse herausführen wollen. Hier möchte ich auf die elementare Logik verweisen. Sind denn die Parteibehörden in den vergangenen Jahren mit der Leitung unseres riesigen und reichen Landes fertig geworden? Warum wollen sie jetzt nicht ihre Macht mit den Sowjets teilen? Der Autor bemerkt, daß die Berichte von Politbürositzungen ausführlicher geworden sind und daß man nun erahnen kann, wie die Diskussion verlaufen ist. Warum aber darf man nicht wissen, sondern nur erahnen? Ist es nicht lächerlich, daß man sich im Politbüro mit der unerträglichen Lage bei Waschpulver und Seife befaßt? So entsteht der Eindruck, das Politbüro sei eine dritte Kammer des Parlaments.

Armeeführung gegen „Schild“ Völker nicht in Sorten unterteilen

Nur erahnen, nicht wissen?

Wir müssen dem politischen Monopolismus ade sagen, der die Klasseninteressen über die allgemeinemenschlichen stellte und ideologische Dogmen herrschen ließ.

Valentin Sabkowski
Kiew, Ukrainische SSR

„Leserbriefe“ (NZ 47/89)

■ In seinem Brief berichtet Jaroslav Bajer aus der Tschechoslowakei davon, wie die Flugzeuge eines sowjetischen Militärflugplatzes den ökologischen Raum auf dem Gebiet seines Landes grob verletzen. Der Autor ist zu Recht empört: Menschen leiden darunter, besonders Kinder. Warum aber beschränkt er das Problem nur auf die Ökologie? Als ich den Brief las, dachte ich, hier geht es doch nicht allein um die Umwelt! Es geht doch darum, daß auf dem Territorium der Tschechoslowakei immer noch sowjetische Streitkräfte stationiert sind.

Ich bin ehemaliger Offizier und habe 18 Jahre lang gedient. Ich bin davon überzeugt, daß es genügend Gründe für einen völligen Abzug unserer Truppen aus der Tschechoslowakei gibt. Als ich den Brief von Bajer las, fragte ich mich verwundert, ob er dies denn nicht begriffen habe. Ich wollte ihm schon schreiben und vorschlagen, an seine und die sowjetische Regierung die Forderung nach Abzug der Truppen zu richten. Und da kam die Nachricht: Am 15. Januar haben in Prag die Verhandlungen über den Abzug der sowjetischen Truppen vom Territorium der Tschechoslowakei begonnen.

Wladimir Boldyrew
Hauptmann a. D.
Gebiet Moskau

„Die Ermordung des Bankiers“ (NZ 50/89)

■ Dieser Beitrag von Nikita Sholkwer war das Interessanteste, was ich in letzter Zeit gelesen habe. Warum wurde Alfred Herrhausen, der Sprecher der Deutschen Bank, ermordet? Warum



Zeichnung: Igor Smirnow

tötet die Rote-Armee-Fraktion (RAF) solche Leute wie ihn? Meiner Ansicht nach ist die Antwort auf diese Fragen im Beitrag schon enthalten: „Alfred Herrhausen hatte eine enorme Macht. Die Beträge, mit denen er operierte, waren größer als der gesamte Bundeshaushalt.“

Eine Tyrannei, die durch eine Schlinge begrenzt wird... Offenbar sind diese Worte nicht allein für das Rußland des 18.-19. Jahrhunderts zutreffend, sondern ebenso für das westliche kapitalistische System, das unweigerlich eine Superkonzentration von Macht, also Tyrannei, hervorbringt. Deshalb meine ich, daß es sich um die Hinrichtung eines Tyrannen handelte, die von Freiheitskämpfern vorgenommen wurde. Lohnt es sich eigentlich für einen Journalisten, den Kapitalismus zu verteidigen, obwohl das heute erlaubt ist?

Sergej Komarow
Janaul, Baschkirische ASSR

„Gäste aus dem All“ (NZ 47/89)

■ Wozu hat man dieses Interview in einer so weltbekannten Zeitschrift wie der NZ veröffentlicht? Es tut einem weh, wie schwach und hilflos die Gründe für anomale Erscheinungen erklärt werden! Die meisten dieser Erscheinungen sollen also durch den Start von Raketen hervorgerufen worden sein? Und was ist mit dem mächtigen Lichtstrahl aus einem UFO, der

einen Menschen buchstäblich an den Erdboden heftete? Das soll eine „Spur aus Gas und Staub, die von der Sonne angestrahlt wird“, gewesen sein. In der Nacht?!

Ich selbst habe eine silberne Kugel gesehen, die, zweimal größer als der Mond, eine halbe Stunde lang am Himmel hing. Trotz starken Windes blieb sie völlig unbeweglich. Und niemand kann mich davon überzeugen, das sei das Werk von Menschen gewesen.

In dem Beitrag werden Argumente genannt, die schon vor 20 Jahren angeführt wurden, als das Thema noch tabu war. Inzwischen hat man aber eine Unmenge an Faktenmaterial gesammelt und eine Sonderkommission gegründet. Sie aber erfinden neue Erklärungen dafür, warum es keine UFOs geben kann. Letztlich bleibt Ihnen ein einziges Argument: Es kann nicht sein, was nicht sein darf. Ich aber glaube daran!

Juri Ljubawin
Stawropol, RSFSR

„Leserbriefe“

■ Mit der Problematik der Stationierung sowjetischer Streitkräfte in den sozialistischen Ländern beschäftigten sich mehrerer Leserbriefe in der NZ. Insbesondere ging es dort um das negative Image der Garnisonen. Inzwischen gibt es auch

hier positive Veränderungen. Ein Beispiel: Als die DDR-Rockgruppe Pankow für eine Tournee eine Bläsergruppe suchte, kam ihrem Manager die Idee, es doch einmal mit einer sowjetischen Militär-Bigband zu versuchen. Generalleutnant Fursin vom Stab der Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte in Wünsdorf unterstützte das Projekt. In kurzer Zeit wurde eine Band aus Profimusikern formiert. Eine Probenwoche genügte, und das Projekt stand. Die Tournee wurde ein voller Erfolg – lediglich das Abschlusskonzert im Saal der sowjetischen Botschaft in Berlin war sehr schlecht besucht. Der Grund: mangelnde Werbung. Oder durften einfache Soldaten nicht in das Konzert? Die Bigband spielte inzwischen erfolgreich in Westberlin. Auch als am 1. September, dem Weltfriedenstag, in Dresden ein Open-Air-Konzert mit Rockmusikern aus der DDR, der BRD und Großbritannien stattfand, war sie dabei. Jetzt arbeiten die Musiker mit der Gruppe Pankow an einer gemeinsamen Langspielplatte. Voraussichtlicher Titel: „Gib mir'n Zeichen“. Das Zeichen, das die Bigband setzte, ist positiv.

Rainer Bratfisch
Berlin, DDR

Zusammengestellt von
T. Tschernowa



**HANS
MODROW**
Vorsitzender
des
Ministerrates
der DDR

Die Aufrechterhaltung der Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR und ihre weitere Entwicklung sind für unsere Republik von erstrangiger Bedeutung. Das betrifft nicht nur die Frage der Sicherheit, sondern auch die intensive wirtschaftliche Zusammenarbeit. Unsere Beziehungen gehen über den Rahmen einer bilateralen Zusammenarbeit hinaus. Sie sind sehr wichtig für die Aufrechterhaltung der Stabilität auf unserem Kontinent und die Festigung des Friedens.

Während meiner Begegnung mit Michail Gorbatschow wurde der Lage in Mitteleuropa und den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten große Aufmerksamkeit gewidmet. Wir möchten vermeiden, daß es hierbei zu Äußerungen von Nationalismus kommt, die bei den Nachbarn der deutschen Staaten ernsthafte Sorge hervorrufen könnten. Wir unterstreichen die beiderseitige Verantwortung für die Aufrechterhaltung des Friedens, der Stabilität und die Entwicklung des gesamteuropäischen Prozesses. Gerade dieser Prozeß schafft einen zuverlässigen Rahmen für die weitere Annäherung der beiden deutschen Staaten im Rahmen einer Vertragsgemeinschaft, die von Verantwortungsgefühl getragen ist.

Die Vereinigung der deutschen Staaten steht im Zusammenhang mit ihrer Zugehörigkeit zu verschiedenen militärpolitischen Bündnissen und bleibt eine Frage des gesamteuropäischen Prozesses. Die Etappen der Annäherung und Vereinigung beider Staaten sowie die Rolle der DDR beim Aufbau des gesamteuropäischen Hauses sehe ich auf der von unserer Regierung im November ausgearbeiteten Grundlage. Wir haben uns entschlossen, ernsthaft die Lösung der Frage über ein gemeinsames deutsches Vaterland in Angriff zu nehmen. Die Konzeption der Vertragsgemeinschaft sieht eine kontinuierliche Annäherung von DDR und BRD auf konföderativer Grundlage vor. Das ist aber nur die erste und verantwortungsvollste Etappe, später kann man sich auch über andere Etappen und den Charakter der Beziehungen innerhalb der Konföderation Gedanken machen.



**RAMA
J. VERNON**
Präsidentin des
Zentrums für
sowjetisch-
amerikanischen
Dialog (USA)

Die Begegnung von Vertretern der amerikanischen und sowjetischen Öffentlichkeit in Moskau bezeichneten wir als Bürgergegnung „auf höchster Ebene“, weil, wie unsere Erfahrungen zeigen, der Einfluß der Öffentlichkeit auf jene, die die Entscheidungen treffen und die Politik machen, wächst.

Als ich den Startschuß für die Bewegung für einen amerikanisch-sowjetischen Dialog gab, dachte ich nicht, daß wir so bald schon die Früchte unserer Tätigkeit spüren können. Die Verwirklichung von gemeinsamen Projekten, die bei der ersten derartigen Begegnung in den USA entstanden sind, führte dazu, daß CIA- und KGB-Leute sich an einen Tisch setzten und über die Ausarbeitung von gemeinsamen Maßnahmen beim Kampf gegen den Terrorismus

verhandelten, daß erstmals ein amerikanisch-sowjetischer Rat für Menschenrechte seine Arbeit aufnahm, daß amerikanische und sowjetische Trickfilmer zusammen ihren ersten Streifen „Stereotypen“ drehten. Auch andere gemeinsame Programme werden realisiert, u. a. bei der Ausweitung des Austausches von Kinderdelegationen und -gruppen.

Solche Projekte entstehen bei den Begegnungen zunächst als Ideen, die nach und nach zu Fleisch und Blut werden. Das ist kein leichter Prozeß, aber die Öffentlichkeit vertraut immer mehr auf ihre eigene Kraft und die Möglichkeit, die kühnsten Ideen Wirklichkeit werden zu lassen.

Über 100 neue gemeinsame Projekte auf den Gebieten Umweltschutz und wirtschaftliche Zusammenarbeit, globale Sicherheit und Bildungswesen, Menschenrechte sowie Geschäfts- und Handelsbeziehungen sind das Ergebnis der Moskauer Begegnung.

In Moskau hatte ich einen offenen und sehr fruchtbaren Meinungsaustausch zu einem umfassenden Problemkreis. Ich denke, daß die anglo-sowjetischen Beziehungen heute eine nie dagewesene Periode der Annäherung durchmachen. Abzusehen ist ein Durchbruch bei den Handelsbeziehungen und beim Kulturaustausch. Bei politischen Verhandlungen könnten große Ähnlichkeiten der Positionen beider Seiten festgestellt werden. Es gibt viele Berührungspunkte, z. B. bei der Beilegung des Nahostkonfliktes. Und das schafft eine prinzipiell neue Situation. Unsere Beziehungen sind nicht mehr die von Gegnern, sie werden pragmatischer und gründen sich auf das sichere Fundament des gesunden Menschenverstandes unter Berücksichtigung der Interessen beider Länder.

In diesem Jahr erwarten wir hinsichtlich der Entwicklung der Kontakte zwischen unseren Ländern drei wichtige Ereignisse, nämlich den Besuch des Außenministers Großbritanniens Douglas Hurd im April, danach im Juni den Besuch von Premierministerin Margaret Thatcher und gleichzeitig die britische Ausstellung in Kiew, die wahrscheinlich die größte ist, die jemals in ihrem Land stattgefunden hat.

Was die Ost-West-Beziehungen angeht, so zwingen uns die stürmischen Veränderungen in den osteuropäischen Ländern, unsere Positionen zu revidieren, Institutionen der Konfrontation zu beseitigen und neue Lösungswege zu finden. Ihrem Wesen nach handelt es sich um Lösungen, die wir viele Jahre lang angestrebt haben. Es wäre dumm, die sich jetzt bietenden Möglichkeiten nicht zu nutzen. Allerdings tauchen auch viele Fragen auf: Wie kann beispielsweise gleiche Sicherheit für beide Seiten gewährleistet werden? Wie kann man den beiden Deutschlands bei der Entwicklung guter Beziehungen helfen, die sie selbst befriedigen und ihre Nachbarn nicht beunruhigen? Das sind schwierige Probleme, allerdings „Probleme des Erfolgs“, denn sie sind ein Ergebnis der dahinscheidenden Konfrontation.



**WILLIAM
WALDEGRAVE**
Staatsminister
für auswärtige
Angelegenheiten
Großbritanniens

Truppen entsandt. Pogrome gestoppt. Was nun?

Gab es eine Alternative zur Anwendung militärischer Gewalt in Baku?

Der Verhängung des Ausnahmezustandes im Autonomen Gebiet Nagorny Karabach und einigen anderen Rayons durch Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 15. Januar und in Baku durch Erlass vom 19. Januar waren Pogrome und Morde in Baku, Angriffe auf militärische Objekte in Armenien, um Waffen und Kriegstechnik zu erbeuten, Schießereien in Nagorny Karabach und in grenznahen Dörfern, Zerstörungen an der sowjetisch-iranischen Grenze im Raum Nachitschewan, die wieder aufgenommene Bahnblockade gegen Armenien und Flüchtlingsströme vorausgegangen... Die Ereignisse eskalierten weiter, als die Armee eingriff. Die Öffentlichkeit nahm diesen Schritt unterschiedlich auf: Das Vertrauen zur Armee als einer unparteiischen Kraft hatten Sumgait, wo Truppen erst drei Tage nach Beginn des Blutbades auftauchten, Tbilissi, wo militärische Gewalt gegen wehrlose Bürger angewandt wurde, und Fergana, wo die Soldaten nur imstande waren, die Flüchtlingslager zu bewachen und Menschen aus der Republik zu evakuieren, untergraben.

So wurde Moskau in Baku zur Zielscheibe von Vorwürfen – diesmal tönte man von einem impe-

rialen Gebaren, von Rückfällen in den Stalinismus, ja selbst von der Unterdrückung der nationalen Befreiungsbewegung in Aserbaidshan... Massenmeetings aus Protest gegen die Truppenpräsenz fanden in der ganzen Republik statt. Ein Teil der Intelligenz in Moskau sieht im Eingreifen der Armee in den Konflikt eine Bedrohung für die Demokratisierung. Dafür sind, wie es scheint, nur die Einwohner der Dörfer, die in die Zone des Kampfgeschehens gerieten, und die Flüchtlinge aus Aserbaidshan... Eine merkwürdige Losung wurde verkündet: „Man hätte die Truppen eher entsenden sollen, jetzt aber muß man sie schnellstmöglich abziehen.“

Konstatieren wir, daß das Zentrum das geringere unter vielen großen Übeln wählen mußte. Die Verhängung des Ausnahmezustandes bestätigt auf den ersten Blick eine These der Volksfront von Aserbaidshan: Die Ereignisse in der Republik seien provoziert worden, um eine Rechtfertigung zu finden, damit zur Unterstützung der Republikführung, die die Macht verloren hat, eingegriffen werden kann. Doch in Aserbaidshan gibt es jetzt nicht einmal eine Doppelherrschaft, wie der Lauf der Ereignisse gezeigt hat. Es gibt dort keine politische Kraft, die imstande wäre, die Situation zu kontrollieren, der ganzen Bevölkerung Frieden und Sicherheit zu



Die Armee auf den Straßen von Baku

Foto: TASS

garantieren – auch die Volksfront vermag das nicht. In dieser Lage über das Thema zu sinnieren, ob man Truppen entsenden soll oder nicht, wäre wortwörtlich tödlich. Haben denn die Einwohner von Baku die Pogrome etwa nicht bemerkt?

Warum ging die Volksbewegung zur Unterstützung der Perestroika in Aserbaidschan (wie sie von Vertretern der Volksfront charakterisiert wird) den Weg der gewaltsamen Ergreifung der Macht (Lenkoran), der Zerstörung von Grenzanlagen (Nachitschewan), von Massenmeetings mit Sprechchören wie „Fort mit euch!“, gewandt an die Führung der Republik, nicht aber den Weg demokratischer Wahlen zu den örtlichen Sowjets und zum Obersten Sowjet der Republik, Wahlen, die in wenigen Monaten hätten stattfinden können?

Wohl kaum ein realistisch denkender Bürger unseres Landes meint, die Entsendung der Armee sei etwas absolut Positives. In den Meldungen des UdSSR-Innenministeriums aus Baku heißt es, daß die Pogrome gestoppt, die Abreise der Flüchtlinge organisiert und die Zivilbevölkerung geschützt wurde. Das erste und wichtigste Ziel ist erreicht.

Die zweite Aufgabe, eine Lösung der Probleme auf dem Verhandlungsweg zu finden, war komplizierter. Einige Tage nach Verhängung des Ausnahmezustandes meldete die Presse, daß unter Vermittlung des Leiters der politischen Abteilung der Jerewaner Garnison Generalmajor Michail Surkow ein Waffenstillstand zwischen der Volksfront von Nachitschewan und der Armenischen gesamtationalen Bewegung erzielt wurde. Eine von nicht vielen ermutigenden Nachrichten.

Wir nahmen Verbindung zu General SURKOW auf:

– Wie war die Lage zum Zeitpunkt der Verhängung des Ausnahmezustandes?

– In Armenien wurde der Ausnahmezustand nur in einem Rayon verhängt – im Rayon Goris an der Grenze zu Aserbaidschan. Obwohl es dort kein Blutvergießen gab, bewaffneten sich die Menschen intensiv – sie bereiteten sich auf die Selbstverteidigung vor, wie sie sagten... Am 18. und 19. Januar gab es in der armenischen Ortschaft Jerasch und im aserbaidshanischen Sadarak Schießereien. Auf beiden Seiten sind Tote zu beklagen. Nach Beginn der Verhandlungen, zu denen Militärs die Initiative ergriffen und an denen Vertreter der Volksfront von Nachitschewan und der Armenischen gesamtationalen Bewegung teilnahmen, konnte ein Abkommen erzielt werden. Jetzt hat man die bewaffneten Gruppierungen von der Grenze zurückgezogen. Die Armee bezog Position zwischen den Konfliktseiten.

– Was sind die Hauptpunkte des Abkommens?

Erstens eine Feuereinstellung. Zweitens ein Austausch von Gefangenen. Drittens das ungestörte Funktionieren der Bahnverbindung. Bislang ist nur die erste Bedingung erfüllt.

Enthielt das Abkommen nicht einen Punkt, daß die Seiten ihre Waffen abliefern müssen?

Das ist die schwerste Frage. Wir versuchen, die Menschen davon zu überzeugen, daß sie alle Waffen abliefern müssen, und

bestehen nicht darauf, daß die Jagdflinten zurückgegeben werden, wenn ein Waffenschein vorliegt. Große Erfolge haben wir bislang nicht gehabt, obwohl hin und wieder Waffen abgeliefert wurden.

– Wann wird die Armee die Region verlassen?

– Wenn gewährleistet sein wird, daß keinem Volk mehr etwas droht.

– Was meinen Sie als Volksdeputierter zur Entsendung von Truppen?

– Sie war erforderlich, um das Blutvergießen zu beenden. Diese Maßnahme kam zur rechten Zeit – nein, sie kam wohl doch zu spät. Vor einigen Monaten noch wäre weniger Blut geflossen...

– Ist die Anwesenheit eines Deputierten-ausschusses in der Region erforderlich?

– Sie wäre in den ersten Tagen der Ereignisse notwendig gewesen. Ich kann nicht ganz verstehen, warum mir in einem Augenblick, als sich die Situation verschärfte, nicht allzuoft Volksdeputierte an der Frontlinie begegneten... Ihre Anwesenheit aber hätte den Gang der Ereignisse beeinflussen können. Heute werden Deputierte offenbar nur noch gebraucht, um alle Konfliktseiten an den Verhandlungstisch zu bringen.

– Bereitete man sich in Armenien auf die Wahlen vor – oder hat man sie einfach vergessen?

– Der Wahltermin in Armenien steht noch nicht fest...

Und die Rolle des Obersten Sowjets der UdSSR in dieser Situation? Sie könnte und müßte sehr groß sein. Die Entwicklung hätte die Aufmerksamkeit vor allem des Ausschusses des Obersten Sowjets für Fragen der Gesetzgebung, der Gesetzlichkeit und der Rechtsordnung, des Ausschusses des Nationalitätensowjets für die Nationalitätenpolitik und die zwischennationalen Beziehungen finden müssen. Aber... der Oberste Sowjet macht Ferien. Und das Geschehen in den beiden transkaukasischen Republiken ließ den Beginn der ordentlichen Tagung um keinen Tag näherücken. Wer eigentlich hat in den Republiken die verfassungsmäßigen Voraussetzungen für eine normale Entwicklung der Ereignisse zu schaffen – für die freie Willensbekundung, den Schutz der Rechte des einzelnen und die Lösung von Konflikten? So kommt es, daß es heute keinen anderen Garanten gibt als die Armee. Nach Wiederherstellung der Ordnung wird sie sich damit befassen, ein Rundtischgespräch der politischen Kräfte zu organisieren...

Marina Schakina

NZ-Standpunkt

Lehren für die Gegenwart

Die Meldungen aus Baku und den grenznahen Rayons von Aserbaidschan und Armenien nehmen sich heute weniger dramatisch aus – wenn man die Tragödie an der Zahl der Toten, der Verletzten, der Verschollenen mißt. Doch Tausenden von Menschen, die ihre Wohnungen verlassen, die sich in wenigen Stunden von ihrem gewohnten Leben, von ihrer Arbeit trennen mußten, steht nicht nur ein – soziales, psychologisches, moralisches – Drama bevor.

Von daher ergeben sich die ersten Lehren der Tragödie – nicht nur für diese Menschen, sondern für unser Land insgesamt.

Und das sind meiner Meinung nach einige Lehren, die man schon heute ziehen kann.

Erste Lehre. Der fehlende Schutz des einzelnen. Der Staat, vor allem die entsprechende Unionsrepublik, vermochte seine Bürger nicht zu verteidigen. Ein Pogrom ist ein Verbrechen gegen den einzelnen, gegen die Menschlichkeit. Und in diesem Sinn kamen die Entsendung von Truppen nach Baku und der Ausnahmezustand um einige Tage zu spät.

Die Mißachtung der Menschenrechte hatte in unserer Geschichte wiederholt tragische Folgen. Nichtsdestoweniger zeigen bis heute sowohl die Gesellschaft als auch die Behörden erstaunliche Nachsicht gegenüber Gewalt in den extremsten Formen des Nationalismus. Das Fehlen einer entsprechenden Untersuchung und eines öffentlichen Prozesses gegen die Schuldigen am Pogrom in Sumgait trug zu den Exzessen in Fergana und den Pogromen in Baku bei. Die Gleichgültigkeit der Behörden gegenüber der Tätigkeit von „Pamjat“ und ihr nahestehender Gruppen wie etwa der „Union für die national-proportionale Vertretung“, die offen gegen Art. 36 der UdSSR-Verfassung verstoßen – es gab sogar Übergriffe von Extremisten besagter „Union“ im Haus der Literaturtschaffenden am 18. Januar – kann zu antisemitischen Pogromen in Moskau führen.

Unser Land mit seinen unterschiedlichen, nach Selbständigkeit strebenden Republiken erinnert in vieler Hinsicht an riesige kommunizierende Gefäße. Die aus Aserbaidschan in Moskau eintreffenden Flüchtlinge – Armenier und Russen – werden, wenn ihre Probleme nicht rechtzeitig gelöst werden, leicht zu einem Spielball der Nationalisten. Gerade das geschah ja in Baku mit aserbaidshanischen Flüchtlingen aus Armenien.

Mir schien der Vorschlag, der dieser Tage bei einer Sitzung der Moskauer Tribüne der Intelligenz der Hauptstadt gemacht wurde, durchaus logisch zu sein: die Wiedergutmachung der Unkosten für die Unterbringung der Flüchtlinge auf Kosten der Republik, die die Pogrome geduldet hat. Doch ich meine, das wäre realistisch nur, wenn es ein entsprechendes Gesetz gäbe, ein Gesetz über den Status der Flüchtlinge, das endlich im Rahmen der Union verabschiedet werden sollte. Was die Moskauer Tribüne angeht, so beschlossen ihre Teilnehmer, die die Resolution „Über die Verschärfung der zwischennationalen Beziehungen und die Eskalation der Gewalt im Land“ erörterten, ein Komitee zum Kampf gegen antisemitische und andere nationalistische Erscheinungen zu bilden.

Zweite Lehre. Die Eskalation der Gewalt. Die tragischen Ereignisse in Transkaukasien sind auch in dieser Hinsicht gefährlich für unser



Ein weiterer Akt der Tragödie

Foto: S. Podlesnow

Land mit seiner wirtschaftlichen Instabilität. Gewalt bringt Gewalt, zunehmende Aggressivität in der Gesellschaft hervor. Einerseits nimmt die Zahl der Waffen in den Händen der Bürger zu, was sich verbrecherische Elemente zu nutze machen. Andererseits, auf der politischen Bühne, agieren Kräfte, die nicht nur die von der Regierung vorgeschlagenen Maßnahmen zur Gesundung der Wirtschaft insgeheim sabotieren, sondern auch Gewalt fördern, um eine weitere Destabilisierung der Gesellschaft zu betreiben. Manche Ewiggestrigen, die von der Zukunft träumen, hätten nichts dagegen, die Maßnahmen gegen die Verbrecher auch auf den Kampf gegen die Andersdenkenden auszuweiten. So birgt die Eskalation der Gewalt eine direkte Bedrohung für die noch nicht erstarkten demokratischen Institute in sich.

Dritte Lehre. Die Mehrdimensionalität des Konflikts. Er entwickelte sich in vier Richtungen und wurde allmählich zu einem immer stärker verwickelten Knäuel: der Konflikt zwischen den Republiken; zwischen den Republiken und dem Zentrum; zwischen den nichtformellen Bewegungen und den örtlichen Behörden; zwischen der Anarchie der Masse sowie der Rechtsordnung und ihren

Organen. Das eine kann nicht von dem anderen getrennt werden. Deshalb kann ich jenen nicht zustimmen, die die Ereignisse in Aserbaidschan als demokratische Bewegung gegen das Diktat Moskaus bezeichnen und entsprechend in Moskaus Handlungen nur den Versuch sehen, mit der Volksfront Aserbaidschans (VFA) abzurechnen. Meiner Meinung nach ist das eine unzulässige Vereinfachung. Man darf nicht vergessen, daß zwischen den Nachbarrepubliken im Grunde Kampfhandlungen im Gange sind. Ich meine, wir „Demokraten aus dem Zentrum“ möchten nur zu gern demokratische Elemente in unserem eigenen Verständnis in der VFA sehen, ihr zusprechen.

Vergessen wir nicht, daß die VFA, die in einer Reihe aserbaidshanischer Rayons und im Grunde in Baku die Macht ergriffen hat, den Pogromen nicht Einhalt geboten hat. Die gemäßigten Vertreter der Front, die für eine Entwicklung des demokratischen Prozesses, für den Aufbau eines modernen Rechtsstaates in einer erneuerten Föderation eintreten, hatten nach allem zu urteilen die Lage nicht unter Kontrolle, und vor der Entsendung von Truppen wurden sie von der tobenden Menge an die Wand gedrängt. Zugleich muß man eingestehen, daß die Entsendung von Trup-

pen die Positionen der Nationalextremisten in der VFA-Führung gefestigt hat.

Auf die Frage eines Kollegen von „Moscow News“ sagte der VFA-Vorsitzende Abulfas Alijew: „Ohne Karabach hätten wir uns schnell auf eine Demokratie des baltischen Typs zubewegt.“ Doch wie kann man sich über Pogrome auf eine Demokratie zubewegen? Das Selbstbestimmungsrecht der Republik anerkennen und dem ihr angehörenden autonomen Gebilde dieses Recht vorenthalten?

Vierte Lehre. Die Spezifik der Macht in der Republik. Die entstandenen feudalen Parteistrukturen, die Clans beteiligen sich aktiv am Kampf um die Macht, wobei sie offen oder verdeckt Einfluß nehmen auf bestimmte Gruppen in der VFA. Der Kampf gegen Amtsverbrechen beschränkte sich hier in den letzten Jahren auf die Jagd nach korrupten Elementen. Der Einfluß besagter Clans wurde nicht gebrochen.

Ein anderer Aspekt. Die Behörden erwiesen sich als unfähig zu einem wirklichen Dialog mit den vernünftigen Kräften in der VFA, versuchten, die Attribute der Macht durch Zugeständnisse an den Nationalismus zu erhalten.

Fünfte Lehre. Das Fehlen eines Gesetzes über den Ausnahmezustand sowie die damit verbundene unzureichende Konkretisierung der Ziele und Fristen für die Präsenz von Unionstruppen in Baku. Ich meine, daß man bei Bewahrung der föderativen Ordnung unseres Landes in außerordentlichen Situationen Unionstruppen proportional aus Vertretern aller Republiken aufstellen könnte. Ihren Aufgaben und Funktionen nach könnten sie an die UNO-Friedenstruppen erinnern.

Natürlich wird ein Abzug der Truppen ebenso wie deren Entsendung die Ursachen der Spannungen, des Konflikts nicht beseitigen. Lösungen sind möglich nur auf politischer Ebene, wenn beide Republiken das wollen. Notwendig sind zuverlässige Garantien für die Menschen nichtaserbaidschanischer Nationalität. Wer wird sie geben? Das Zentrum? Die Republik? Die Volksfront? Baltische Parlamentarier haben einen Plan für ein Rundtischgespräch von Vertretern der Volksfront Aserbaidschans und der Armenischen gesamtationalen Bewegung erarbeitet. Vielleicht wird den Nichtformellen ein Dialog besser gelingen als den Obersten Sowjets der Republiken?

Für die Situation um Nagorny Karabach zeichnet sich unterdessen weiter keine Lösung ab.

Sechste Lehre. Der Oberste Sowjet der UdSSR und der Nationalitätensowjet wurden, als der Beschluß, den Ausnahmezustand zu verhängen, gefaßt wurde, nicht gefragt. Die Interregionale Deputiertengruppe verlangte vom Präsidium des Obersten Sowjets, unverzüglich eine Sitzung einzuberufen. Doch neben der Aktivität eines Teils unserer Abgeordneten ist die Passivität des anderen und größeren Teils zu beobachten, der offenbar nur für die Interessen des eigenen Wahlkreises lebt.

Bei der Moskauer Tribüne wurde vorgeschlagen, im neuen Gesetz über die Föderation einen Punkt über das Recht der Union vorzusehen, eine Republik wegen der Verletzung bestimmter Verhaltensnormen auszuschießen. Ich meine, die Ereignisse in Transkaukasien haben die Notwendigkeit der Verabschiedung eines neuen Gesetzes über die Föderation in den Vordergrund rücken lassen.

Galina Sidorowa

Stärke und Schwäche der Macht

Die Ereignisse in Transkaukasien zeigen, daß unser Land eine starke Präsidentschaft braucht

Boris Topornin,
Direktor des Instituts für Staat
und Recht der AdW der UdSSR,
korrespondierendes Mitglied
der AdW der UdSSR

Unsere Staatsmacht zeigt immer wieder Schwächen, demonstriert, wie langsam sie arbeitet oder einfach „durchhängt“, verliert die Kontrolle über eine Reihe von Regionen. Ein konkretes Beispiel können die Ereignisse in Transkaukasien liefern, wo lange Zeit ein Konflikt heranreife und jetzt erst nach der Explosion Sondermaßnahmen ergriffen wurden. Zweifellos sind viele unserer heutigen Probleme ein Erbe der Vergangenheit, und schwere Krankheiten lassen sich nicht so schnell heilen, doch man darf nicht alles, wie das manche tun, durch den Charakter als „Übergangsperiode“ erklären wollen. Eben dafür gibt es eine Staatsmacht, damit alle Prozesse in der Gesellschaft so geregelt und schmerzlos wie möglich verlaufen.

Was hindert eigentlich die Staatsmacht, effektiv genug zu sein?

Einstufiges Parlament

Vor allem stellt sich die Frage der Verbindung von zwei Organen – des Kongresses der Volksdeputierten und des Obersten Sowjets der UdSSR. Als dieses zweistufige System eingeführt wurde, waren vor allem die Vorteile, die Vorzüge politischer Art erkennbar. Der Kongreß der Volksdeputierten wurde zu einem Forum, auf dem die Interessen der verschiedenen Bevölkerungsschichten zum Ausdruck kommen und viele überaus wichtige Fragen der Perestroika behandelt werden. Und in dieser Hinsicht hat sich der Kongreß der Volksdeputierten bewährt. Doch mit der Zeit und je mehr der Oberste Sowjet seine Arbeit beschleunigt, werden die mangelnde strukturelle und funktionale Abstimmung, die Widersprüchlichkeit, die in einem solchen System angelegt sind, immer deutlicher. Erstens befassen sich gleich zwei Organe mit gesetzgeberischer Tätigkeit. Zweitens entscheidet der Oberste Sowjet viele Fragen nicht, er wartet auf den Kongreß der Volksdeputierten, der aber seinerseits kann sie nicht entscheiden, weil er dem Charakter seiner Arbeit nach dafür nicht geeignet ist. In diesem System rangiert der Oberste Sowjet der UdSSR bisweilen nicht als selbständiges Parlament, das für seine gesetzgeberische Tätigkeit verantwortlich ist, sondern als eine Art Ausschuß des Kongresses der Volksdeputierten, gebildet zur Lösung weitaus nicht aller

gesetzgeberischen Fragen... Offenbar sollte man in der neuen Verfassung entweder unser Zweistufen-Parlament in ein einstufiges System verwandeln oder aber die Funktionen des Kongresses der Volksdeputierten und des Obersten Sowjets so voneinander abgrenzen, daß sich der Kongreß nicht mit gesetzgeberischer Tätigkeit befaßt, sondern zu einem Organ wird, das unsere höchsten staatlichen Strukturen schaffen, bestätigen, das Programme und Erklärungen verabschieden und die Rechenschaftsberichte anderer staatlicher Organe, angefangen beim Obersten Sowjet der UdSSR, entgegennehmen würde.

Abgrenzung der Funktionen

Sehr wichtig ist eine konsequente Verwirklichung des Kurses auf die Abgrenzung der Funktionen von Partei und Staat, auf die Konzentration der Macht bei den Sowjets der verschiedenen Ebenen. Dieser Prozeß hat erst begonnen, er verläuft ungleichmäßig – hier schneller, dort langsamer, oder er wird erst verkündet. Infolgedessen wird die Macht nicht auf die Sowjets als die Repräsentativorgane übertragen, schlimmstenfalls entsteht ein Machtvakuum, und dieses Vakuum versuchen nicht selten perestroikafeindliche Kräfte auszufüllen.

Die Krisenerscheinungen in der Leitung des Landes dürfen auf keinen Fall unseren Glauben an die Ideen der Demokratisierung erschüttern. Das ist die größte Errungenschaft der Perestroika, eine Errungenschaft, die besonders geschützt werden muß. Doch wenn wir von der Demokratisierung sprechen, sollten wir darunter keineswegs eine Schwächung der Staatsmacht verstehen. Eine demokratische Staatsmacht muß stark und effektiv sein. Versteht sie es nicht, sich zu verteidigen, kann die Perestroika scheitern...

Wir hätten uns klarer vorstellen müssen, was wir unter der Idee „Alle Macht den Sowjets“ verstehen. Ja, im Mittelpunkt unseres Staatssystems stehen die Sowjets der Volksdeputierten. Sie setzen den Willen des Volkes um. Doch wir müssen uns bewußt werden, daß die Sowjets nicht die gesamte Arbeit des Staates leisten können. So ist der Oberste Sowjet infolge seiner organisatorischen Struktur einfach nicht in der Lage, sich unmittelbar mit der Leitung zu befassen – er hat vor allem Gesetze zu verabschieden und prinzipielle Probleme zu entscheiden. Der Leitungsmechanismus aber muß sich mit den Fragen der Ausführung und Verteilung, insbesondere mit der Lage in den einzelnen Industriezweigen, im Verkehrswesen, bei der Versorgung, im Handel usw. befassen. Die Sowjets ernennen und kontrollieren die ausführenden Organe, doch nicht mehr.

Die Interessen einer klaren Abgrenzung der Funktionen im Staatsmechanismus verlangen eindringlich eine Aktivierung der Exekutive im Zentrum wie vor Ort. Und beginnen muß man beim Zentrum. Jetzt entsteht der Eindruck, unsere Exekutive habe unter dem Druck des Kongresses der Volksdeputierten und des Obersten Sowjets, ihrer Komitees und Ausschüsse, der Volksdeputierten etwas nachgelassen. Bisweilen werden Fragen, die die Organe der Exekutive durchaus selbständig lösen könnten, dem Parlament, seinen Ausschüssen zur Billigung vorgelegt oder mit ihnen abgestimmt. Bis heute stellt sich unsere Regierung als rein wirtschaftliches Organ dar, und Nikolai Ryshkow wird als oberster Wirtschaftsleiter des Landes bezeichnet. Doch zur Leitung gehören auch politische Funktionen.

Präsident, Parlament, Regierung

Man sollte die Frage prüfen, ob die Beibehaltung des Amtes des Vorsitzenden des Obersten Sowjets der UdSSR in seiner heutigen Form sinnvoll ist. Welche Rolle spielt es heute bei uns? Wir haben es mit einer Verbindung weitaus nicht homogener Funktionen zu tun, die in der Weltpraxis keine Nachahmer fand. Halb Speaker des Parlaments, halb Präsident. Ich würde sogar sagen, zu 90% Speaker und zu 10% Präsident. Warum? Daß Michail Gorbatschow den Vorsitz auf dem Kongreß der Volksdeputierten, auf den Tagungen des Obersten Sowjets führt, d. h. die Rolle eines Speakers ausübt, scheint oft nicht die sinnvollste Verwendung der Zeit der führenden Persönlichkeit unseres Landes zu sein. Präsident und Speaker zu sein, sind im Grunde Dinge, die nicht zueinander passen.

Die Weltpraxis geht heute in der Regel den Weg des speziellen Amtes des Präsidenten eines Landes. Doch die konkrete Ausformung kommt zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen. So ist in den USA der Präsident Staatsoberhaupt und Premierminister in einer Person, in Frankreich gibt es sowohl einen starken Präsidenten als auch eine dem Parlament verantwortliche Regierung, und der Präsident führt den Vorsitz in dieser Regierung, und in der BRD gibt es einen Präsidenten, doch nicht selten wird von einer Kanzlerdemokratie gesprochen.

Welchen Weg sollen wir gehen? Man muß zweifellos von einer fortschrittlichen Leitung Gebrauch machen, nur sind dabei auch unsere eigenen Traditionen zu berücksichtigen. Offenbar wird es nützlich sein, die Funktionen des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR und des Präsidenten (des Vorsitzenden der UdSSR) voneinander abzugrenzen. Man sollte dem Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR die Vorbereitung der Fra-



Familien von Militärangehörigen, die aus Aserbaidschan in Moskau eintreffen: Die Staatsmacht muß für den zuverlässigen Schutz der Bürger sorgen...

Foto: TASS

gen, die vom Obersten Sowjet der UdSSR zu behandeln sind, die Organisation der Arbeit der Ausschüsse und vieles andere belassen, was direkt mit der Arbeit des Obersten Sowjets und seiner Kammern verbunden ist. Die gesamte interne organisatorische Arbeit sollte unter Leitung des Präsidiums des Obersten Sowjets geleistet werden, und das Präsidium sollte einen Vorsitzenden haben, der zugleich Speaker bei den gemeinsamen Sitzungen beider Kammern wäre. Diese Rolle könnte ein Vizepräsident übernehmen. Die getrennten Sitzungen aber würden, wie gehabt, unter dem Vorsitz der Leiter der Kammern erfolgen.

Offenbar stellen wir uns den Präsidenten unter den Bedingungen eines starken Parlaments vor. In vielen westlichen Ländern erfolgt eine Stärkung der präsidentiellen Macht auf Kosten der Macht der Legislative, des Parlaments. Bei uns sollte man eine solche Entwicklung zweifellos ausschließen. Doch zugleich ist ein effektiv handelnder Präsident erforderlich. Angenommen, der Präsident könnte Funktionen haben, die mit der Ernennung in höchste Ämter, mit der Verleihung der Staatsbürgerschaft, mit der Begnadigung verbunden wären... Der Präsident hätte das Recht, in der Zeit zwischen den Parlamentstagungen die allgemeine und teilweise Mobilmachung sowie bei einem militärischen Angriff oder, falls es die Erfüllung internationaler vertraglicher Verpflichtungen erforderlich macht, den Kriegszustand zu verkünden und im Interesse des Schutzes der Bürger das Kriegsrecht oder den Ausnahmezustand über das ganze Land bzw. einzelne Regionen zu verhängen. In allen Fällen wird der Präsident alle Forderungen der Verfassung zu respektieren haben. Der Präsident würde natürlich den Vorsitz im Verteidigungsrat haben, wäre oberster Befehlshaber der Streitkräfte. Sehr wichtig wäre es, die Kompetenzen des Präsidenten

und des Obersten Sowjets festzulegen. Den Präsidenten sollte man mit einem Veto-recht bei Gesetzen, die vom Obersten Sowjet der UdSSR verabschiedet werden, ausstatten, mit dem Recht, sich an das Komitee für Verfassungsaufsicht (oder ein Verfassungsgericht, sollte ein solches geschaffen werden) zu wenden. Doch das entscheidende Wort bleibt zweifellos beim Parlament. Der Oberste Sowjet könnte nach einem Präsidentenveto besagtes Gesetz verabschieden, wenn er es ein weiteres Mal unter Beachtung bestimmter Auflagen bestätigt.

Der Präsident könnte in bestimmten Fällen – wenn die Kammern nicht zu einer Einigung kommen – das Recht haben, das Parlament aufzulösen, doch auch diese Entscheidung müßte wohl nach Konsultationen mit dem Präsidium des Obersten Sowjets getroffen werden.

Führt die Verfassungsreform zur Schaffung des Instituts des Präsidenten, dann wäre es sehr wichtig, von vornherein alle Kriterien des demokratischen Wesens dieses Amtes zu konkretisieren. Es gibt in der Geschichte unseres Landes nicht wenige Beispiele dafür, welche Folgen die uneingeschränkte Macht eines einzelnen haben kann. Deshalb sollte der verfassungsmäßige Status des Präsidenten mit Hinblick nicht auf eine konkrete Person, sondern auf ein optimales System der rationalen demokratischen Leitung unseres Landes festgelegt werden. Gemeint ist die Verantwortung des Präsidenten, die Möglichkeiten, ihn bei verfassungswidrigen Handlungen, Rechtsverletzungen usw. abzuberufen (Impeachment).

Neben einem energischen Präsidenten braucht das Land eine aktive Regierung. Sehr wichtig ist dabei zu unterstreichen, daß die Regierung unter ständiger Kontrolle des Obersten Sowjets steht, der das Recht haben sollte, ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung zu beschließen. Das Recht, den Regierungschef sowie, wenn die Regierung zurück-

treten muß, einen neuen Ministerpräsidenten vorzuschlagen, sollte dem Präsidenten zustehen. Der Präsident seinerseits sollte ebenfalls das Recht haben, die Regierung zum Rücktritt aufzufordern, wenn sich herausstellt, daß sich der Kurs der Regierung mit seinem Kurs, mit seiner Politik nicht deckt.

Und ein weiterer wichtiger Umstand: Wir sprechen vom Präsidenten unter den Bedingungen einer Föderation. Der Präsident wird seine Funktionen in enger Zusammenarbeit mit den Organen der Republiken ausüben müssen. Man könnte an die Schaffung eines konsultativen Organs beim Präsidenten, z. B. aus den Vertretern oder den Leitern der Unionsrepubliken, denken. Im Grunde sind die Interessen der Demokratisierung und der Modernisierung der Staatsmacht in unserem Land nicht zu trennen von den Interessen der Erneuerung der sowjetischen Föderation. Die unitaristischen Deformationen haben mancherorts das Syndrom einer überaus kritischen Haltung zur Union bewirkt, was eine reale Einschätzung der Situation stört. Wo liegt dann der Schlüssel zur Lösung des Problems? Erstens ist zu betonen, daß unser Land tatsächlich eine Union von Republiken ist. Man muß die Vollmachten der Union klar abgrenzen, indem man umfassende souveräne Rechte und eine bedeutende Selbständigkeit der Republiken gewährleistet. Zugleich muß das Prinzip der Respektierung der Rechte und Interessen aller Völker der UdSSR, darunter derjenigen, die in einem autonomen Gebilde oder ohne ein solches leben, verankern.

Ohne Artikel 6

Die Veränderungen im politischen System werden heute in engem Zusammenhang mit der Interpretation von Art. 6 der Verfassung gesehen. Natürlich erlangt die Partei nicht deshalb eine führende Stellung, weil das im Gesetz oder in der Verfassung festgeschrieben ist, sondern weil sie diese Stellung durch ihre Tätigkeit erringt. Deshalb darf es in der neuen Verfassung keine Artikel geben, die die Rolle der Partei von vornherein verankern.

Die Verfassung braucht nicht auf die Frage zu antworten, ob es ein Einparteiensystem oder ein Mehrparteiensystem geben soll. Das ist eine Frage der politischen Praxis, der gesellschaftlichen Entwicklung. Die Verfassung muß das Recht zur Bildung politischer Parteien gewährleisten oder stärken und die Bedingungen für deren Tätigkeit festlegen.

Nirgends, in keinem Gesetz sollte eine unbedingte Vereinigung oder im Gegenteil Trennung der Ämter, z. B. des Staatsoberhauptes oder des Generalsekretärs, festgelegt werden. Die Praxis zeigt, daß die führenden Politiker einer Partei in der Regel auch führende staatliche Ämter bekleiden. Doch das geschieht ohne Hinweis auf Gesetze. Zweifellos ist die Perestroika in der KPdSU, die Erneuerung ihrer programmatischen Dokumente und ihres Statuts, der Formen und Methoden ihrer Arbeit das Wichtigste, was ihre Stellung in der Gesellschaft bestimmen wird.

Spaltung?

Der 14. (außerordentliche) Parteitag des BdKJ verlief ergebnislos. Seine Fortsetzung wurde auf unbestimmte Zeit vertagt

Das geschah, nachdem die gesamte Delegation des Bundes der Kommunisten Sloweniens den Sitzungssaal verlassen hatte. Das Protokoll des Parteitags blieb offen. Hinter dem Schicksal des BdKJ steht damit ein Fragezeichen.

Es stellen sich übrigens nicht gerade wenig Fragen. Was wird aus der Partei der jugoslawischen Kommunisten? Wird sie infolge der Ereignisse gewinnen oder verlieren? Wie wird sich die Spaltung innerhalb des BdKJ auf die Lage in Jugoslawien auswirken? Endgültige Antworten hat jetzt bestimmt noch niemand. Man kann nur Mutmaßungen anstellen.

Für alle, die die Ereignisse in der jugoslawischen politischen Szene aufmerksam beobachtet haben, kam die praktische Spaltung innerhalb des BdKJ nicht aus heiterem Himmel. Zwei Reformkonzepte in dieser Partei, die kurz vor dem Parteitag deutlich genug zum Vorschein kamen, haben die Möglichkeit, sie in einem einheitlichen

Dokument zusammenzuführen, beinahe ausgeschlossen. Die Einschränkung „beinahe“ erfolgt deshalb, weil die Hoffnung auf einen kleinsten gemeinsamen Nenner im BdKJ bestehen blieb. Sie war durchaus nicht unbegründet.

In letzter Zeit konnten die Positionen verschiedener Flügel des BdKJ zu mehreren wichtigen Fragen bedeutend angenähert werden. Der Parteitag bestätigte die Bereitschaft der Partei, ihre in der Verfassung garantierte Monopolstellung in der Gesellschaft aufzugeben und politischen Pluralismus, also ein Mehrparteiensystem, zu akzeptieren.

Trotzdem blieben nicht wenige Fragen übrig, zu denen die Ansichten der kommunistischen Bünde der Republiken sich diametral gegenüberstanden. Das betrifft vor allem die Frage, ob der BdKJ

ein „Bund der republikanischen Bünde“ oder eine „einheitliche Organisation“ sein solle. Dieses Problem war gewissermaßen der Zündfunke für die Explosion.

Ich würde die Gründe, welche die slowenische Delegation für das Verlassen des Parteitags hatte, jedoch nicht nur auf die Frage nach dem „Bund der Bünde“ reduzieren. Nach Auffassung des BdK Sloweniens bleibt der BdKJ hinter den Erfordernissen des Augenblicks und der Entwicklung demokratischer Prozesse in Europa zurück. Alles in allem glauben die slowenischen Kommunisten, daß eine Distanzierung vom BdKJ ihren Interessen entspricht. Besonders kurz vor den Wahlen, bei denen der BdK Sloweniens als Gleicher unter Gleichen mit der Opposition konkurrieren muß.

Mit dem Auszug der slowenischen Delegation entstand eine Situation, in der es unmöglich war, den Parteitag fortzusetzen. Die Delegierten wurden mit drei Positionen konfrontiert: Die Slowenen hatten „nein“ gesagt und den Parteitag verlassen. Die

Kroaten sprachen sich für einen Abbruch aus. Serben und Montenegriner bestanden darauf, daß der Parteitag seine Arbeit fortsetzt. Infolgedessen kam es zu einem Beschluß, der in jeder Hinsicht einen Kompromiß darstellt: Der Parteitag wurde vertagt, und der Termin für seine Fortsetzung soll bei einer Sitzung des Zentralkomitees festgelegt werden.

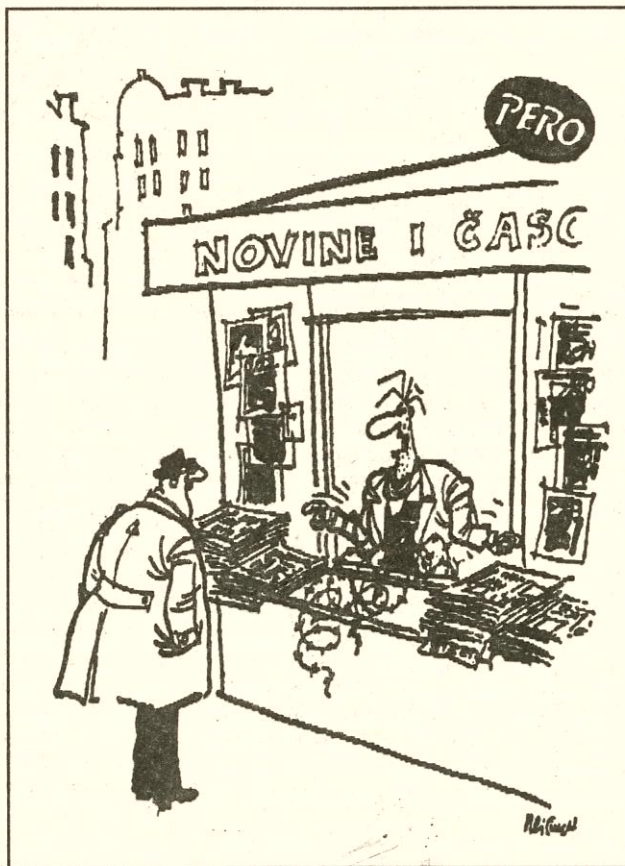
In Jugoslawien fragen sich jetzt viele, was aus dem BdKJ werden und wo der Ausweg aus dieser mißlichen Situation liegen soll. Da die Slowenen nun einmal unmißverständlich erklärt haben, daß sie in den BdKJ, so wie er jetzt ist, nicht zurückkehren wollten, wird man kaum erwarten dürfen, daß der Parteitag seine Arbeit in der früheren Zusammensetzung und unter Beteiligung der Delegationen aller Republiken fortsetzen wird. Am wahrscheinlichsten sind zwei Varianten: Entweder werden die slowenischen Kommunisten besondere Beziehungen zum BdKJ unterhalten, die ihre völlige Unabhängigkeit vorsehen, oder der BdKJ hört überhaupt auf zu existieren, so daß zwei neue Parteien, eine sozialistische und eine kommunistische Partei, gegründet werden. Ein entsprechender Vorschlag ist während des 14. Parteitags eingebracht worden. Wenn in nächster Zeit Plenen und Konferenzen der republikanischen Organisationen des Bundes der Kommunisten durchgeführt werden, dürfte die Situation in vieler Hinsicht deutlicher werden.

Nicht selten kann man von journalistischen Kollegen hören, daß es die Verbände der Kommunisten in den Republiken, wenn sie vom BdKJ unabhängig sind, leichter haben werden, bei den Wahlen im Frühling zu siegen. Ich bin mir da nicht so sicher. In jeder Republik sind die politische Situation und das Kräfteverhältnis anders. Klar ist nur, daß die Kommunisten landesweit bei einer Spaltung nur verlieren können. Unter dem zunehmenden Druck der Opposition, die ihre Reihen schließt, wäre es logischer gewesen, wenn der BdKJ einen Schritt zur Festigung seiner Einheit unternommen hätte. Unter den derzeitigen Voraussetzungen und bei den gegenwärtigen Meinungsverschiedenheiten wäre so ein Schritt jedoch kaum möglich gewesen.

Wird die Spaltung innerhalb des BdKJ sich auf die Lage des Landes insgesamt auswirken? Sicherlich schon deshalb, weil der BdKJ an der Regierung ist. Der jugoslawische Premierminister Ante Markovic hält die Lage jedoch nicht für tragisch. „Jugoslawien wird auch weiter funktionieren“, sagte er mir gegenüber. Seiner Meinung nach dürfen das Schicksal Jugoslawiens und die Reformen seines politischen und wirtschaftlichen Systems nicht von der Lage im BdKJ oder irgendeiner anderen Partei abhängen.

Interessant ist, daß Ante Markovic die zweifellos angesehenste Persönlichkeit bei diesem Parteitag war. Sein Programm wird nämlich von niemandem für ein serbisches, kroatisches oder slowenisches Programm gehalten. Alle sehen darin ein jugoslawisches Programm.

Gennadi Syssojew
NZ-Korrespondent
BELGRAD



Wollen Sie Zeitungen, die dafür, oder solche, die dagegen schreiben?
Zeichnung aus der jugoslawischen Zeitschrift „Pero“

Attacken gegen die Front

Die Opposition führt ihre Anhänger auf die Straßen von Bukarest

Die Spannungen in der Hauptstadt Rumäniens werden gegenwärtig von Versuchen einiger neuer Oppositionsparteien angeheizt, die Front der Nationalen Rettung (FNR) zu spalten. Die Kampagne begann mit einer Attacke gegen den stellvertretenden Vorsitzenden der FNR Dumitru Mazilu, der nach Angriffen der Zeitung „România liberă“ zurücktreten mußte.

Die Beschuldigungen gegen Dr. jur. habil. Mazilu gründen sich auf die Tatsache, daß er in den 50er Jahren Offizier des Sicherheitsdienstes war. Hierbei wurde jedoch verschwiegen, daß, wie die Zeitung „Libertatea“ schrieb, in den 80er Jahren, „als ganz Rumänien nur hinter vorgehaltener Hand flüsterte, Herr Mazilu fünf Jahre lang deutlich seinen Widerstand gegen das Ceausescu-Regime zum Ausdruck brachte“. Die Mitarbeiter von „România liberă“ vergaßen unwahrscheinlich leicht, daß es Mazilu war, der den Mut hatte, ein Dokument über die himmelschreienden Menschenrechtsverletzungen in Rumänien vorzubereiten und illegal an die UNO weiterzuleiten. Übrigens gehörten zu jenen, deren Rechte damals mit Füßen getreten wurden, auch drei inhaftierte Journalisten von „România liberă“. Auch für ihre Freilassung hat Mazilu unter Einsatz seines Lebens gekämpft.

Die Kampagne gegen die FNR wurde auch nach dem Rücktritt von Mazilu fortgesetzt. Unter Ignorierung des Vorschlages der Front, sich mit der Opposition über eine gemeinsame Koalitionsplattform zu einigen, führten die Oppositionsparteien am 28. Januar ihre Anhänger auf die Straßen der rumänischen Hauptstadt, um die FNR zu zwingen, sich aus dem politischen Leben des Landes zurückzuziehen. Die Demonstranten gingen zum Platz des Sieges, wo im Gebäude des Außenministeriums der Rat der Front arbeitet. Bald darauf begann dort eine brausende Massenkundgebung. Die Leiter der Front, die sich an die Menschen wenden wollten, ließ man praktisch nicht zu Wort kommen. Es wurde gerufen: „Nieder mit der Front!“, „Front ohne Rußland!“, „Front ohne Perestroika!“ Die Führer der Oppositionsparteien, in erster Linie der Nationalmonarchistischen, der Nationalliberalen und der Sozialdemokratischen Partei, glaubten schon, den Sieg errungen zu haben. Ausländische Journalisten stellten bereits Vermutungen darüber an, wie viele Tage nach dem Rücktritt von Mazilu auch die anderen Führer der Front ihre Demission einreichen werden.

Aber bereits gegen Abend, als sich der Nebel auf die Stadt senkte, änderte sich die Lage auf dem Platz des Sieges. Neue Marschkolonnen hatten sich den Demonstranten

angesellt. Arbeiter der hauptstädtischen Betriebe waren gekommen, um die Front der Nationalen Rettung zu unterstützen. Der Rat der Front atmete erleichtert auf. Die Schale der politischen Waage neigte sich deutlich zu ihren Gunsten.

Am ganzen folgenden Tag, dem 29. Januar, kamen Züge mit Demonstranten aus anderen Städten des Landes nach Bukarest, die sich mit den Werktätigen der Hauptstadt solidarisierten. Selbst auf größere Entfernung war die mächtige Stimme der Kundgebung auf dem

Man muß sagen, daß auch innerhalb der Front gewisse Prozesse zu beobachten sind. Davon zeugt die Tatsache, daß z. B. die bekannte Schriftstellerin Doina Cornea und die Vertreterin der Intelligenz Cluj aus dem Rat der Front ausgeschieden sind. Es wird der Eindruck erweckt, daß die Vertreter der Intelligenz Rumäniens, darunter der schöpferischen Intelligenz, nicht die Absicht haben, sich aktiv am politischen Leben des Landes zu beteiligen. Auch innerhalb der Jugend sind bestimmte Bewegungen zu beobachten. Die Jugend, die als erste auf die Barrikaden der Revolution stieg, will sich ebenfalls nicht an Parteien und politischen Organisationen beteiligen. Die Kompliziertheit der Lage wird



Die Töchter des ehemaligen Königs Michail von Rumänien, Margarita und Sofia, besuchten im Januar Rumänien. So wurde Prinzessin Margarita auf dem Bukarester Flughafen begrüßt
Telefoto: AP - TASS

Platz des Sieges zu hören, die die Front und ihr Programm einstimmig unterstützte. Mit Hochrufen wurde der Auftritt des Vorsitzenden des Rates der Front Ion Iliescu begrüßt. Regierungschef Petre Roman mußte sogar zweimal das Wort ergreifen, an zwei verschiedenen Orten, auf dem Platz des Sieges und vor dem Gebäude der Nationalmonarchistischen Partei. Hier hatten sich Hunderte von empörten Mitkämpfern der Front versammelt. Es kam sogar soweit, daß man den Präsidenten der Nationalmonarchistischen Partei, Corneliu Coposu, aus seinem Hauptquartier mit einem Panzerfahrzeug herausbringen mußte, und Petre Roman war gezwungen, die Anwesenden zur Ruhe aufzufordern.

Am Montagabend führte das Mitglied des Exekutivbüros des Rates der Front, Silviu Brucan, eine Pressekonferenz für ausländische Journalisten durch. Er sagte u. a., daß der Front am Sonntag tatsächlich eine ernste Gefahr gedroht hat.

durch die schwierige ökonomische Situation im Land noch verschärft.

Parallel zu dem beschriebenen politischen Zusammenstoß am 27. Januar in Bukarest begann eine Gerichtsverhandlung. Die ehemaligen Mitglieder der Landesführung Manea Manescu, Emil Bobu, Ion Dinca und Tudor Postelnicu haben sich vor einem Militärtribunal zu verantworten. Den vier Angeklagten wird Beteiligung am Völkermord vorgeworfen. Das ist nur eine kleine Gruppe von Häftlingen aus der nächsten Umgebung von Nicolae Ceausescu. Die Gerichtsverhandlung findet in der Aula der Militärakademie Rumäniens statt. In den Gerichtssaal werden nur Vertreter lokaler und einiger ausländischer Medien eingelassen. Heute findet die Zeugenvernehmung statt.

Sergej Swirin
NZ-Korrespondent
Bukarest

Bruch mit der „dynamischen Stagnation“

Der Herbst 1989 brachte den Bulgaren ebenso überraschende wie langersehnte Veränderungen

Praktisch alle Schichten der Gesellschaft haben das Ende des 35 Jahre währenden despotischen Regimes von Todor Shiwkow begeistert aufgenommen, obwohl die Macht des Diktators vor kurzem noch so fest und unerschütterlich war, daß eine solche Wende der Ereignisse nur schwer vorstellbar schien.

Mit dem von Bulgarien Ende der 40er Jahre übernommenen totalitären Regierungsmodell waren nämlich die Opposition und die Andersdenkenden innerhalb der BKP restlos liquidiert worden. Der wie durch ein Wunder erhalten gebliebene linke Flügel des Bulgarischen Volksbündnisses wurde zu einem ergebenen Erfüllungsgehilfen der Kommunistischen Partei und hatte kein eigenes Gesicht, beziehungsweise Programm mehr. Im Geiste der Tradition Stalins konzentrierte der Parteiapparat die ganze Macht bei sich. Die einfachen Kommunisten sah man als amorphe Masse an, deren einzige Pflicht darin bestand, regelmäßig Mitgliedsbeiträge zu entrichten und die Beschlüsse der Führungsstaffel widerspruchsfrei zu billigen. Die Ausgrenzung aller, die auch nur einen geringen Unsicherheitsfaktor für das Regime darstellten, aus jeder aktiven politischen Tätigkeit sowie häufige, beinahe ununterbrochene Ablösungen und Umbesetzungen auf der oberen Verwaltungsebene wurden zur Grundlage der Kaderpolitik.

Die Verkettung von Partei und Staat und die Abhaltung formeller Wahlen, die der Volksmund ironisch als „Wettrennen für ein Pferd“ bezeichnete, schalteten das Parlament gleich und führten dazu, daß es die vom Apparat beschlossenen Gesetze nur noch absegnete. Die absolute Verstaatlichung des Eigentums und die Verlagerung riesiger menschlicher Ressourcen von einem Wirtschaftssektor in den anderen verwischten die ohnehin nur schwach ausgeprägten sozialen Strukturen der bulgarischen Gesellschaft vollends und verurteilten die Bevölkerung zu wirtschaftlicher und politischer Passivität. Die alte Macht benutzte die alte Formel „Teile und herrsche“ als ihre wesentliche Führungsmethode, indem sie die Interessen einzelner Gesellschaftsschichten, der Intellektuellen, der Arbeiter, der Bauern, gegeneinander ausspielte. Aufgrund dessen konnte die Führungsspitze trotz zunehmender Probleme ihre herrschende Position wahren.

Dennoch machte sich in den letzten Jahren in Bulgarien eine deutliche Herrschaftskrise bemerkbar. Sie fand ihren Ausdruck

in verschiedenen undurchdachten innen- wie außenpolitischen Entscheidungen, die zu einer drastischen Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage, zu einer Verschärfung der ökologischen Problematik und dazu führten, daß gegen das Regime gerichtete oppositionelle Kräfte auftraten und immer mehr Anhänger fanden.

Auf der Ebene der Wirtschaftsleitung führten permanente Reformversuche in den letzten Jahren dazu, daß anstelle der Ministerien Vereinigungen gegründet und eine „Firmenorganisation der Produktion“ eingeführt wurden. In Bulgarien wurde eine unfruchtbare Diskussion um die Formen des sozialistischen Eigentums entfacht. In den Bau von Industriegiganten, die vom Standpunkt ihrer wirtschaftlichen Effizienz und ökologischen Unbedenklichkeit recht zweifelhaft erschienen, wurden riesige Mittel investiert. Die Auslandsschulden wuchsen rapide und haben für ein Land wie Bulgarien besorgniserregende Ausmaße erreicht: Unterschiedlichen Quellen zufolge betragen sie inzwischen 8 – 10 Milliarden Dollar.

Die Tatsache, daß es bei dieser ständigen Reorganisation und der Ankündigung von ewig neuen „Initiativen“, „Maßnahmen“ und „Konzeptionen“ keine wirklichen Veränderungen im wirtschaftlichen und politischen Leben gab, nahmen einige westliche Beobachter zum Anlaß, die Situation in Bulgarien der letzten Jahre als „dynamische Stagnation“ zu bezeichnen.

Die Herrschaftskrise zeigte sich auch in der Außenpolitik. Bulgarien brachte, um sein internationales Ansehen zu festigen, mehrere Vorschläge ein zur Friedenssicherung, zur Abrüstung, zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit und zum Umweltschutz in Europa und auf dem Balkan. Sobald es aber an ihre praktische Realisierung ging, erwies sich, daß sie mehr propagandistischer Kraftakt als konkrete Aktion waren. Das Vertrauen in die Aufrichtigkeit dieser Vorschläge wurde durch die gewaltsame Assimilierung der Türken nachhaltig erschüttert. Diese Politik nannte sich zwar „Prozeß der Wiedergeburt“, stand aber in eindeutigem Widerspruch zu den internationalen Menschenrechtsakten, die auch von Bulgarien unterzeichnet worden waren. Die bulgarisch-türkischen Beziehungen nahmen schweren Schaden. Damit hatte sich die Lage auf dem Balkan, einer immer schon neuralgischen Zone, verkompliziert.

Der in der zweiten Hälfte der 80er Jahre in der Sowjetunion und einigen anderen sozialistischen Ländern einsetzende

Umbauprozeß führte zu einer Doppelreaktion der Machthaber. Für die Öffentlichkeit erklärte man sich mit diesem Prozeß solidarisch, denn Bulgarien habe sich ihm ebenfalls aktiv angeschlossen. Überhaupt, so ließ sich Shiwkow vernehmen, habe Bulgarien diesen Weg bereits 1956 eingeschlagen. In diesem Jahr konnte Shiwkow nach dem Aprilplenum seine Position festigen. 1987 wurde eine „Juli-Konzeption für die weitere Entwicklung des Sozialismus“ vorgelegt, die den Umbauprozeß im Sinne der Partei kanalisieren sollte. Gleichzeitig unterließ man nichts, um die Aktivität der Massen zu unterdrücken. Schließlich wollte man es bei einer gelinden Auffrischung der Fassade bewenden lassen.

Ein ganz anderes Perestroika-Verständnis hatten dagegen weite Kreise der bulgarischen Öffentlichkeit, besonders die Intellektuellen. Kein Wunder, daß jetzt wuchtige Schläge gegen die Intelligenz erfolgten, in der der Apparat sowohl seine wichtigste Propagandawaffe als auch die größte Gefahr für sich selbst sah. Man tat alles, um die öffentliche Vertrauensstellung der Intellektuellen zu erschüttern, und versuchte, sie auch noch untereinander zu zerstreuen. Man veranstaltete Hetzjagden auf spontane Gruppen und Vereinigungen, die sich auf der Woge der Erneuerungen gebildet hatten. Die innenpolitische Situation wurde dadurch nicht gerade entschärft. Die Spannung erreichte ihren Höhepunkt, als im Oktober/November letzten Jahres in Sofia das Europäische Umweltforum tagte. Zum ersten Mal erhielten einige unabhängige Bewegungen die beschränkte Möglichkeit, Veranstaltungen durchzuführen. Diese fanden großen Widerhall in der Bevölkerung und wurden daraufhin prompt verboten. Die Brachialgewalt, mit der die Regierung dabei vorging, mußte sie in den Augen der internationalen Öffentlichkeit kompromittieren. Die Unzufriedenheit mit Stil und Methoden autoritärer Machtausübung wuchs auch innerhalb der Partei, unter anderem auch auf ihrer obersten Führungsebene.

Also wurden die Veränderungen, die dann stattfanden, nicht nur durch eine Bewegung von oben, sondern auch durch eine Bewegung von unten ausgelöst. Die folgenden Ereignisse bestätigen diese Annahme. Die Bevölkerung, gleichsam aus ihrem Dornröschenschlaf erwacht, ging auf die Straße. Hohe politische Aktivität der Massen kennzeichnet die vergangenen Monate. Die Menschen wollen aufholen, was in Jahrzehnten verabsäumt wurde. Unabhängige Klubs und Vereinigungen schießen wie die Pilze aus dem Boden, nach 1947 verbotene Parteien werden wiederbelebt und andere Parteien neu gegründet. Die wesentlichen Oppositionsgruppen

brauchten einen knappen Monat, um sich im Bund demokratischer Kräfte zu formieren.

Die neue Führung der BKP fing die Stimmung der Massen auf und spürte das wachsende Ansehen der Oppositionskräfte, als sie sich zu bestimmten Zugeständnissen bereitfand: Die korruptesten und am meisten verhaßten Funktionäre wurden aus zentralen Parteiorganen zurückgezogen; das Parlament des Landes annullierte den Verfassungsparagraphen über die führende Rolle der Partei; die BKP trat zu einem außerordentlichen Parteitag zusammen. Auf der Grundlage eines Kompromisses zwischen so gut wie

allen gesellschaftlichen und politischen Kräften fanden erste Begegnungen am runden Tisch statt, bei denen die wichtigsten Probleme, vor denen Bulgarien jetzt steht, zur Sprache kamen.

Der neuen BKP-Führung ist zugute zu halten, daß es ihr bis jetzt weitgehend gelungen ist, Konfrontationstendenzen zu vermeiden und den Forderungen der Opposition in einzelnen Fällen sogar noch zuvorzukommen. Viele meinen, das sei nicht nur ein Zeichen für die Flexibilität der neuen Führung, sondern auch für die Schwäche der Opposition, die, ideell und politisch uneinheitlich, über keine klare Programmatik verfügt und sich in konkre-

ten Situationen nicht immer gleich zurechtfindet. Gleichzeitig müssen die Parteiführer den stärker gewordenen Reformkräften in der Kommunistischen Partei Rechnung tragen.

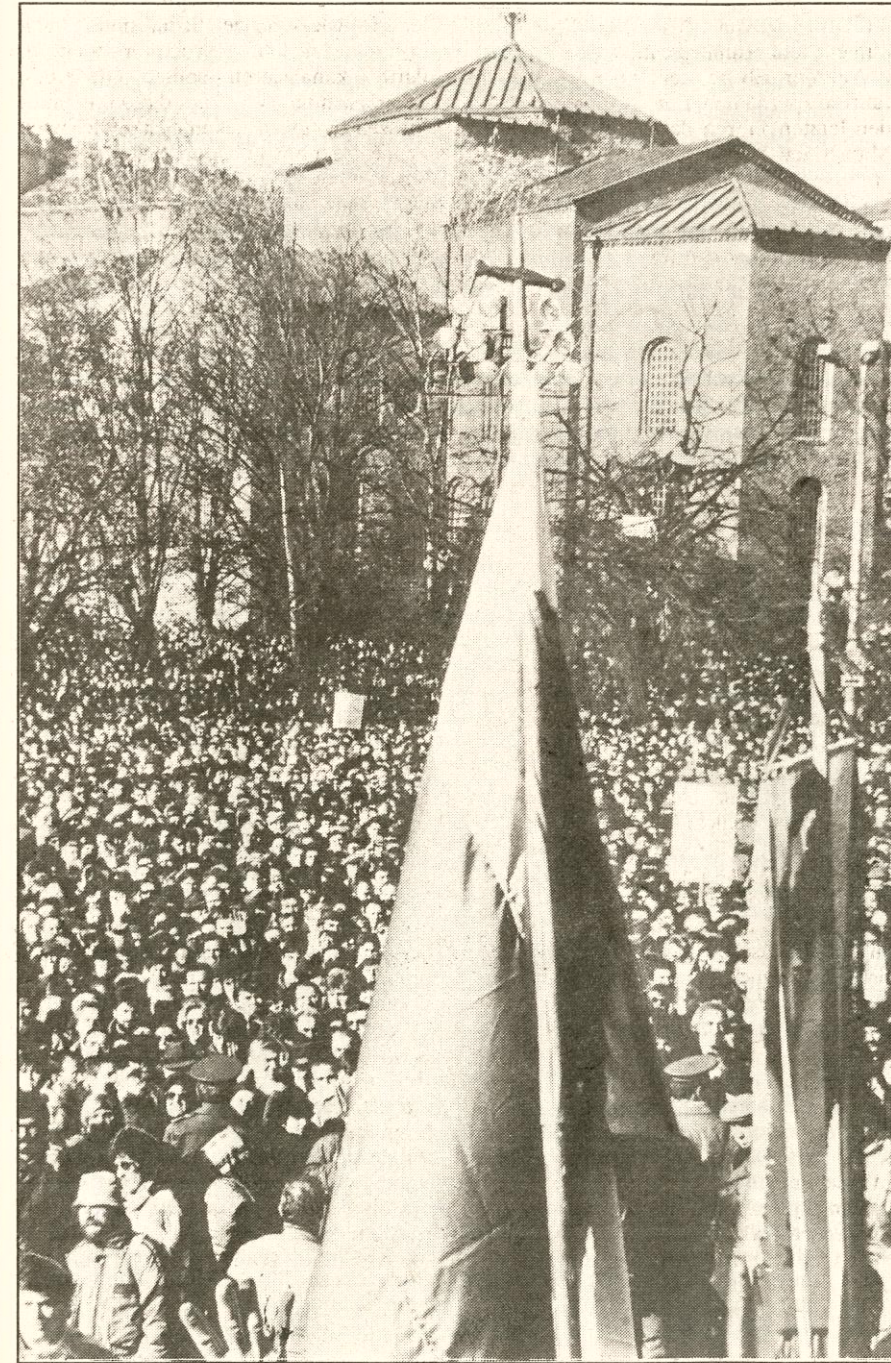
Zu einer Art Katalysator für die komplizierte innenpolitische Lage wurde der in den letzten Tagen des verflornten Jahres vom ZK der BKP und von der Regierung gefaßte Beschluß, die Fehlhandlungen zu korrigieren, die das Shiwkow-Regime sich gegenüber der muslimischen Landesbevölkerung erlaubt hatte. Außer einem ehrlichen und mutigen Schritt war das auch der erste Regierungsakt, der gezeigt hat, daß die neue Führung bereit ist, einen Weg der wirklichen Erneuerung einzuschlagen. Deshalb hat die Opposition diesen Beschluß in ihrer Mehrheit unterstützt. Ein Teil der bulgarischen Bevölkerung, besonders in Regionen mit starkem Moslemanteil, zeigte sich damit jedoch nicht einverstanden. Hier kam es zu Streiks und Massenveranstaltungen. Diese Situation versuchten die Leute im Parteiapparat zu nutzen, die direkt verantwortlich sind für eine Politik, durch die nationaler Hader entfacht wird. Sie versuchten, den Ausbruch der Leidenschaften in Mißtrauen gegen die neue Führung umzukehren. Auch einige nationalistisch orientierte Gruppierungen haben dieses Ziel verfolgt. Die offene Konfrontation konnte noch einmal vermieden werden. Ein Gesellschaftlicher Rat für nationale Fragen wurde gebildet, und es wurde beschlossen, den Konflikt durch gemeinsame Anstrengungen auf demokratischem Wege zu lösen.

Den weiteren Verlauf der demokratischen Umgestaltungen in Bulgarien vor auszusehen ist schwer, obwohl sich seine wesentlichen Tendenzen schon heute abzeichnen. Es entstehen Bedingungen für echten politischen Pluralismus. Die Herausbildung eines Marktes wird als notwendig erkannt. Staatliches, genossenschaftliches und Privateigentum sollen gleichberechtigt nebeneinander bestehen. Wie tief die demokratischen Neuerungen greifen, wird vom Aufschwung der Wirtschaft, von einer Zunahme der politischen Kultur in den Massen sowie von der Bereitschaft der BKP und der Opposition abhängen, den Dialog fortzusetzen und ein gesamt nationales Programm aufzustellen. Jede Verzögerung im Erneuerungsprozeß birgt das Risiko einer neuerlichen Zuspitzung der Lage in sich.

In Bulgarien zeigen die Uhren die Zeit des Umbaus an. Gehen diese Uhren aber auch genau? Wann der bulgarischen Perestroika die Sternstunde schlägt, wird die Zukunft zeigen. Doch schon heute ist klar, daß diese Uhr nicht mehr zurückzustellen ist.

Jaroslav Iwantschenko,
Raliza Kostowa-Setschkowa,
Rumjan Setschkow

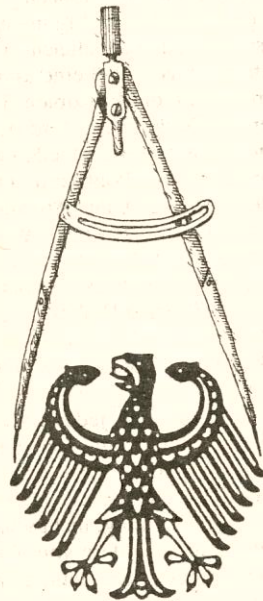
SOFIA



Massenkundgebung in Sofia

Foto: Zader Galibow

Die „deutsche Frage“ als europäisches Politikum



Wie werden die gegenwärtigen komplizierten und widersprüchlichen Prozesse in Mittel- und Osteuropa, insbesondere in beiden deutschen Staaten weiter verlaufen? Jeder Monat, jede Woche überzeugen davon, daß diese Frage bei weitem nicht müßig ist. Die künftigen Beziehungen zwischen DDR und BRD – zwei souveränen Staaten, UNO-Mitgliedern und Teilnehmern des gesamteuropäischen Prozesses – sind den Völkern und Staaten Europas, besonders jenen, die einst Opfer einer deutschen Aggression waren, keineswegs gleichgültig. Worauf es jedoch ankommt, sind nicht die Vergangenheit und ihre Mahnung, sondern die lebenswichtigen Interessen von heute. Erhaltung der verdienten, weil um den Preis vieler Leiden erkauften Stabilität auf unserem Kontinent ist ein kategorischer Imperativ der europäischen Politik.

Hier beobachten wir ein Paradoxon: Je deutlicher die Sprache der neuen Realitäten der „Zeit nach der Mauer“ ist, desto häufiger kommt es zu traurigen Rückfällen in die Konfrontationszeit. Wer hätte z. B. denken können, daß in dem nach den Helsinki-Gesetzen lebenden Europa die deutschen Grenzen von 1937 wieder aufs Tapet gebracht werden? Nicht weniger alarmierend sind die Anschläge auf die DDR-Souveränität und Versuche von Konservativen, die sich kompliziert anlassende Erneuerung in der DDR zu ihrer Vereinnahmung durch die BRD auszunutzen. In der sowjetischen Presse wird das lebhaft diskutiert, wobei man nicht nur berechnete Befürchtungen äußert, sondern auch versucht, die neue Situation positiv umzudenken. Wir haben in unserer Zeitschrift einen Meinungsaustausch zu diesen Fragen schon begonnen (siehe NZ 48, 50, 51/89). Heute beschreibt Andrej Kolossow aus seiner Sicht die Lage. Wir bringen seinen Artikel als Beitrag zur Diskussion und fordern unsere Leser und Autoren zu einer weiteren „informellen“ Erörterung auf.

Andrej Kolossow

Sekt trinkende Menschen auf der erst vor kurzem unnahbaren Mauer und das Jubeln auf beiden Seiten haben bei Beobachtern in der Welt nicht unbedingt eitel Freude ausgelöst. Diese Szenen zeigten klar, daß das in seiner Gespaltenheit stabile Europa in Bewegung gekommen und kaum zum Stehen zu bringen ist. Man wartete auf diese Bewegung, man strebte sie an, man verstand sie als Notwendigkeit für die europäischen Völker, für den festen Frieden auf dem Kontinent. Zugleich wurde angenommen, daß Veränderungen in Europa wie überall tiefe Einschnitte unberechenbare Folgen nach sich ziehen und viele Fragen aufwerfen würden, deren Beantwortung nicht leicht ist. Aber bis zu einer gewissen Zeit verdrängte man diese Gedanken, auf jeden Fall vermied man es, sie zum Gegenstand breiter Diskussionen zu machen.

Eine solcher Fragen ist die deutsche Frage. Dies trotz des Umstands, daß die Mauer, die die Straßen einer einst einheitlichen Stadt durchschneidet, und die Grenze, die Menschen mit gleichen Liedern voneinander abtrennte, als die sichtbarsten Inbegriffe der Spaltung Europas, der Konfrontation und des kalten Kriegs galten. Wenn man diesen Erscheinungen wirklich ein Ende setzen will, muß man entscheiden, was aus ihren Attributen auf deutschem Boden werden soll. Schließlich existiert die Mauer weiter, sie ist lediglich in unserem Bewußtsein gefallen, und wenn die Grenze auch etwas durchlässiger ist, bleibt sie doch eine Staatsgrenze und trennt zwei souveräne Länder, zwei Systeme, zwei militärpolitische Bündnisse.

Deutsche Einheit ist ein im Grundgesetz der BRD

verkündetes Ziel. Das Versprechen, dieses Ziel anzustreben, ist die unerläßliche Bedingung für jede westdeutsche Regierung, wenn sie sich der Unterstützung der Bundesbürger versichern will. Die Ausreise von Hunderttausenden DDR-Bürgern in den Westen und die Großkundgebungen unter der Losung der Wiedervereinigung zeigen, daß der Einheitsdrang auch der DDR-Bevölkerung zumindest nicht fremd ist.

Die Nachkriegseinrichtung, die Abkommen zwischen den vier Siegermächten sowie die bilateralen Verträge der BRD und der DDR betonten vielleicht nicht immer das Provisorische von Deutschlands Spaltung, schrieben jedoch auch nie ihren ständigen Charakter fest.

All das spricht für die Realität einer Vereinigung beider deutscher Staaten. Aktuell ist das nicht, weil das schon morgen kommt, sondern insofern, als das Problem mit dem Fortschreiten Europas von einem Zustand zu einem anderen so oder so gelöst werden wird. Außerdem ist die Fragestellung auch juristisch begründet.

Ob Deutschland wieder zu vereinen sei, in welcher Form und wann, ist das Problem vor allem der beiden deutschen Staaten, der Deutschen selbst, denen niemand das Recht auf freie Selbstbestimmung absprechen kann. Freilich läßt sich immer darüber streiten, wie frei diese ist. Es gibt jedoch bewährte juristische Mechanismen der Willensäußerung eines Volks und Verfahren zur internationalen Kontrolle darüber, daß Wahlen oder Referenden fair und unparteiisch durchgeführt werden.

Ein natürlich, unter freiheitlichen Bedingungen ausgedrücktes Einheitsstreben der Deutschen bei

derseits der Grenze könnte bei vielen auf Mißmut stoßen. Der Grund ist verständlich: Da ist die Erinnerung an die beiden Weltkriege, die Angst vor Veränderungen, da sind Befürchtungen um den eigenen militärpolitischen Status auf dem Kontinent und in der Welt und die Ablehnung der Aussicht darauf, neben sich einen in Wirtschaft und Politik stärkeren Konkurrenten zu sehen.

Aber ein Widerstand ist kaum möglich, wenn man sich an die anerkannten Prinzipien des Völkerrechts, an das neue politische Denken hält und die Einheit Europas wirklich anstrebt. Vom Standpunkt der praktischen Politik ist ein heimlicher oder offener Widerstand gegen die freiwillige Einheitsbewegung der Deutschen zumindest nicht sehr weitsichtig. In letzter Instanz ist es immer gefährlich, wenn die Politik hinter den Trend der Straße zurückbleibt. Hier sei daran erinnert, welche Stimmungen das Gefühl der Erniedrigung und der Unfreiheit im Handeln bei den Deutschen nach dem ersten Weltkrieg provozierte. Zudem werden die europäischen Länder und Blöcke in dem Fall, daß die Spannungen um die deutsche Frage zunehmen, die eigenen Positionen strikt bestimmen und eine der Seiten unterstützen müssen, was Europa sehr rasch in die Zeiten der Konfrontation zurückversetzen würde; allerdings ein Europa mit einer neuen Kräftegruppierung. Sollten sich alle dazu entschließen, die Einheit nicht zu fördern, so würde das die Engagiertheit der Deutschen in den heutigen europäischen Strukturen

sicherlich schwächen und die Deutschen selbst zu einseitigen Schritten veranlassen. Eine solche Entwicklung wäre für die europäische Stabilität wohl am destruktivsten.

Anders gesagt geht es nicht darum, ob man den Deutschen ihre Vereinigung, falls sie sie wünschen, erlaubt oder nicht, sondern darum, wie besagte Vereinigung für Europa, für die Sicherheit aller europäischen Staaten schmerzlos verlaufen kann. Insofern betrifft diese Entwicklung alle Europäer. Zweifellos sind sie berechtigt, Garantien dafür zu verlangen, daß die eventuelle Wiedervereinigung nicht eine Rückkehr zur beunruhigenden Vergangenheit, sondern ein Schritt zu einer ruhigeren, blühenden und für den ganzen Kontinent einheitlichen Zukunft wird.

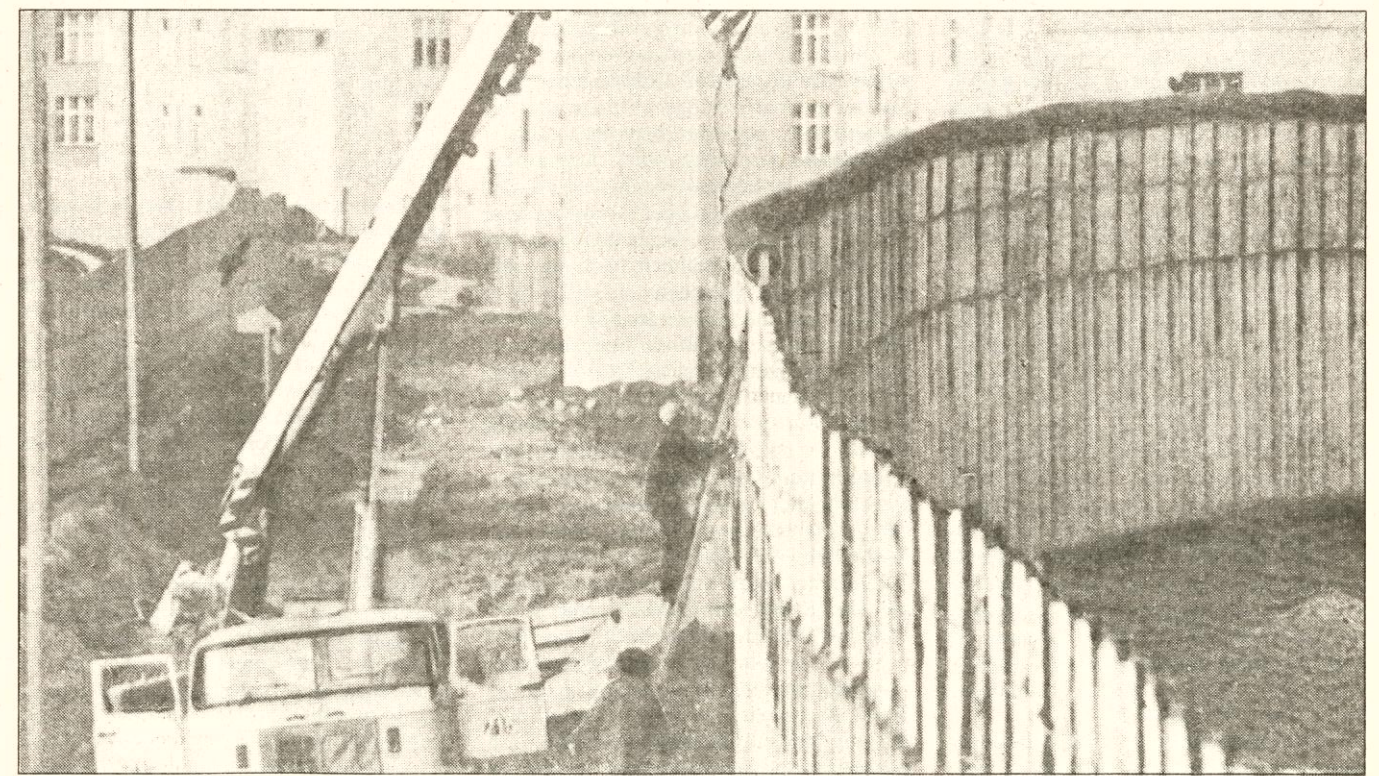
Vorrangig bei der Behandlung der deutschen Frage müssen die Konturen und Interessen dieser Zukunft, keineswegs die Vor- und Nachkriegsrealitäten, ja nicht einmal die jüngsten Gegebenheiten sein. Gewiß, man kann der Vergangenheit nicht entgehen, sie nicht einfach abschütteln. Wie das 20. Jahrhundert anschaulich zeigt, verträgt die Geschichte die Versuche schlecht, aus der Vergangenheit direkt einen „Sprung“ in die Zukunft zu vollführen. Man darf jedoch nicht vergessen, daß die alten Realitäten mit dem Krieg, mit der Aufteilung in Sieger und Besiegte oder schließlich mit der harten militärpolitischen Konfrontation verbunden sind. Sie haben sich vor allem diesen Zuständen angepaßt und können wohl kaum zur Entstehung oder gar zur Bedienung neuer Realitäten beitragen. Das Problem liegt nicht darin,

neue Erscheinungen in die alten Realitäten hineinzuzwängen, sondern darin, wie man von den alten Realitäten stoßfrei, ohne Krisen und Erschütterungen zu neuen übergeht.

Damit die Geschichte diesen Verlauf nimmt, müssen die deutschen Staaten und alle anderen Akteure der europäischen Szene in vielen Fragen eine feste Position beziehen.

Das erste sind natürlich die Grenzen. Ich will nicht auf die juristischen Argumente eingehen, sie sind bekannt. Vielleicht nur soviel: Die Befürchtungen, daß eine künftige Wiedervereinigung die Prinzipien der unverletzlichen europäischen Grenzen untergräbt, sind die wichtigste Quelle des inneren Widerstands von Politikern und öffentlicher Meinung gegen die Annäherung zwischen beiden deutschen Staaten. Unbegründet ist das nicht. In den grundlegenden westdeutschen rechtlichen Dokumenten und innenpolitischen Diskussionen zur Frage der Grenzen von 1937 sind eine bestimmte Unklarheit, Unausgesprochenheit nicht zu übersehen.

Es wäre viel besser, wenn jedes i sein Tüpfelchen bekäme und alle von der Erkenntnis ausgingen, daß man in puncto Territorium für eine neue deutsche Einheit, wie auch immer sie heißen mag, nicht vom „Reich“ ausgehen sollte, sondern von den äußeren Grenzen der heutigen deutschen Staaten, die in die heutigen europäischen Strukturen eingefügt sind. Zugleich müßte es den Deutschen klar sein, daß die europäischen Länder das Prinzip der Unverletzlichkeit nicht auf die innerdeutsche



Der Abriß der Berliner Mauer bringt nicht nur politisches Kapital. Die Behörden der DDR verkaufen die Betonsegmente als Souvenir an westliche Firmen.

Foto: TASS

Grenze anwenden, wenn beide deutsche Staaten freiwillig beschließen, sie aufzuheben oder zu modifizieren.

Zweitens ist da die Frage eines Friedensvertrags. Ist er abzuschließen? Ein Friedensvertrag kann nur mit einem Staat geschlossen werden, der so oder anders der Erbe jenes Staats ist, der den Krieg auslöste. In diesem Fall ergibt sich unvermeidlich und durchaus logisch die Frage nach den früheren Grenzen und nach der vertraglichen Festschreibung der Gebietsverluste als Folge der Niederlage im Krieg. Man kann sich ohne weiteres vorstellen, welch schwierige rechtliche und welch schmerzliche politische und psychologische Verhandlungen das nach sich ziehen und wie sehr das sowohl den revanchistischen als auch den deutschfeindlichen Gefühlen einen Auftrieb gäbe. Viel realistischer und produktiver wäre es meiner Meinung nach, auf die Idee des Friedensvertrags zu verzichten und auf der Grundlage der Erkenntnis vorzugehen, daß auf deutschem Boden ein grundsätzlich neues, mit dem Reich und seinen Grenzen nicht verbundenes Gebilde entsteht. Dieses wird im Rahmen der heutigen deutschen Grenzen geschaffen und erbt bestimmte Verpflichtungen der BRD und der DDR im Bereich der Rüstungsreduzierung und der Gewährleistung der Sicherheit und Stabilität in Europa. Mit der Zeit wird man sich ein Junktim vorstellen können zwischen dem Grad der gegenseitigen Annäherung der beiden Teile Deutschlands und seiner Unterschrift unter einem gesamteuropäischen Dokument, das die Umrisse der Stabilität und Zusammenarbeit auf dem Kontinent in seiner neuen Entwicklungsphase festlegt. Das mag vielen ungewöhnlich vorkommen. Es fällt jedoch schwer, sich vorzustellen, wie die vom Krieg hinterlassenen Sackgassenprobleme auf dem Weg zu einer deutschen Einheit anders überwunden und wie zugleich die Interessen der Deutschen und der anderen Europäer in gleichem Maße wahrgenommen werden können.

Auch das Problem des Verhältnisses zwischen der Möglichkeit einer Wiedervereinigung Deutschlands und der Zugehörigkeit der bestehenden deutschen Staaten zu den einander gegenüberstehenden bzw., bei optimistischer politischer Prognose, verschiedenen militärpolitischen Blöcken muß neu überdacht werden. Gemeinhin heißt es, das eine widerspreche völlig dem anderen und sei der wichtigste Grund dafür, daß eine Vereinigung in absehbarer Zukunft nicht in Frage komme. Die Wiedervereinigungsidee untergrabe das Blocksystem, wirke also destabilisierend, so daß man von ihrer Verwirklichung nur nach der Abschaffung oder zumindest einer Umwandlung der Blöcke sprechen könne.

Meiner Meinung nach stimmt das nicht ganz. Die gegenseitige Annäherung oder Vereinigung beider deutscher Staaten würde meines Erachtens gerade dann am

ruhigsten und sichersten verlaufen, wenn die Blöcke, auch ihre Militärstrukturen, erhaltenbleiben. Und vice versa: Die Überwindung der innerdeutschen Spaltung wäre das stärkste Instrument, die Konfrontation in ganz Europa zu überwinden. Das Parallele, Gleichzeitige dieser Bewegungen würde es ermöglichen, den Weg vom früheren zu einem neuen Europa in der Situation der höchsten Stabilität und Voraussagbarkeit zurückzulegen.

Im Zusammenhang mit den Blöcken und einem einheitlichen Deutschland wurde nicht selten seine Entmilitarisierung und Neutralisierung vorgeschlagen. Später erkannte man, wie schwer es ist, die Bedingungen und Garantien für die Neutralität und Abrüstung eines so großen Staates auszuarbeiten, und wie beruhigend es wirkt, es nicht mit einem Staat an sich, sondern mit ihm als Bestandteil von Allianzen und Integrationsgruppen zu tun zu haben. Die Amerikaner sprechen, wenn auch gleichsam abgewandten Gesichts, von einer von ihrem Standpunkt aus noch einfacheren Lösung: Ganz Deutschland in seiner neuen Form gehört der NATO an. Ob das nur naiv oder schlaue ist, bleibt dahingestellt. Fest steht auf jeden Fall, daß ein so unverhohlener Vorstoß des westlichen Blocks gegen Osten Konfrontation und Feindbild wiederbeleben würde.

Ich glaube, ein realistischer Weg führt über ein Paradoxon: Beide deutsche Staaten nähern sich einander, bzw. vereinigen sich, ohne daß jeder die Mitgliedschaft in seinem Bündnis kündigt. Auf ihrem Territorium bleiben die Truppen der vier Mächte, über ihren Abzug wird später entschieden, im Zusammenhang mit der Reduzierung der Truppen und Rüstungen in ganz Europa und nach Maßgabe dessen, wie ein zuverlässiges gesamteuropäisches Sicherheitssystem geschaffen wird. Das untergräbt nicht das heutige System der europäischen Verhandlungen über Abrüstung und vertrauensbildende Maßnahmen, bei denen offenbar allmählich nicht nur das Kräfteverhältnis zwischen beiden Blöcken, sondern auch das Gleichgewicht zwischen den einzelnen militärisch bedeutendsten Staaten, die neue deutsche Struktur einbezogen, berücksichtigt wird. Im Ergebnis kommt es zu keinem überraschenden Sprung aus dem heutigen System der Aufrechterhaltung der Sicherheit ins Ungeisse; vielmehr zu einem stoßfreien Übergang, bei dem die Stabilität jedes neuen Zustands konsekutiv geprüft werden kann.

Zugleich könnte auf deutschem Boden die neue Kooperation zwischen den Blöcken, das Vertrauen zwischen ihnen erprobt werden. Die Spaltung Deutschlands führte seinerzeit zur Gründung der Blöcke und zu ihrer Konfrontation. Die gegenseitige Annäherung der deutschen Staaten, von denen der eine der NATO und der andere dem Warschauer Vertrag angehört, wird vor Augen führen, wie absurd es ist, die

Feindseligkeit zwischen den Blöcken aufrechtzuerhalten, und sie zwingen, nach neuen Funktionen und Formen der gegenseitigen Beziehungen, wie sie den entstehenden europäischen Realitäten entsprechen, zu suchen. Beide Bündnisse bleiben auf deutschem Boden präsent und werden schon aus diesem Grund mit dem dortigen Annäherungsprozeß Schritt halten müssen. Zugleich werden sie die Rolle des wichtigsten Garanten für die Erhaltung der Stabilität in Europa übernehmen. Erst wenn klar ist, daß das neue Sicherheitssystem in Europa zuverlässig funktioniert, wird man auch die Blöcke, zumindest als militärische Organisationen, auflösen können.

Ein ähnliches Schema hätte ich für das Verhältnis zwischen den von der Zugehörigkeit zu verschiedenen Wirtschaftssystemen bestimmten innerdeutschen Prozessen in der BRD und der DDR. Man sollte keinen der deutschen Staaten aus den schon etablierten Integrationssystemen herausreißen. Noch unzulässiger sind die Ansprüche darauf, die sozialökonomischen und politischen Strukturen der BRD auf die DDR auszudehnen, ganz zu schweigen von der Unzulässigkeit, ja Verderblichkeit der Ansprüche auf die Einmischung in die inneren Angelegenheiten des souveränen Staats. Die ersten Schritte bei der Öffnung der Grenze zeigten, daß eine Verzahnung der sozialökonomischen Gegebenheiten, die keiner Seite Schaden zufügt, zu den schwierigsten Problemen gehört. Dennoch wird man sich mit ihm im gesamteuropäischen Maßstab befassen müssen, wenn man tatsächlich daran denkt, die Spaltung unseres Kontinents zu überwinden. In diesem Sinne könnte Deutschland seine Rolle als Bahnbrecher und Verbindungsglied spielen und die europäischen Wirtschaftsmechanismen dazu anspornen, sich der Idee eines einheitlichen Europa anzupassen.

Natürlich ist die hier vorgeschlagene Variante der Lösung der deutschen Frage nicht einwandfrei. Die Verwirklichung verlangt die Bewältigung vieler Probleme und setzt voraus, daß jeder Teilnehmer auf gewisse gewohnte Ansichten verzichtet. Mein Vorschlag ist jedoch von dem Wunsch diktiert, einen Weg zu finden, der die Interessen aller berücksichtigt und einen Übergang zur Zukunft ermöglicht, bei dem wir nicht gezwungen sind, einen riskanten Balanceakt über einem Abgrund zu vollführen, sondern uns vielmehr auf die Gegenwart stützen.

Am wenigsten möchte ich so verstanden werden, daß ich die Vereinigung vorantreibe und ihre Formen und ihr Tempo vorwegnehme. Die Vereinigung ist Sache der Deutschen, der deutschen Staaten selbst. Auf jeden Fall stelle ich mir diesen Prozeß als friedlich, freiwillig und natürlich allmählich vor. Sonst kann man auch das verlieren, was wir schon haben, ja noch schlimmer: die Hoffnung aufgeben. ■

Nach der Invasion

Wie bewerten die Führer des neuen Regimes die jetzige Situation und was versprechen sie dem Land?

Als wir mit dem Auto von Costa Rica kamen, bemerkten wir die panamaische Grenze gar nicht. Nachdem wir einen halben Kilometer durch Panama gefahren waren und unseren Irrtum bemerkt hatten, kehrten wir natürlich um und entschuldigten uns bei den schläfrigen panamaischen Zollbeamten und Grenzern, bevor wir die erforderlichen Formalitäten erledigten.

Ich berichte diese Episode meiner (nicht ersten) Dienstreise nach Panama keineswegs, um mich über die lokalen Behörden lustig zu machen. Vor einigen Wochen, auf dem Höhepunkt der amerikanischen Intervention, versuchten Hunderte von Journalisten an dieser Grenze erfolglos, zu „heißen Nachrichten“ vorzudringen.

Ja, nach der bewaffneten Intervention der USA hat sich Panama verändert. Die bei den Bombenangriffen zerstörten Häuser, die demolierten und ausgeplünderten einstigen Luxusgeschäfte in der Avenida Central und in der Via Espana, die Stacheldrahthindernisse vor einigen Botschaften, die zahlreichen Patrouillen von US-Soldaten und schließlich die menschenleeren abendlichen Straßen – in der Stadt herrscht noch Ausgangsverbot, wenn auch verkürzt. Doch allmählich heilen die Wunden. Übrigens hat das Pentagon ein Baubataillon nach Panama entsandt. Nachrichtenagenturen meldeten, daß die USA für den Wiederaufbau des Zerstörten und für die Beseitigung der Folgen der gegen Panama verhängten Wirtschaftsblockade 1 Md. Dollar bereitstellen wollen.

Schwerer wird es sein, den Schaden wieder gutzumachen, den der Aggressor den nationalen Empfindungen der Panamaer zugefügt hat.

Der neue Präsident Panamas Guillermo Endara machte auf mich den Eindruck eines optimistischen Mannes mit sanftem Charakter und einem beachtlichen Sinn für Humor. Den Großteil seines Gesprächs mit sowjetischen Journalisten war der Präsident damit befaßt, den legitimen Charakter der jetzigen Regierung zu begründen, die, wie er sagte, bei den Wahlen am 7. Mai v. J. von der Mehrheit des panamaischen Volkes ihr Mandat erhalten habe. Guillermo Endara gestand ein, daß einige Stunden vor Beginn der Intervention die damaligen Oppositionsführer von einem Vertreter der US-Administration über die bevorstehende Aktion informiert wurden, wobei er jedoch betonte, sie, die Oppositionsführer, hätten Washington nicht gebeten, Manuel Antonio Noriega

gewaltsam zu stürzen. „So sollte es kommen“, sagte Guillermo Endara sich sozusagen entschuldigend, „daß wir im Ergebnis der amerikanischen Intervention in Panama an die Macht kamen. In Wirklichkeit waren wir zuvor demokratisch gewählt worden.“

Wenn die Mehrheit der Panamaer die Regierung Endara unterstützt – warum stehen dann bis heute amerikanische Soldaten im Land? Sie bewachen auch den



Der neue Präsident der Republik Guillermo Endara

Präsidentenpalast, wo sie sich übrigens ganz wie zu Haus fühlen. Als wir im Vorraum auf das Gespräch mit Guillermo Endara warteten, sprachen wir mit dessen Sekretär – dem ehemaligen Universitätsdozenten Luis Martins. Auf einmal stürzte, ohne anzuklopfen, ein US-Militär in khakifarbener Kampfuniform in den Raum und begann recht ungeniert, seine Fragen mit dem Sekretär des Präsidenten in Englisch zu erörtern. Der intelligente Martins fühlte sich ganz offensichtlich unwohl in seiner Haut...

Guillermo Endara aber, der auf die Frage nach dem Zeitpunkt für den Abzug der Interventionstruppen antwortete, beschränkte sich auf folgende verschwommene Formulierung: „Wenn die nationalen Polizei-Einheiten die Situation im Land im Griff haben und zuverlässig kontrollieren werden.“

Gerade mit dem Abzug der Besatzungstruppen ist die Frage der völkerrechtlichen Anerkennung der jetzigen panamaischen Regierung eng verbunden. Guillermo Endara sagte uns, seine Regierung habe keine Probleme, was die Anerkennung seitens der EG-Länder, der USA, Japans und der Staaten Mittelamerikas mit Aus-

nahme von Nikaragua angehe. Er bekundete sein Bedauern, daß es einige lateinamerikanische Staatsmänner nicht eilig haben, die neue Regierung Panamas anzuerkennen, solange die Truppen des Aggressors nicht aus dem Land abgezogen sind. Ich möchte ergänzen, daß auch viele andere Mitglieder der Völkergemeinschaft die gleiche Haltung vertreten.

Die Sowjetregierung verurteilte die militärische Intervention der USA in Panama. Ich wollte wissen, was Guillermo Endara zur Zukunft der sowjetisch-panamaischen Beziehungen denkt.

Der Präsident konstatierte, daß diese Frage bislang nicht erörtert wurde, da das Land vor allem innere Probleme, die unter anderem mit der Schaffung von Organen der Exekutive, der Legislative und der Judikative zusammenhängen, zu lösen hat. Guillermo Endara sagte, er sehe die Aussichten für einen Ausbau der sowjetisch-panamaischen Beziehungen positiv.

Der panamaische Außenminister Julio Linarez nannte diese Aussichten „sehr günstig“. Er sprach davon, daß es wünschenswert sei, diplomatische Beziehungen zur Sowjetunion aufzunehmen, wobei er auf das Interesse aller Länder der Welt an einem normalen Funktionieren und an der Neutralität des Panamakanals verwies. Er äußerte sich lobend über die Haltung der Sowjetunion zum Prozeß der Demokratisierung in Osteuropa, zur Perestroika in der UdSSR, wobei er im einen wie im anderen zusätzliche Argumente für einen Ausbau der sowjetisch-panamaischen Beziehungen sieht.

Die UdSSR nutzt schon fast 25 Jahre die Möglichkeiten Panamas als eines internationalen Banken- und Geschäftszentrums für den Absatz ihrer Erzeugnisse in Lateinamerika. Im Zentrum der Hauptstadt, in einem vornehmen Gebäude aus Glas und Beton, sprach ich mit dem Besitzer der panamaischen Firma Motores Internacionales, Lew Rodin, und mit dem sowjetischen Vertreter, dem geschäftsführenden Direktor der Firma, Nikolai Uschkalow. Die Firma ist bereits viele Jahre Hauptlieferant von Ladas, KAMAS-LKWs und anderen sowjetischen Autos für lateinamerikanische Länder. Sie ist in 28 Staaten der Region aktiv. So entdeckte ich recht erstaunt eine Vertretung der Firma in El Salvador. Wie meine Gesprächspartner sagten, sind unter den ständigen Kunden der Firma auch solche in Chile und Haiti.

Es liegt auf der Hand, daß eine solche Form der sowjetischen Präsenz auch für Panama von Vorteil ist. Motores Internacionales macht Millionengewinne, von denen ein Teil als Steuern an den panamaischen Haushalt abgeführt wird. Die Firma gibt mehr als 500 Personen Arbeit, was für

die panamaische Regierung im gegenwärtigen Zeitpunkt, da das Land mit einer Verschärfung der sozialen Probleme infolge der Wirtschaftspolitik der Regierung Endara konfrontiert werden kann, besonders wertvoll ist. Übrigens hatten wir über die wirtschaftliche Lage ein ausführliches Gespräch mit dem ersten Vizepräsidenten der Republik, Innen- und Justizminister Ricardo Arias Calderon.

Philosophieprofessor Ricardo Arias Calderon gilt als Chefideologe der jetzigen Regierung. Der Vizepräsident hob zwei Aufgaben hervor: die Bildung demokratischer Institute und die Umgestaltung der nationalen Wirtschaft. Die Verwirklichung der ersten Aufgabe steht, wie er sagte, kurz vor dem Abschluß. Die zweite Aufgabe nimmt man erst in Angriff.

Ricardo Arias Calderon gab den früheren Regierenden die Verantwortung für die Wirtschaftskrise. Erschreckende Zahlen wurden genannt: eine 30prozentige Arbeitslosigkeit, ein in den letzten zweieinhalb Jahren um ein Viertel verringertes Bruttosozialprodukt und die riesigen Auslandsschulden (allein bei den Zinsen 800 Mio Dollar). Überdies erwähnte der Vizepräsident, daß die amerikanische Intervention der Volkswirtschaft einen Schaden von 1,5 Md. Dollar zugefügt hat.

Die Hauptrichtungen der Wirtschaftspolitik der jetzigen Regierung sind folgende: eine bedeutende Verringerung der Staatsausgaben, mehr Handlungsfreiheit für das Privatunternehmertum und finan-

zielle Hilfe von außen. Die panamaische Geschäftswelt steht diesem Programm insgesamt positiv gegenüber. Doch was bedeutet es für die Menschen?

Ein Wirtschaftswissenschaftler des Panamaischen Zentrums zum Studium sozialer Probleme sagte mir, eine solche Politik werde unweigerlich zu einer Verschärfung der sozialen Probleme, vor allem der Arbeitslosigkeit, führen. Seinen Berechnungen zufolge wird durch die neuen Entlassungen die Zahl der Arbeitslosen um weitere 10 Prozent zunehmen. Die Regierung will die kostenlose Vorschulerziehung streichen, was vor allem für die Ärmsten ein Schlag sein wird. Experten dieses Forschungszentrums prophezeien, daß die Regierung Endara bereits in nächster Zeit mit sozialen Spannungen konfrontiert werden, daß sie die Unterstützung durch einen Großteil der Panamaer verlieren kann, die für sie bei den Wahlen im Mai v. J. votierten.

Unter der direkten Führung von Ricardo Arias Calderon wird eine neue Polizei aufgebaut. Die Kräfte der Nationalen Verteidigung, die unter dem Kommando von Manuel Noriega standen, sind aufgelöst. Die Panamaer melden sich recht gern zu der neuen Polizei – ich selbst habe beeindruckende Warteschlangen vor den Punkten für die Freiwilligenmeldung gesehen. Der kurzen Frisur und der sportlichen Erscheinung vieler „Rekruten“ zufolge haben sie vor nur wenigen Wochen die Uniform der Nationalen Verteidigungskräfte abgeworfen.

Wir fragten, ob es im Lande eine bewaffnete Opposition gegen die Regierung Endara gibt. Ricardo Arias Calderon sagte, es gebe eine solche Opposition und sie stelle eine gewisse Gefahr für die Regierung dar. Sie besitze bedeutende Waffenvorräte. Was die legale Opposition angehe, so werde sie, wie der Vizepräsident betonte, alle Garantien für eine normale Tätigkeit erhalten. Das gelte sowohl für die linken als auch für die ultrarechten Parteien und Organisationen. Übrigens habe ich in den wenigen Tagen, die ich mich in Panama aufhielt, keinerlei Anzeichen für die aktive Tätigkeit einer legalen Opposition entdecken können.

Juri Kudimow
NZ-Korrespondent
PANAMA

Fotos aus: „El Pais“ (Spanien)
und „The Economist“ (Großbritannien)



In der panamaischen Hauptstadt. Ein US-Soldat durchsucht Verhaftete

Meiner Meinung nach werden Südkorea und die Sowjetunion spätestens 1992 Freunde sein. Warum ich das meine? Zu jenem Zeitpunkt wird Moskau eine erste Bilanz der Politik der Umgestaltung und der Offenheit ziehen sowie seine Beziehungen zu Phöng-jiang so neuordnen können, daß sich zwischen unseren Ländern auf natürliche Weise freundschaftliche Beziehungen herauszubilden beginnen.

Der Erklärung, die das Außenministerium der Republik Korea am 8. Dezember 1989 abgab, nach zu urteilen, sieht es ganz danach aus, daß die Regierung meines Landes und die Sowjetregierung den Zeitpunkt des Abschlusses eines Abkommens über konsularische Fragen auf einen früheren Zeitpunkt vorgezogen und alles am 7. Dezember v. J. abgeschlossen haben.

Seit der Eröffnung von Vertretungen der Industrie- und Handelskammern in Süul und Moskau im April 1989 unterhalten die Republik Korea und die Sowjetunion enge wirtschaftliche Beziehungen, doch das sind nicht mehr als apolitische Beziehungen, nicht auf Regierungsebene.

Wie dem auch sei, ich glaube, meine Meinung über die südkoreanisch-sowjetischen Beziehungen nahm Gestalt an, nachdem der Vorsitzende der Demokratischen Partei für die Wiedervereinigung Koreas Kim Young Sam und seine Begleitung nach einem erfolgreichen Besuch in der Sowjetunion auf Einladung des Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der AdW der UdSSR in die Heimat zurückgekehrt waren.

Ich meine, die Völkergemeinschaft braucht der Gerechtigkeit halber eine Normalisierung der südkoreanisch-sowjetischen Beziehungen. Das ist dadurch bedingt, daß die Politik der Umgestaltung und der Offenheit von KPdSU-Generalsekretär Gorbatschow eine politische wie geographische Ausrichtung hat und zweifellos die Existenz eines solchen Nachbarn der UdSSR wie die Republik Korea anerkennt. Und das nicht nur, weil die Republik Korea ein souveräner Staat ist, der allen Anforderungen des Völkerrechts gerecht wird, mit eigenem Territorium, mit eigenen ökonomischen Strukturen, mit eigener Legislative, Exekutive und Judikative, sondern auch, weil die Republik Korea eine objektive Realität ist, die unabhängig davon besteht, ob der Sowjetunion die Ideologie und Politik unseres Landes gefällt oder nicht.

Am 22. Januar gab der Präsident Südkoreas Roh Tae Woo den Zusammenschluß der Regierungspartei mit zwei Oppositionsparteien bekannt. Einen Beitrag unseres Kommentators hierzu lesen Sie im nächsten Heft der NZ.

Zukunftspläne

Über die Beziehungen zu den Nachbarländern und die Probleme der koreanischen Halbinsel äußert sich Lee Haeng Goo, Abgeordneter der Nationalversammlung der Republik Korea

Ich rechne mit der Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Südkorea und der Sowjetunion, doch dabei hoffe ich, daß Nordkorea in nicht allzu ferner Zukunft von den USA und von Japan anerkannt wird und Beziehungen zwischen ihnen aufgenommen werden. Da ein solcher Schritt auf der gleichen Ebene liegt wie die Anerkennung Südkoreas durch die Sowjetunion und China, wie die Normalisierung der Beziehungen zwischen ihnen, meine ich, daß die Anerkennung Nordkoreas durch die USA und Japan erforderlich ist, um eine Ära der friedlichen Koexistenz in Nordostasien einzuleiten, und das seinerseits zum Abschluß eines Nichtangriffsvertrages zwischen Süd- und Nordkorea führen wird.

Einige Worte zur Frage der UNO-Mitgliedschaft. Bekanntlich gehören weder Süd- noch Nordkorea den Vereinten Nationen an. Der Hauptgrund dafür ist die immer wieder bekundete Haltung Nordkoreas, das meint, der UNO-Beitritt eines jeden Staates werde die Teilung der koreanischen Halbinsel verewigen. Diese

Haltung Nordkoreas wird von einigen sozialistischen Staaten und Entwicklungsländern unterstützt. Und so hatten unsere Bemühungen, der UNO beizutreten, keinerlei Erfolg.

Berücksichtigt man den Geist der UNO-Charta und die Tatsache, daß jetzt mehr als 130 Staaten Südkorea anerkennen und diplomatische Beziehungen zu uns unterhalten, daß Nordkorea von 108 Staaten anerkannt wird, sowie den Umstand, daß weder Nord- noch Südkorea ernsthaft darauf beharren können, es sei der „alleinige Vertreter“ des koreanischen Volkes, und angesichts der jetzigen politischen Situation der Offenheit in der Völkergemeinschaft, so würde der gleichzeitige Beitritt Süd- und Nordkoreas zur UNO mehr noch als die Mitgliedschaft allein Südkoreas in dieser Organisation zur friedlichen Vereinigung beitragen und nicht zur Verewigung der Spaltung der koreanischen Halbinsel.

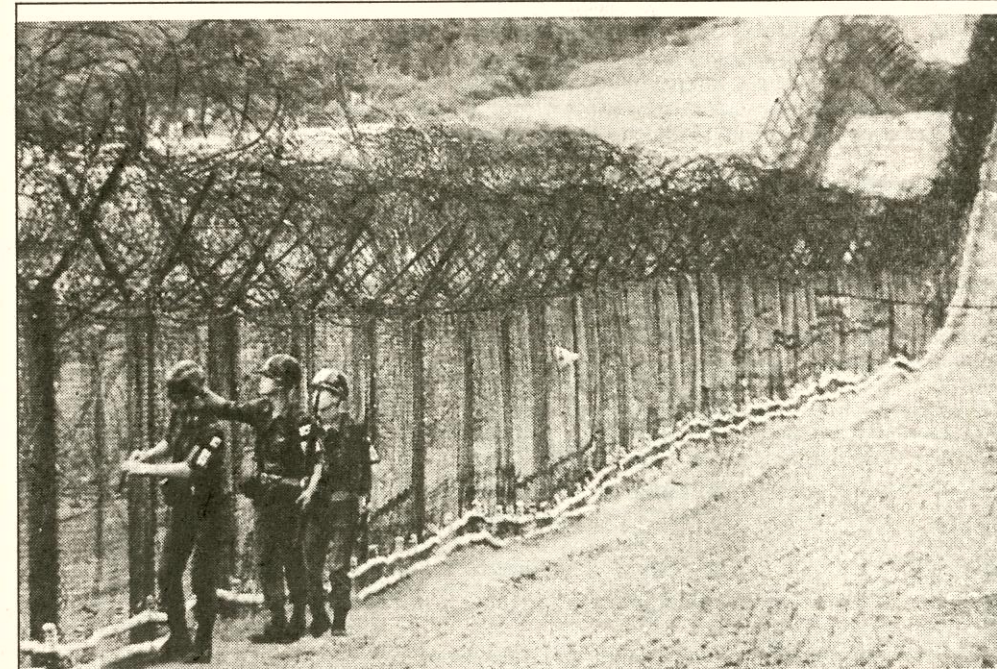
Ich möchte betonen, daß in der heutigen internationalen Lage, da der kalte Krieg und die Konfrontation zwischen

den beiden Supermächten von einer Entspannung abgelöst wird, da die Konfrontation zwischen den beiden koreanischen Staaten nachläßt, ich mir nicht vorstellen kann, daß irgendwelche objektiven Hindernisse für den UNO-Beitritt souveräner Staaten entsprechend deren freier Willensbekundung entstehen könnten.

In Südkorea stehen bis heute 43 000 Angehörige der US-Truppen. Die Zeit ihres Abzuges wird kommen, entweder wenn Nordkorea den Wunsch äußert, einen Nichtangriffsvertrag zu schließen, der Südkorea vor einer Invasion aus dem Norden schützen würde, oder aber wenn sich das jetzige für Südkorea unvorteilhafte Kräfteverhältnis gegenüber Nordkorea, das man mit 6:10 beziffern kann, zumindest auf 8:10 ändert.

In der jetzigen wirtschaftlichen Situation Südkoreas kann das erforderliche Mindestverhältnis von 8:10 erst Ende der 90er Jahre erreicht werden. Deshalb darf der Umstand nicht unterschätzt werden, daß ein Abzug der US-Streitkräfte vor diesem Zeitpunkt eine reale Gefahr für die Aufrechterhaltung des Friedens auf der koreanischen Halbinsel schaffen würde.

Die Sowjetunion meint natürlich, das Ziel der US-Truppenpräsenz in Südkorea bestehe darin, es ihr und China nicht zu erlauben, eine aktive Politik in Asien zu betreiben. Doch berücksichtigt man die militärischen Objekte, die Nuklearwaffen und die Streitkräfte, die die Sowjetunion auf ihrem Territorium im Fernen Osten stationiert hat, dann sind Moskaus Argumente schwach. Und wenn ich auch weiß, daß dank den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über eine allgemeine Abrüstung, einschließlich einer Begrenzung der Nuklearwaffen, der akute Charakter dieses Problems mehr oder weniger beseitigt werden wird, so muß ich doch sagen, daß die US-Truppen in Südkorea bleiben müssen, um besagte Aufgabe zu erfüllen.



Der Drahtverhau, der die koreanische Halbinsel am 38. Breitengrad teilt

TASS-Fotochronik

Boris Jelzyn:

Die Last der Vergangenheit überwinden



Boris Jelzyn hielt sich im Januar 10 Tage in Japan auf. Der sowjetische Parlamentarier war von der Fernsehgesellschaft TBS, der Zeitung „Mainichi“, der Gesellschaft zum Studium der Probleme Asiens und von der Vereinigung für Fragen der Außenpolitik eingeladen worden, die sich zusammengefunden hatten, um den Dialog mit Jelzyn zu organisieren. Nichtsdestoweniger wurde der Gast auch vom japanischen Premierminister Toshiki Kaifu und von Außenminister Taro Nakayama empfangen. Er traf mit dem ehemaligen LDP-Generalsekretär Shintaro Abe, der Vorsitzenden der SP Japans Takako Doi, mit führenden Vertretern anderer Parteien und der japanischen Geschäftswelt, mit Vertretern der Studenten zusammen und sprach in Tokio, Sapporo, Osaka und Hiroshima. Eine Vielzahl von Interviews, Fernsehdiskussionen und Pressekonferenzen. Und mit dem japanischen Bauminister verlief die Begegnung überhaupt in kollegialer Atmosphäre – bei einer gemeinsamen Tennispartie.

Der Abgeordnete enttäuschte jene Japaner nicht, die von ihm kategorische Urteile, scharfe offene Äußerungen zu Fragen der Außen- und Innenpolitik der UdSSR erwartet hatten. Doch voller Ungeduld wollte die japanische Seite wissen, was Jelzyn zur territorialen Frage, dem größten Hindernis in den japanisch-sowjetischen Beziehungen, mit sich bringen würde. Noch gut erinnert man sich hier an die Äußerungen des Volksdeputierten der UdSSR Juri Afanassjew, der 1989 für großes Aufsehen sorgte, als er Japan mit leichter Hand die vier südlichen Inseln der Kurilen überlassen wollte.

Die „Inselfrage“ ist besonders explosiv. Allem nach zu urteilen, trug man dem Rechnung. Jelzyn betonte in Sapporo: „Die von mir geäußerten Vorschläge sind meine Position.“ Der von ihm vorgeschlagene Plan ist auf einen längeren Zeitraum ausgerichtet und besteht aus fünf Stufen.

Erste Phase. Die Sowjetunion muß offiziell und deutlich erklären: Es gibt ein territoriales Problem in den sowjetisch-japanischen Beziehungen. Es ist erforderlich, die öffentliche Meinung in der UdSSR in diesem Sinn allmählich über das Problem aufzuklären, natürlich indem man alle erforderlichen Informationen zur

Geschichte seiner Entstehung seit Mitte des 19. Jh. zur Verfügung stellt. Das wird zwei bis drei Jahre in Anspruch nehmen.

Zweite Phase – die Proklamierung der vier Südkurilen zu einer Freihandelszone für Japan und die Schaffung der besten Bedingungen dort für unser Nachbarland. Das wird, wie Jelzyn meint, drei bis fünf Jahre in Anspruch nehmen.

Dritte Phase – die Entmilitarisierung der Inseln. „Sie gehören eher den sowjetischen Militärs als dem Sowjetstaat“, bemerkte Jelzyn nicht ohne Sarkasmus. Die dritte Phase kann fünf bis sieben Jahre erfordern.

Vierte Phase – die Unterzeichnung eines Friedensvertrages zwischen der UdSSR und Japan. Der Volksdeputierte fordert Japan auf, seinerseits einen „halben Schritt“ auf die UdSSR hin zu tun, d. h. auf die harte Bedingung zu verzichten, die Inseln vor Abschluß eines Friedensvertrages zurückzugeben.

Die vier Phasen werden voraussichtlich 15 bis 20 Jahre dauern, und dann wird die letzte, die fünfte Phase kommen. Mit ihrer Verwirklichung wird sich die zu jener Zeit in der Verantwortung stehende nächste Generation von Politikern und Staatsmännern befassen. „Bis zu jener Zeit werden sich große Veränderungen in der Welt, was die Gewährleistung der Sicherheit angeht, vollzogen haben, werden sich die bilateralen Beziehungen entwickeln und das Vertrauen zueinander zunehmen“, erklärte Boris Jelzyn, „all das sowie die Veränderungen in der öffentlichen Meinung werden der neuen Generation erlauben, eine originelle, neue Lösung zu finden.“ Als rein hypothetische, etwaige Varianten einer solchen Lösung nannte Jelzyn ein Kondominium der UdSSR und Japans über die Inseln oder deren Verselbständigung mit einem freien Status. Dabei schloß er die Variante, daß die Inseln als natürlicher Abschluß der fünften Phase an Japan übergeben werden könnten, nicht aus.

Die Führung des Landes stand diesem Plan, gelinde gesagt, skeptisch gegenüber. Interesse zeigten die führenden Vertreter der Parteien, auch der Liberaldemokraten. Die Sowjetologen demonstrierten ein breites Meinungsspektrum. Sie gingen wie

Prof. Nowuo Shimotomai in der Fernsehdiskussion mit dem sowjetischen Gast Varianten im Sinne von Jelzyns Vorschlägen durch. Andere wie Prof. Hiroshi Kimura wiesen sie als „nicht radikal genug“ zurück. Deshalb begann ich das Interview, das Boris Jelzyn exklusiv der NZ gab, mit der Frage:

NZ. Berichten Sie bitte über Ihre Eindrücke von den Begegnungen in Japan, vor allem mit Premierminister Kaifu und Außenminister Nakayama. Mir schien, Nakayama hat sich recht schroff geäußert, wobei er zu folgender Theorie griff: Wenn der Anfang erst gemacht sei, werde sich die Entwicklung der japanisch-sowjetischen Beziehungen schneller entwickeln. Unter einem solchen Beginn versteht man die gleichzeitige Rückgabe der vier Inseln. Und Hiroshi Kimura auf Hokkaido kritisierte Sie von den gleichen Positionen aus.

B. Jelzyn. Die Japaner reagierten unterschiedlich. Kaifu reagierte praktisch nicht. Nakayama brachte meiner Meinung nach seine harte Haltung nicht zum Ausdruck, doch er schloß sich, sagen wir es so, unseren Vorschlägen nicht an. Er nahm sozusagen eine neutrale Haltung ein, sagte, man müsse das erst einmal diskutieren. Doch am ehesten wollte er, wie ich meine, dieses Thema mit mir einfach nicht erörtern. Er erklärte: Im März wird ja Schewardnadse kommen, man wird das auf Regierungsebene besprechen müssen. Ich antwortete ihm: Das ist ja nur ein Vorschlag, um die öffentliche Meinung entsprechend vorzubereiten. Wir aber haben Einfluß auf sie. Er entgegnete da: Ja, ja, doch trotzdem werden wir das erst mit Schewardnadse besprechen.

Die führenden Vertreter der Parteien, u. a. Shintaro Abe, sagten, es seien interessante Vorschläge. Takako Doi zeigte ebenfalls Interesse, vielleicht war sie sogar stärker entschlossen, den Friedensvertrag voranzubringen, und äußerte sich in dem Sinn, daß man ihn schneller abschließen solle, werde das ja auch für andere Entscheidungen den Weg bahnen.

Die Sowjetologen, mit denen ich im Fernsehen diskutierte, Prof. Okura und Shimotomai, gaben überhaupt eine sehr positive Einschätzung, obwohl sie z. B. vorschlugen, die zweite vor die dritte Phase vorzuziehen, d. h. zunächst die Inseln zu entmilitarisieren und erst dann auf ihnen eine Freihandelszone für Japan zu eröffnen.

NZ. Sie sprachen von der Notwendigkeit, das sowjetisch-japanische Außenhandelsvolumen von 5 Md. Dollar rapide auf 50 bis 60 Md. Dollar anzuheben. Welche Möglichkeiten sehen Sie dafür, können wir ja nichts Entsprechendes nach Japan ausführen, das uns im Prinzip mit Waren überhäufen könnte. Wie können wir eine Zunahme des Handels ermöglichen?

B. J. Da gibt es verschiedene Möglichkeiten.

Der erste Weg ist der, den wir auch jetzt gehen: die Schaffung von Joint Ventures. Obwohl das sehr langsam und mühsam vorankommt: Die Japaner werden ständig mit unserer Bürokratie konfrontiert und sind deshalb nur ungern zu Kontakten, was die Schaffung von Gemeinschaftsunternehmen angeht, bereit.

Der zweite Weg. Indem wir unsere finanzielle Situation verbessern und den Kurs des Rubel stabilisieren, ihn konvertierbar machen. Das wird es erlauben, das Handelsvolumen zu vergrößern und die Wirtschaftsbeziehungen zu intensivieren. Drittens. Z. B. japanischen Firmen die Möglichkeit zu geben, bei uns im Lande Wohnhäuser zu errichten und die dazugehörige Infrastruktur zu schaffen. Wohnungen an Interessenten zu verkaufen – in der ersten Zeit natürlich für Devisen. Sowjetische Menschen haben jetzt beachtliche im Ausland erarbeitete Devisen, die sie einfach nicht sinnvoll ausgeben können. Warum sollten sie sich nicht eine gute, komfortable Wohnung ohne irgendwelche Normen, sondern nach ihrem Wunsch, nach ihren Möglichkeiten kaufen? Das ließe sich in verschiedenen Städten des Landes verwirklichen – im Fernen Osten und auch in Moskau. Wir besprachen diese Frage mit dem japanischen Bauminister. Ferner erörterten wir mit ihm die Frage der Schaffung einer großen Basis für den ausländischen Tourismus in Wladiwostok und Umgebung sowie deren gemeinsame Nutzung. Die Japaner würden das Geld geben und dann durch den gemeinsamen Betrieb ihr Geld mit Gewinn zurückbekommen. Das ist verlockend. Die Japaner, sagte der Minister, würden gern kommen.

Vierte Variante. Der Bau einer „Jahrhundertstraße“ ähnlich der Baikal-Amur-Magistrale, einer Autostraße, die in touristisch interessante Regionen der Sowjetunion, z. B. nach Buchara, führen würde. Gemeint ist die Wiederbelebung sozusagen der „großen Seidenstraße“, die einst durch ganz Asien verlief. Die Japaner wollen das Geld investieren und bauen. Bei diesem internationalen Projekt würde ein sehr großer Teil der „Jahrhundertstraße“ durch unser Land verlaufen.

Wir sprachen mit dem Präsidenten der Firma Fanuc, in deren Werken Roboter Roboter produzieren. Er meint, man könne möglicherweise ein solches Werk bei uns errichten. Die Firma macht Riesengewinne, 40 Prozent ihrer Erzeugnisse verkauft sie im Ausland, 60 Prozent behält sie. Sie ist überaus rentabel – die Produktivität eines Beschäftigten beträgt ca. 50 000 Dollar im Monat. Wie wir das begleichen würden? Mit Endprodukten.

NZ. Boris Nikolajewitsch, Sie betonten wiederholt hier in Japan, die öffentliche Meinung in der UdSSR zur Territorialfrage müsse entsprechend beeinflusst werden, machten

Ihre Absicht deutlich, nach Rückkehr in die Sowjetunion aktiv daran teilzunehmen. Was würden Sie den NZ-Lesern sagen? Um so mehr, da unsere Zeitschrift verschiedenen Ansichten zu diesem Problem Raum gewährte. Auf diese Publikationen verwiesen auch Ihre japanischen Gesprächspartner...

B. J. Ich würde folgendes sagen. Natürlich heißt es bei uns, selbst im Lied, daß wir keinen Fußbreit unseres Bodens preisgeben werden, doch ich meine, es ist zunächst erforderlich, daß die Leser die ganze Geschichte dieses Problems, es in seiner Gesamtheit erfahren – seit der Entdeckung dieser Inseln und seit dem Vertrag von 1855, d. h. seit dem 19. Jh. bis heute. All das muß geprüft werden, um zu verstehen, warum die Japaner diese Frage so hartnäckig stellen und vor deren Lösung einen Friedensvertrag nicht unterzeichnen wollen, warum unsere Beziehungen nicht vorankommen, die sowohl auf die Entwicklung des Fernen Ostens als auch auf die Schaffung der entsprechenden Infrastruktur dort natürlich positiven Einfluß haben könnten... Sie könnten helfen, die Probleme der Informationsverarbeitung, der Computerisierung in unserer Gesellschaft sowie der Automatisierung der Produktion und des Dienstleistungsbereiches zu lösen, d. h. uns bei der Schaffung jener Branchen unterstützen, die das „japanische Wunder“ ausmachen.

Also ist vor allem das zu prüfen, und von dieser Position bereits muß man dann das Problem betrachten. Hierbei sollte man sich die von mir vorgeschlagenen fünf Phasen für eine Lösung näher ansehen: Würden die Leser einen solchen Plan unterstützen? Ich meine, man sollte diesen Weg gehen, würde das die Völker unserer Länder einander näher bringen, endgültig ihre

Angst und ihr Mißtrauen gegeneinander beseitigen. Im Osten würde eine Zone des Vertrauens entstehen, das aber wäre für uns sehr wichtig. Wir alle blickten immer nach Westen, im Grunde war unsere Außenpolitik auf den Westen orientiert. So ist es nun an der Zeit, daß wir uns jetzt ernstlich auch mit den Problemen des Ostens befassen.

NZ. Sie schnitten kurz die Vergangenheit an... Doch man könnte sich da auch an die japanische Intervention im Fernen Osten, an die Schlachten beim Chassan-See und bei Chalcin-Gol, an die insgeheim vom „neutralen“ Japan versenkten sowjetischen Schiffe erinnern... Es fragt sich nur, ob man diese Dinge nicht lieber auf sich beruhen lassen sollte.

B. J. In Hiroshima, beim Besuch der Gedenkstätte für die Opfer des Atombombenabwurfs, war ich einfach erschüttert. Von diesen Schrecken nur zu hören oder mit eigenen Augen in der Gedenkstätte zu sehen, was von der Stadt und den Menschen blieb, ist ein sehr großer Unterschied. Eben, weil das Echo des Krieges in den verbliebenen territorialen Problemen, im Drama der japanischen Kriegsgefangenen, die 10 Jahre nach dem Krieg in Sibirien verbrachten, in der Frage des Abzugs der ausländischen Truppen von fremden Territorien und in einem psychologischen Moment wie in der Angst und im Mißtrauen der Völker einander gegenüber auch heute noch mitschwingt – deshalb muß man die Last der Vergangenheit so schnell wie möglich überwinden.

Wladimir Owsjannikow

NZ-Korrespondent
TOKIO

„Pushkin Plaza“ und „Perestroika“

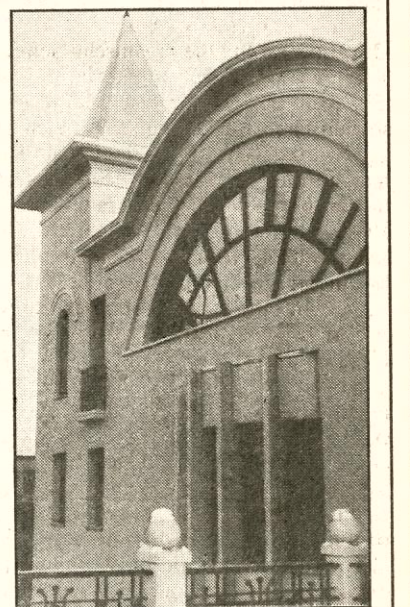
In der Bolschoi-Gnesdnikowski-Gasse in Moskau entstand gegenüber einem zehngeschossigen Gebäude, das man zum Beginn des Jahrhunderts scherzhaft den „Moskauer Wolkenkratzer“ nannte, ein neues Kommerz-zentrum.

Das 1988 gegründete sowjetisch-amerikanische Gemeinschaftsunternehmen „Perestroika“ und die von ihm engagierten portugiesischen Arbeiter brachten innerhalb von sechs Monaten das leerstehende siebengeschossige alte Haus auf Hochglanz. Von amerikanischer Seite beteiligt sich die Warsham Group aus Atlanta an diesem Joint Venture, die über große Erfahrungen bei der Errichtung und Ausstattung von Bürogebäuden im eigenen Land verfügt.

Das neue alte Haus bekam den Namen „Pushkin Plaza“. Neun Banken und Firmen haben darin ihre Büros, darunter Mitsubishi Heavy Industries Ltd., BASF und österreichische Landesbank. Die Räume wurden von den Firmen für eine Frist von zehn Jahren gepachtet.

In diesem Jahr sollen in Moskau noch zwei weitere Gebäude mit Büros ausländischer Firmen übergeben werden, deren Rekonstruktion ebenfalls von „Perestroika“ durchgeführt wird.

J. Starostenko



„Gleichheit in Armut“ oder „Ungleichheit in Reichtum“?

Warum ein so dynamischer wirtschaftlicher Fortschritt in einem einst rückständigen Land möglich wurde

Der Diktator Antonio Salazar, der an die 40 Jahre lang allein Portugal regierte, sorgte sich ausschließlich um seinen eigenen Vorteil. Seinem Volk aber, dem ärmsten in Europa, suchte er weiszumachen, Armut sei eine große Wohltat.

Der April 1974 fegte jedoch nicht nur das Salazar-Regime mit Caetano, dem Nachfolger des Diktators, hinweg, sondern sorgte auch dafür, daß sich Tausende Reiche ins Ausland absetzten.

Die „Revolution der Nelken“ erhob im Namen der „Arbeiter, Bauern und Soldaten“ den „Sozialismus, die unumkehrbare Nationalisierung, die Verstaatlichung der wichtigsten Produktionsmittel und die Agrarreform“ in Verfassungsrang, verzichtete auf die Verbindung von Staats- und Privateigentum.

Die Verstaatlichung des Wirtschaftslebens, die Bürokratisierung und ihre Begleiterscheinungen in der Gesellschaft lähmten viele Möglichkeiten für die weitere Entwicklung, Möglichkeiten, die nach der Befreiung entstanden waren. Die nachfolgende politische Praxis bestätigte das nur. Die Zeit der verteilenden Euphorie zeitigte schon bald, was den Wohlstand anging, die entgegengesetzte Wirkung – und nahm ein schnelles Ende. Es wurde deutlich, daß die Reichen zu zwingen, für die Krise zu zahlen und Gleichmacherei einzuführen zu noch größerer Rückständigkeit führen würde. Die alte Losung „Gleichheit in Armut“ wich einer anderen – „Ungleichheit in Reichtum“. Doch fast zehn Jahre waren erforderlich, bis man endgültig die wahren, nicht aber die angeblichen Errungenschaften der Werktätigen klar herausarbeitete und mit der pauschalen Verdächtigung des Privatunternehmertums, es sei an allen sozialen und wirtschaftlichen Problemen schuld, aufhörte.

Erst abgelehnt, dann akzeptiert

Überraschend schnell vollzieht sich der Aufschwung des Landes, das sich erst 1985, mit der Regierungsübernahme bei vorgezogenen Wahlen durch die Sozialdemokratische Partei (deren Vorsitz Anibal Cavaco Silva übernahm), erstmals ernste Gedanken über seine wirtschaftliche Lage machte. Silva, ein dynamischer Technokrat, bedingungsloser Anhänger des neoliberalen Wirtschaftsmodells, der Premierminister wurde, hatte das Vertrauen eines Großteils der Wähler erringen können. In einer komplizierten und aufgeheizten Lage unternahm er kühne chirurgi-

sche Eingriffe, um die Wirtschaft zu sanieren. Die Notwendigkeit der schnellstmöglichen Revision der Finanz- und Kredit-, der Bank-, der Investitions- und der Steuerpolitik ließen unpopuläre Entscheidungen erforderlich werden, u. a. über höhere Lebensmittelpreise. Doch eine entsprechende Anhebung der Mindestlöhne glich die negativen Folgen weitgehend aus. Eine Umstrukturierung der Industrie, vor allem der defizitären Branchen, in denen Betriebe des staatlichen Sektors dominierten, begann.

Portugals EG-Beitritt am 1. Januar 1986 gab der weiteren Belebung der geschäftlichen Aktivitäten, der Liberalisierung und Demokratisierung des Wirtschaftslebens einen starken Impuls. Die Kaufkraft stabilisierte sich bei einer bedeutenden Erweiterung des Angebots auf dem Binnenmarkt. Deshalb ist es nicht erstaunlich, daß die weit aus meisten Wähler, die den Wirtschaftsboom schon heraufziehen sahen, bedenkenlos für die Sozialdemokraten bei den vorgezogenen Wahlen von 1987 stimmten. Die Regierungspartei erhielt 148 von 250 (absolute Mehrheit) Sitzen in der Versammlung der Republik (die Sozialisten – 60 Mandate) und bildete erstmals eine beständige Einpartei-Regierung. Das war um so wichtiger, da das Land vor der Alternative stand: Wirtschaftswachstum oder Stagnation, Anhebung des Lebensstandards oder eine weitere Austeritätsperiode.

„Onkel Mario“ – so, mit leichter Ironie, nennen die Portugiesen ihren Präsidenten Mario Soares, der 1986, als er sein Amt antrat, versprach, Präsident aller Bürger zu sein. Er hielt sein Wort, was besonders deutlich in der Regierungskrise von 1987 wurde. Selbst seine ehemaligen Parteifreunde (als Präsident hörte Soares laut Verfassung automatisch auf, Generalsekretär der Sozialisten und Mitglied der SP zu sein) entdeckten in ihm nicht nur die Bereitschaft zu umfassender Diskussion mit allen politischen Kräften, sondern auch eine große Weitsicht bei der Einschätzung der entstandenen Lage.

Trotz der Unterschiede in der politischen Zugehörigkeit des Präsidenten und des Premierministers bildeten sich erstmals seit April 1974 zwischen den Rechten und den Linken (bei aller Bedingtheit einer solchen Zuordnung) recht harmonische Beziehungen heraus, die es erlaubten, die vor dem Land stehenden akuten Probleme anzupacken.

In zwei Jahren gelang es der Regierung, die Krise zum Rückzug zu zwingen und in der Gesellschaft gesunde, kreative Energie

zu wecken, die übrigens schnell bemerkenswerte Ergebnisse brachte.

Der Fortschritt war erstaunlich. Eine Wachstumsrate, die mit 4,2 % doppelt so hoch ist wie im europäischen Durchschnitt, spricht da für sich. Doch nicht wenig bewirkten auch jene 2 Md. Dollar, die die EG Lissabon als Subventionen zur Verfügung stellte. Weitere 9 Md. Dollar werden die Portugiesen bis 1992 erhalten, wenn der Prozeß der Modernisierung und der Anpassung an die Forderungen der Gemeinschaft abgeschlossen sein muß.

Die westlichen Länder lenken Investitionen nach Portugal, wobei sie bemüht sind, so schnell wie möglich die Präsenz ihrer Interessen überall zu behaupten. Banken, Baufirmen, Aktiengesellschaften, Handels- und andere Firmen, Trusts und Konzerne brachten in den letzten vier Jahren große Summen an der Wertpapier- und der Warenbörse von Lissabon, die intensiv im Wiedererstehen begriffen sind, in Umlauf, wobei sie sich gegenseitig Konkurrenz machen und so zu einem beschleunigten Wachstum des Wohlstandes von immer mehr Portugiesen beitragen.

Bis zur Revision der Verfassung ging die Regierung bei der Privatisierung nur so weit wie möglich, indem sie 49% der Staatsbetriebe keineswegs uneigennützig an Privatleute übergab. Hierbei behielt sie ein Kontrollpaket der Aktien, wenn es um Unternehmen von grundsätzlicher Bedeutung für die Volkswirtschaft ging wie z. B. beim Zementkonzern Cimpor. Doch die nicht nur von den Sozialdemokraten, sondern auch von der SP und anderen Oppositionsparteien (mit Ausnahme der Kommunisten) gebilligte neue Verfassung räumte mit dem Monopol des staatlichen Sektors in der Wirtschaft auf, eröffnete den Weg zu einer allmählichen und auf mehr als ein Jahrzehnt angelegten Rückgabe von 68 dem Staat (der zugleich Hauptaktionär weiterer 73 Unternehmen ist) gehörender Firmen an das Privateigentum. Das dynamische Wirtschaftswachstum ließ die Inflation auf 10% zurückgehen, und die stark gestiegene Nachfrage nach Arbeitskräften ließ die Arbeitslosigkeit unter die 6-Prozent-Marke fallen, die niedrigste in der EG nach Luxemburg.

Tempi und Preise

Ende 1992 läuft der letzte Termin ab, wenn Portugal, wie die Regierung meint, einen Entwicklungsstand erreicht haben muß, der mit dem der anderen EG-Länder vergleichbar ist, denen endgültig ein völlig

freier Zugang zum Land gewährleistet wird. Das aber ist eine große Herausforderung für die ganze Nation, die sie mutig und würdevoll angenommen hat. Die wirtschaftliche Expansion ist, wie Cavaco Silva meint, keine Wohltat, sondern eine Lebensnotwendigkeit. Dabei geht es darum, die Kluft im Entwicklungsstand zu beseitigen. Doch der soziale Preis für ein so schnelles Tempo fällt unterschiedlich aus. Und der Anspruch der Regierung darauf, das sei der einzig richtige Weg, findet kein Mitgefühl bei jenen, die sich im Schweiß ihres Angeichts abrackern müssen, um den „Reichtum für alle“ zu schaffen.

Deshalb wird die Regierung nicht nur gelobt, sondern sie ist auch Zielscheibe der Kritik – vielleicht sogar mehr, als sie es verdient. Offenbar kann man einem Absolventen der Universität York, dem jetzigen Regierungschef, nur schwer seine Überzeugungen, die dem privaten und dem Aktienbesitz auf Kosten des Staatseigentums Priorität einräumen, zum Vorwurf machen. Selbst seine politischen Gegner können ihm nur schwer ernstlich vorwerfen, er engagiere sich nicht voll für das Land und wolle nicht die Interessen derjenigen, die hart arbeiten, verteidigen.

Der Verkauf von beispiellos hohen Kapitalbeträgen an der Börse wird zur Schaffung einer neuen und einflußreichen Schicht von Aktionären führen, unter denen auch viele Arbeiter sind, was sie noch enger an die Ergebnisse ihrer beruflichen Tätigkeit binden wird. Wichtig ist auch das Programm für Berufsbildung und Umschulung, in das alljährlich 40 Md. Escudos investiert werden.

Cavaco Silvas Frontalangriff auf die Agrarreform kann ernste Fragen aufwerfen, doch die Reform bedeutet keineswegs ein Allheilmittel für die portugiesische Landwirtschaft, die schwere Zeiten durchmacht?

Die Regierung, die ihre Politik im Agrarbereich einer Revision unterzog, hat keineswegs die demokratische Planung abgeschafft. Der Staat behält die Funktionen der Erarbeitung der Strukturpolitik und die Kontrolle über die Schlüsselzweige der Wirtschaft sowie über die Verwirklichung der Sozialprogramme, vor allem im Bildungswesen und bei der Beschäftigungspolitik.

Bei der eingeleiteten großen Umgestaltung des Landes wurde geradezu ein



Cavaco Silva: Jetzt sind nicht Dogmen gefragt, sondern Entwicklung
Foto aus: „Time“ (USA)

Rekordtempo angeschlagen. Und das erlaubt es in der angespannten Wirtschaftslage nicht, die Inflation unter den erreichten Stand zu senken, der immer noch viel höher ist als durchschnittlich in Westeuropa. Die Beschäftigten verlangen zu Recht einen entsprechenden Ausgleich. Gegensätze sind unvermeidlich, und alle Seiten – Regierung, Gewerkschaften und Unternehmer – spüren das, doch sie sind bemüht, eine Entwicklung, die über vernünftige Grenzen hinausgehen würde, nicht zuzulassen.

Zeit zu handeln

Die Lokomotive der nationalen wirtschaftlichen Wiedergeburt läßt sich offenbar nicht so leicht stoppen. Und das um so mehr, da die Regierung nicht sonderlich zu bremsen gedenkt. Das will sie in den kommenden zwei Jahre nicht. Die von ihr ergriffenen selektiven monetaristischen Maßnahmen sind im Grunde recht sanft und deshalb durchaus symbolisch. Doch sie rufen auch negative Emotionen hervor.

Beiderseits gekränkt über die Regierung, beschlossen die beiden größten Gewerkschaftsverbände, lieber gemeinsam gegen sie zu kämpfen als sich gegenseitig zu bekriegen. Die Allgemeine Konföderation der portugiesischen Werktätigen, der Nationale Intersindical, der von den Kommunisten kontrolliert wird, und der Allgemeine Verband der Werktätigen Portugals, der den Sozialisten und den Sozialdemokraten nahesteht, unterzeichneten ein Abkommen über gemeinsame Aktionen. „Sie sollten sich einmal fragen,

warum sie gerade in diesem Augenblick Verständnis für einander gefunden haben“, konstatierte Cavaco Silva recht gereizt. Doch mit beneidenswerter Härte schloß er: „Ich bekleide ein Amt, um zu handeln, das aber bedeutet, falls erforderlich, einzugestehen, daß man unpopulär sein kann. Doch ich werde das tun, was zu tun ist, so schwer es auch sein mag, selbst wenn irgendwelche Mißverständnisse entstehen sollten.“

Ja, das Ansehen der Regierung hat etwas gelitten. Doch Umfragen zeigen, daß die Sozialdemokraten in Führung liegen und der Premierminister nach wie vor die Liste der beliebtesten Politiker anführt, wobei er nur knapp hinter dem Präsidenten liegt. Die Regierung Silva hat den halben Weg zurückgelegt. Doch angesichts der am 17. Dezember v. J. beendeten Kommunalwahlen und der im Januar 1991 anstehenden Präsidentschaftswahlen sowie der in der zweiten Jahreshälfte bevorstehenden Parlamentswahlen hat der Wahlmarathon wohl bereits begonnen – allerdings nicht sonderlich günstig für die Sozialdemokraten. Sie erlitten schwere Stimmenverluste in so gut wie allen großen Städten, auch in Lissabon und Porto, wo Sozialisten und Kommunisten die ersten Plätze einnahmen. Das ließ davon sprechen, daß sie sich nach der 1987 von den Sozialdemokraten beigebrachten Niederlage erholt haben. Übrigens wäre es noch zu früh, darüber ein kategorisches Urteil abzugeben, da Kommunalwahlen trotz allem nicht die Wahlen sind, bei denen die prinzipielle Verbundenheit der Wähler mit dem einen oder anderen Politiker von nationalem Format unter Beweis gestellt wird. Zu behaupten, die Enttäuschung über die Politik der Regierung sei die Ursache dafür, daß die Sozialdemokraten viele Mandate in den Gemeindeparlamenten verloren, wäre in gewissem Sinne eine Vereinfachung. Es ist wenig wahrscheinlich, daß in diesem Fall die Effektivität des Kabinetts der regierenden Partei grundsätzlich angezweifelt wurde. Es ist doch wohl normal, daß die Portugiesen, die die Sozialdemokraten auf nationaler Ebene unterstützen, ihre Alltagsprobleme eher den Sozialisten und Kommunisten anvertrauen, die noch keinen Anlaß für Vorwürfe geliefert haben, sie hätten sich von der Basis gelöst und seien nicht imstande, gleichberechtigt Reformen mit denjenigen zu erörtern, die sie vor allem angehen.

Der Premierminister will trotz allem an seinem Kurs festhalten: „Wir gehen zuversichtlich auf eine effektivere und stärker am Wettbewerb orientierte Wirtschaft zu, auf eine kreativere und unternehmungslustigere Gesellschaft, auf ein freieres Land, ohne uns dabei von denjenigen, die Portugal zurück, in die Vergangenheit, werfen oder uns im Gegenteil zu schnell vorantreiben wollen, irritieren zu lassen.“

Sergej Murawjow

Wer hat Angst vor der Sozialdemokratisierung?

Eine bislang undenkbar Frage drang überraschend in die gegenwärtige sowjetische politische Diskussion ein: Soll man die reichhaltigen Erfahrungen, welche die internationale Sozialdemokratie angehäuft hat, nun bereitwillig auf die UdSSR anwenden oder nicht? Sofort wurden Warnungen laut. Man dürfe nicht vom kommunistischen zum sozialdemokratischen Ansatz abrutschen.

Der Familienkrach hat schon verschiedene Etagen des Gesellschaftshauses erfaßt. Das ist nur logisch, denn die Frage, ob man nun abrutschen solle oder nicht, ist alles andere als akademischer Natur. Eigentlich geht es dabei um die Festlegung der Strategie. Soll man neue Segel aufziehen, oder soll man die alten flicken und versuchen, so weiterzukommen? Das wird heute in der Diskussion um die Sozialdemokratie entschieden.

Die Vorteile des sozialdemokratischen Modells springen sofort ins Auge. In Ländern mit langwährender sozialdemokratischer Regierung sind Lebensstandard und soziale Sicherheit für die Werktätigen eindeutig gestiegen. Die Gegner der Sozialdemokratisierung lassen sich dadurch jedoch nicht beirren. Sie scheitern eher die Einhaltung gewisser Prinzipien zu beschäftigen. Die Opponenten der Sozialdemokratisierung befürchten eine Rückkehr zum Kapitalismus, zum Privateigentum und zur Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Die Argumentation verläuft etwa so: Völlig uninteressant, daß die Arbeiter dort besser leben als bei uns. Die müssen für ihre Kapitalisten schuften, und hier arbeiten sie auf eigene Rechnung.

Wer lehnt eine Sozialdemokratisierung so leidenschaftlich ab und warum? Für meine Begriffe gibt es drei Gruppen von „Verweigerern“. Zunächst einmal diejenigen, die dem Mechanismus aus Leitung, Verteilung, Kontrolle und Bestrafung angehören. Für sie ist die Verstaatlichung der Wirtschaft, über die sie auf ganz unterschiedlichen Ebenen gebieten, schon der reinste Sozialismus.

Die zweite Gruppe stellen diejenigen an der Basis, die es sich im derzeitigen Mechanismus gemäß den Regeln seines Ablaufes gemütlich gemacht haben. Für sie ist wichtiger als alles andere, daß ihre soziale Sicherheit, und sei sie minimal, garantiert ist. Dafür dürfen sie auch nur mit halbem Einsatz arbeiten. Das ist ganz nach ihrem Geschmack.

Die dritte Gruppe sind diejenigen, für die das Verteilungs-Wunschbild des realen Sozialismus eine Art von Glaubenssymbol darstellt.

Dagegen kamen die Sozialdemokraten, die das sowjetische Experiment aufmerksam beobachten, zu dem Ergebnis, daß eine totale Vergesellschaftung unter den Bedingungen einer nichtvorhandenen Demokratie zu einer Verstaatlichung der Wirtschaft führt, in der eine Partei- und Staatsbürokratie unkontrolliert schalten und walten kann. Im Endeffekt ist die Entfremdung des Menschen dabei größer als unter den Bedingungen des klassischen Kapitalismus. Dabei lassen sich, wie sich gezeigt hat, einem westlichen Unternehmer nicht eben geringe Zugeständnisse abringen, sobald er dem Druck von Gewerkschaften oder Parteien ausgesetzt ist. Diese Strategie der Sozialdemokratie hat sich als fruchtbar erwiesen.

Eigentum verpflichtet

Wie verhält es sich also mit dieser Ausbeutung, die zum wichtigsten Grund dafür angeführt wird, daß eine Sozialdemokratisierung für uns unannehmbar ist? Ich habe mich seinerzeit gewundert, daß der Begriff Ausbeutung aus dem sozialdemokratischen politökonomischen Wortschatz so gut wie verschwunden ist. Vor nicht allzu langer Zeit fand ich bei einem bundesdeutschen linksgerichteten sozialdemokratischen Theoretiker die Bemerkung, daß der Begriff Ausbeutung demagogisch vorbelastet sei.

Sollte die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen im Westen tatsächlich verschwunden sein? Früher hat es sogar sowjetische Spezialisten gegeben, welche die „Ausbeutungsnorm“ errechnen konnten. Solches erwies sich jedoch als schlichte Vulgarisierung. Die Profitbildung wird durch dermaßen unterschiedliche Faktoren beeinflusst, daß es außerordentlich schwer, wenn überhaupt möglich ist, den Wertanteil der Ware zu bestimmen, der durch Lohnarbeiter über den Wert ihrer Ware Arbeitskraft hinaus produziert und von Kapitalisten angeeignet wird. Ich neige immer mehr zu der Ansicht, daß Diskussionen über das Wesen der Ausbeutung in scholastische Abgründe führen; vor denen wir uns hüten sollten. Zumindest könnten wir uns in ihnen vom gesunden Menschenverstand leiten lassen.

Eben dieser gesunde Menschenverstand sagt uns, daß in den Ländern des Westens über viele Jahrzehnte hinweg ein System von Arbeitsbeziehungen entstanden ist, das die Rechte der Seiten eindeutig festlegt und praktisch ausschließt, was während des von Marx beschriebenen barbarischen Kapitalismus als Ausbeutung galt. Eine Abweichung von diesen bestehenden Normen wird als strafrechtlich zu verfolgende Hand-

lung angesehen. Das wichtigste Verdienst bei der Herausbildung eines solchen Systems gebührt den Gewerkschaften, die in der Regel mit sozialdemokratisch orientierten Parteien zusammenarbeiten. Darin besteht die wirkliche Humanisierung des Arbeitslebens, obwohl sie natürlich noch längst nicht vollkommen ist.

Ein anderer wunder Punkt in dieser Diskussion ist die Frage nach dem Eigentum. Die Sozialdemokratie geht davon aus, daß das Recht auf Besitz für jeden unverzichtbar ist. Der einzelne kann auch als Mitbesitzer in verschiedenen Varianten in Erscheinung treten. Er kann einer Genossenschaft angehören. Er kann Aktien eines bestimmten Betriebes kaufen oder als Anteilseigner an den Produktionsfonds eines Betriebes agieren. Es gibt kollektives oder gesellschaftliches Eigentum, das großen Interessenverbänden, wie zum Beispiel den Gewerkschaften, gehört. Schließlich gibt es noch staatliches Eigentum. Die Vorstellung, daß es sich bei der westlichen Gesellschaft um eine Gesellschaft handelt, in der der Besitz von einzelnen und vorwiegend großen Privateigentümern vorherrscht, war schon zu Beginn dieses Jahrhunderts und ist erst recht heute eine Vereinfachung.

Es ist irgendwie peinlich, diese offensichtlichen Dinge wiederzukäuen. Wenn aber Warnungen zu hören sind, daß die Mafia die wirtschaftliche Macht an sich reißt, wenn wir das Privateigentum legalisieren, bleibt einem nichts anderes übrig. Die Sozialdemokraten verkünden das Prinzip des Privatbesitzes, indem sie ihm bestimmte Grenzen setzen. Im Godesberger Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands von 1959 heißt es aus diesem Anlaß: Das Privateigentum an Produktionsmitteln muß in dem Maße befördert werden, wie es die Einrichtung einer gerechten Gesellschaftsordnung nicht behindert. In abgemilderter Form ist dieser Gedanke übrigens auch im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankert. Dort heißt es: Eigentum verpflichtet.

Konkurrenz gegen die Mafia

Die Sozialdemokraten sind sich darüber im klaren, daß die Verkündung von Zielen und ihre praktische Verwirklichung zwei verschiedene Dinge sind. Die Tendenz zur Monopolbildung, die Konzentration des Kapitals und seine Neigung, auf die politische Macht einzuwirken, kennen sie nicht nur vom Hörensagen. Über dieses Thema denken sie recht intensiv nach. Was sieht die SPD zum Beispiel vor, um zu verhindern, daß die einheimische Mafia die wirtschaftliche Macht an sich reißt? Eine verstärkte Gesetzgebung, welche den Konkurrenzmechanismus reguliert und folglich auch der Monopolbildung vorbeugt. Starke

Gewerkschaften müssen die herrschende Macht des Kapitals in ihre Schranken weisen. Einer Ausartung wirtschaftlicher in politische Macht muß größtmögliche Transparenz entgegenwirken. Sie ist Grundlage der öffentlichen Kontrolle. Die Sozialdemokraten sind sicher, daß eine Vielfalt der Unternehmenstypen der Konzentration von Macht entgegenwirkt. Deshalb fördern sie auch kleine und mittlere Unternehmen in Industrie, Handwerk, Handel und im Dienstleistungsbereich.

Die SPD unterstützt die unternehmerische Tätigkeit, indem sie sich gleichzeitig für eine Entwicklung der Volkswirtschaft in ihren unterschiedlichen Formen ausspricht. Staatliche oder öffentliche Unternehmen sind unverzichtbar. Sie lassen sich bei weitem nicht immer nur durch den Drang zur Profitsteigerung leiten und können die öffentliche Nachfrage oftmals besser befriedigen.

Die Vorstellung also, daß die bundesdeutsche Monopolisten-Mafia, die wir in unserer früheren Terminologie auch als kapitalistische Haie qualifiziert haben, tun und lassen kann, was sie will, ist angesichts einer gemischten Ökonomie eine recht primitive Simplifizierung. Genauso primitiv ist auch die bei uns verbreitete Vorstellung, daß es sich beim Markt um eine Örtlichkeit handelt, bei der Neureiche sich gegenseitig übers Ohr hauen, um dann gemeinsam über den Kunden herzufallen. Auf dem Markt begegnen sich Repräsentanten unterschiedlicher Eigentumsformen. Sie treten miteinander in Beziehung auf der Grundlage des Wertprinzips, das wiederum durch den Mechanismus der Marktbeziehungen ermittelt wird, und nicht nach dem Verteilungsprinzip, an das sich unsere leitenden Funktionäre mit Würgegriff klammern. Die bundesdeutschen Sozialdemokraten meinen, daß Markt und Konkurrenz unter den Bedingungen einer demokratischen Gesellschaftsordnung unverzichtbar sind. Der

Markt koordiniert die unübersichtliche Vielfalt der wirtschaftlichen Entscheidungen effektiv. Die Konkurrenz nützt den Verbrauchern, denen sie ein breites Warenangebot sichert.

Dabei wird der Markt von den Sozialdemokraten, die seine Schattenseiten genau kennen, keineswegs vergöttert. Sie wissen, daß der Markt an sich noch keine Vollbeschäftigung garantiert, daß er nicht von sich aus zu einer gerechten Verteilung und zum Schutz der Umwelt beiträgt. Sie wissen, daß der Markt die Richtung, in der sich die Gesellschaft entwickelt, nicht bestimmen darf.

Wenn die Sozialdemokraten unterschiedliche Entwürfe und Programme ausarbeiten, sind sie sich darüber im klaren, daß sie diese nur realisieren können, wenn sie die Unterstützung der Wähler haben und Regierungspartei werden. Das streben sie aktiv an. Vielen gelingt das auch. Unter den Bedingungen einer pluralistischen Demokratie aber gibt ihnen niemand das Mandat für eine Herrschaft auf Lebenszeit. Als beispielsweise in Schweden die Sozialdemokraten nach einer langen und erfolgreichen Regierungsperiode Gefallen an Atomenergie fanden, ohne die Stimmungen in der Gesellschaft zu berücksichtigen, schlug man ihnen im Verlauf von ordentlichen Wahlen vor, auf der Oppositionsbank in sich zu gehen. Sie haben ihre sechs Jahre abgesessen, ihr Programm geändert und regieren das Land inzwischen wieder. Erfolgreich, wie man hört.

Wer sich selbst der Möglichkeit beraubt, bei Wahlen mit anderen Parteien und Organisationen in Konkurrenz zu treten, erst recht unter Bedingungen, wenn die ganze Bevölkerung aus Werktätigen besteht, der ist sich seiner selbst, seines Programms und seiner eigenen Strategie nicht sicher. Diese Schwäche, die durch Denküben zu den Besonderheiten der sozialistischen Demokratie bedeckt wird, macht sich früher oder später bemerkbar. In diesem Zusammen-

hang braucht man sich nur anzusehen, was an der Donau, an der Weichsel und an der Spree passiert ist.

Wer sich so für die Einhaltung der Rechte ausgerechnet des werktätigen Menschen erhitze, sollte sich noch einmal ins Gedächtnis rufen, daß es gerade die Sozialdemokraten waren, die den Mitbestimmungsentwurf vorgelegt haben. Und zwar noch bevor in einigen sozialistischen Ländern der Streit darüber losging, ob man in den Betrieben die Brigadiere wählen lassen dürfe oder nicht. Die Sozialdemokraten meinen, daß Mitbestimmung die gleichberechtigte Teilnahme von Arbeitern und ihren Gewerkschaften an der Leitung der Betriebe und am Zustandekommen von wirtschaftlichen und sozialen Beschlüssen erfordert.

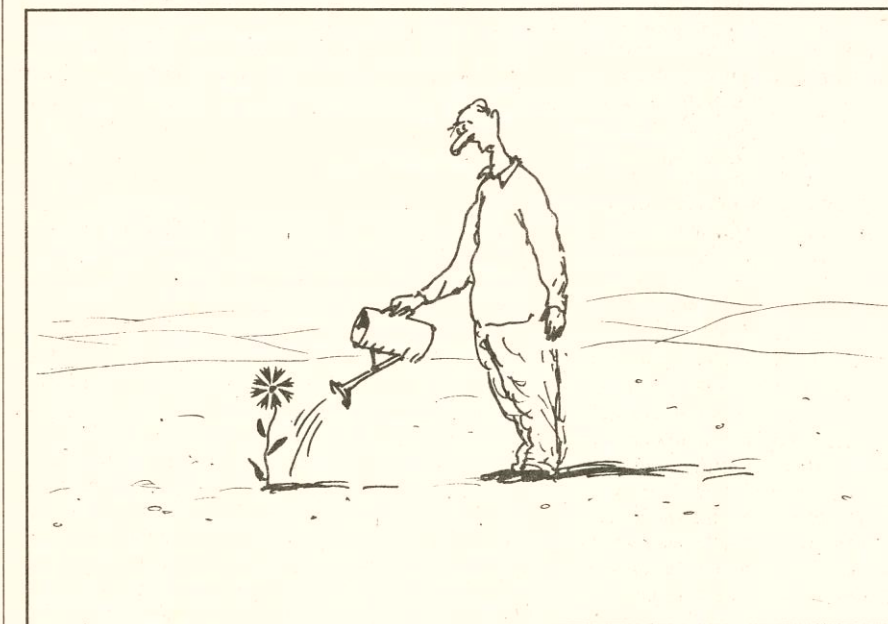
Aufgabe für Musterschüler

Dieses Bild bietet die Sozialdemokratie heute. Man sollte jedoch darauf hinweisen, daß auch bürgerliche Parteien diese Wende vollziehen mußten, als sie sich mit einer Entwicklung von vertraglichen Beziehungen zwischen den Vertretern von Kapital und Arbeit, mit einer staatlichen Wirtschaftsregulierung und einer Erhöhung der Staatsausgaben aus Steuergeldern für soziale Belange einverstanden erklärten. Das fand in Westeuropa statt, wo es starke sozialdemokratische Traditionen gibt, das hat es in den USA gegeben, wo man keine größeren sozialdemokratischen Parteien kennt, das war in Japan so, wo es sogar zwei sozialdemokratisch orientierte Parteien gibt, die übrigens noch nie an der Regierung waren. Überall wird, allerdings in unterschiedlichem Ausmaß, annähernd eine und dieselbe Sozialpolitik, kombiniert mit Demokratisierung, durchgeführt, die der bundesdeutsche Politologe Ralf Dahrendorf zum Anlaß nahm, die Entwicklung in den Industrieländern des Westens in diesem Jahrhundert als „sozialdemokratischen Konsens“ zu charakterisieren.

Nachdem die KPdSU erklärt hatte, daß gesamtgesellschaftliche Werte Vorrang vor Klassenwerten genießen, hat sie damit eine Wende in der Richtung vollzogen, in der sich auch die Sozialdemokratie entwickelt. Das macht Hoffnung. Das bedeutet, daß trotz aller blutigen Zusammenstöße, totalitären Alpträume und Atomkatastrophen, die das 20. Jahrhundert begleiten, das humanistische Potential in der Weltgemeinschaft weiter zunimmt.

Meine privaten Befürchtungen hängen weniger mit den Folgen der Sozialdemokratisierung als vielmehr mit unserer Fähigkeit zusammen, uns diesem Prozeß anzuschließen. Immerhin ist Sozialdemokratisierung Anzeichen einer höheren Kultur in Politik, Wirtschaft und Lebensweise. Sie ist schwer anzueignen für Menschen, die sich daran gewöhnt haben, nach der Regel zu leben: Genommen — verteilt, befohlen — ausgeführt. So schwer, wie Algebra oder erst höhere Mathematik Menschen fällt, die anstatt mit Computern lieber mit dem Rechenbrett laborieren.

Boris Orlov,
Dr. phil. habil., Historiker



Zeichnung: Igor Schejlin

Vom Militärflieger bis zum Staatspräsidenten, das ist der Weg des Hosni Mubarak. Von der Isolation Ägyptens in der arabischen Welt zur Wiedergeburt seiner Autorität, das sind die Ergebnisse der Politik Mubaraks

Ägyptens vierter Präsident

Zehn Zentimeter! Soviel trennten den Vizepräsidenten Hosni Mubarak am 6. Oktober 1981 vom Tod, als Ägyptens Präsident Anwar Sadat während einer Militärparade ermordet wurde. Eine Woche später wurde Mubarak als Staatspräsident vereidigt.

Im April 1975 berief Sadat den 47jährigen Oberkommandierenden der ägyptischen Luftstreitkräfte Hosni Mubarak zum Vizepräsidenten.

„Ich habe ihn wegen seiner Loyalität und seiner Zuverlässigkeit gewählt“, kommentierte Sadat seinen Schritt einige Wochen später.

Etwas später hob das Staatsoberhaupt Ägyptens Mubaraks Hartnäckigkeit, Ergebnis und Sachkenntnis hervor.

Mubarak selbst gab zu, daß ihn das Angebot Sadats, Vizepräsident zu werden, wunderte und betroffen machte. Er hatte keine politischen Ambitionen und träumte heimlich davon, Chef des Generalstabes der ägyptischen Armee zu werden.

Bald stellte sich heraus, daß die Wahl, wie es in Sadats Umgebung hieß, von der „Übereinstimmung der Ansichten über eine Annäherung zwischen Kairo und Washington“ sowie einer „Allergie“ gegenüber der Sowjetunion beeinflusst wurde, an der beide litten. Außerdem wollte sich der Präsident der Unterstützung durch die Militärs versichern.

Wie dem auch sei, Muhammad Hosni Said Mubarak wurde die rechte Hand Sadats.

Der Aufstieg

1949 hatte er eine ägyptische Militärschule absolviert, anschließend eine Fliegerschule. Er gehörte der ersten Gruppe von Offizieren an, die 1957 von Gamal Abdel Nasser zum Studium in die UdSSR delegiert wurden.

Als 1962 in Nordjemen ein Bürgerkrieg ausbrach, gehörte Mubarak dem dorthin entsandten ägyptischen Kontingent an. Er nahm an Kampfhandlungen teil und bewährte sich als mutiger und meisterlicher Pilot.

Nach seiner Rückkehr in die Heimat diente er in verschiedenen Einheiten der ägyptischen Luftstreitkräfte als Testpilot, Staffelkommandeur, Geschwaderkommandeur und Chef der Flieger-Hochschule.

Nachdem Nasser auf ihn aufmerksam geworden war, wurde Mubarak 1969 zum Luftwaffengeneral befördert und zum Stabschef der ägyptischen Luftstreitkräfte ernannt. Zu diesem Zeitpunkt hatte er bereits drei Weiterbildungslehrgänge in der UdSSR absolviert. Unter Ausnutzung dieser Tatsache verbreiteten Offiziere, die ihn darum beneideten, Gerüchte, Mubarak sei aus Moskau als „Kommunistenfrend“ zurückgekehrt. Er spricht tatsächlich gut russisch und schätzt die Vorzüge von Kampfflugzeugen aus sowjetischer Produktion. Alles andere blieb Gerücht.

1972 wird Mubarak zum Oberkommandieren-

den der ägyptischen Luftstreitkräfte und gleichzeitig zum stellvertretenden Verteidigungsminister ernannt. In dieser Funktion konnte er die Luftwaffe Ägyptens, die damals nicht den modernen Anforderungen gerecht wurde, reorganisieren und auf den Krieg gegen Israel vorbereiten, der am 6. Oktober 1973 begann.

Mubarak wurde zum Nationalhelden und erhielt aus den Händen Sadats den „Stern Sinais“, die höchste ägyptische militärische Auszeichnung, sowie die Schulterstücke eines Armeegenerals.

Seinen militärischen Aufstieg hat der Sohn einer einfachen Familie der Nasser-Epoche zu verdanken. Den Anstoß für Mubaraks politischen Höhenflug gab Sadat, der ihn zum Vizepräsidenten berief und ihm damit das Tor zur höchsten Staatsmacht öffnete.

Seitdem befaßte sich der breitschultrige und gedrungene General mit der hohen Schule des „politischen Kunstfluges“.

Sadat's häufige Auslandsreisen gestatteten es ihm, seine Positionen im Land zu festigen, ganz besonders nach seiner Wahl zum Vizevorsitzenden der Nationaldemokratischen Partei, die Sadat anstelle der aufgelösten Arabischen Sozialistischen Union gegründet hatte.

Im Laufe von mehr als sechs Jahren setzte Mubarak gewissenhaft die Politik seines Präsidenten in die Tat um. Viele in Ägypten schätzten seine Intelligenz, Härte, Direktheit und Arbeitsfähigkeit. Wenn Sadat und dessen Verwandte sowie viele hochgestellte Beamte einen Hang zu Luxus und persönlicher Bereicherung hatten, widerstand Mubarak der Versuchung. Es ist deshalb auch nicht verwunderlich, daß ihn die einfachen Ägypter nach wie vor „Herr Ehrlich“ nennen.

Im Alleinflug

Hosni Mubarak erbte von seinem Vorgänger ein Regime, das in der arabischen Welt isoliert dastand und zutiefst verschuldet war. Seine Machtübernahme verband man an den Ufern des Nil mit großen Hoffnungen.

„Er war der geeignetste Mann, um die im Land herrschende Angst zu vertreiben“, schrieb der bekannte ägyptische Journalist Mohamed Heikal. „Die Ägypter brauchten einen Mann, der keine grandiosen Pläne hat und das Land nicht zur Katastrophe führt.“

Die Zeit hat gezeigt, daß der ehemalige Militärflieger im Alleinflug als Staatsoberhaupt nicht nur keiner der Schwierigkeiten, mit denen Ägypten zu kämpfen hatte, aus dem Weg ging, sondern in der Folgezeit viele Prüfungen ehrenvoll bestand und dadurch seine Autorität weiter festigte. Als Bestätigung hierfür kann seine Teilnahme an der Bera-

tung arabischer Staats- und Regierungschefs angesehen werden, die im Mai 1989 in Casablanca stattfand, und seine Wahl zum Vorsitzenden der Organisation für Afrikanische Einheit im vergangenen Sommer.

Das aber war später. Zunächst ließ der frischgebackene Präsident Mubarak alle politischen Häftlinge frei und drückte ihnen sogar die Hand. Die Mitglieder der Organisation, die Sadat beseitigt hatte, ließ er vor Gericht stellen. Einige von ihnen wurden hingerichtet, andere erhielten Haftstrafen. Bald darauf wurden allerdings einige geheime islamische extremistische Gruppierungen festgestellt, von denen eine, die sich Al-Aqsa nennt, im Mai 1982 auch schon den neuen Präsidenten zur Hinrichtung verurteilt hatte.

Durch aktive Bemühungen der Geheimdienste gelang es Mubarak jedoch, einen Keil zwischen die „gemäßigten“ Elemente der islamischen Opposition, die Gewalt als Methode des innenpolitischen Kampfes ablehnen, und die „unverbesserlichen Extremisten“ zu treiben. In den ersten zwölf Monaten seiner Amtszeit ließ er 4000 islamische Aktivisten frei. Diese Maßnahmen erinnern an die ersten Amtshandlungen von Sadat. Er ließ aber auch die „Moslembrüder“ frei, die unter seinem Vorgänger eingesperrt worden waren.

Mubarak, der um die Gefahr weiß, die von islamischen Extremisten ausgeht, vermeidet harte Maßnahmen im Bereich der Religion.

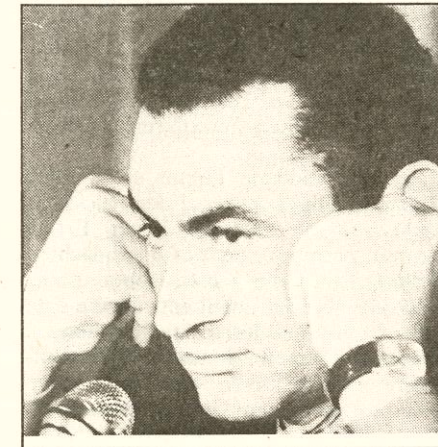
Was die weltliche Opposition betrifft, äußerte der Präsident gleich nach seinem Amtsantritt die Bereitschaft, mit ihren Führern in einen Dialog zu treten. Er legalisierte die Tätigkeit von Oppositionsparteien, gewährte ihren Vertretern Zutritt zum Parlament und gestattete die Herausgabe oppositioneller Zeitungen.

In der Absicht, seine eigene Stellung zu festigen, ohne die Sadatanhänger vor den Kopf zu stoßen, die noch wichtige Schlüs-

selpositionen im politischen und wirtschaftlichen Bereich innehatten, begann der neue Präsident mit einer „allmählichen Entsadatisierung“. Auf seine persönliche Weisung hin wurde der Bruder des ermordeten Präsidenten, Ismat Sadat, sowie dessen Söhne vor Gericht gestellt und wegen Betrug angeklagt. Durch diesen Prozeß konnte Mubarak, wie viele Beobachter meinten, seine Entschlossenheit demonstrieren, der Korruption in der ägyptischen Gesellschaft ein Ende zu bereiten.

Die meisten von denen, die Mubaraks Tätigkeit in der Anfangsetappe verfolgten, stellten ihn einmütig als Führer eines neuen Typus dar. Als man ihn fragte, welcher politischen Linie er folgen wolle, der von Nasser oder der Sadats, antwortete er: „Meiner eigenen natürlich.“

Nach und nach setzte er ein für die dritte Welt ungewöhnliches Lösungskonzept vieler innerer Probleme in die Tat um. Kontinuierlich entwickelte er in Ägypten die Demokratie. Er glaubt, daß langfristig gesehen nur diese Form dem Regime politische Stabilität verleihen kann. Er hat sogar öffentlich vor seinem Volk eingestanden, daß die Regierung nicht in der



Lage ist, alle vor ihr stehenden Probleme zu lösen.

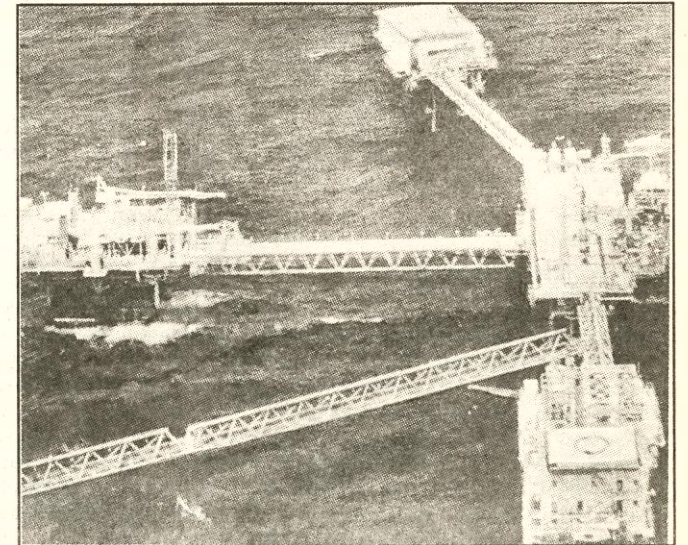
Im Unterschied zu Sadat vermeidet der neue Präsident Versprechungen, versuchte allerdings, der Wirtschaftspolitik neue Impulse zu geben. Ein deutlicher Fortschritt ließ sich allerdings damit nicht erreichen. Der Grund hierfür ist nach Meinung ägyptischer Wirtschaftswissenschaftler darin zu suchen, daß er bei der Annahme prinzipieller Entscheidungen Unentschlossenheit bezüglich der Frage an den Tag legt, ob Ägypten den kapitalistischen oder den sozialistischen Weg einschlagen wird.

Dennoch geht Mubarak bei seinen Bestrebungen, die Wirtschaft gesunden zu lassen, nach wie vor davon aus, daß die „Politik der offenen Türen“, die von Sadat eingeleitet wurde, prinzipiell richtig war. Nur wurde sie nicht richtig umgesetzt und durch die in Ägypten herrschende Korruption und Vetternwirtschaft diskreditiert.

Dank den „besonderen“ Beziehungen zu den USA seit der Unterzeichnung des Camp-David-Vertrages versucht Präsident Mubarak nach wie vor, aus ihnen das Maximum herauszuholen, politisch wie wirtschaftlich. Dabei spielt er geschickt mit dem Streben der Amerikaner, im Nahen Osten Fuß zu fassen. Jedenfalls bekommt Ägypten von ihnen zwei oder sogar mehr Milliarden Dollar, die die ägyptische Wirtschaft über Wasser halten. Aber auch hier gibt es strenge Beschränkungen bei der Zusammenarbeit, besonders auf politischer Ebene. So antwortete beispielsweise Präsident Mubarak auf eine Anfrage der USA hinsichtlich der Einrichtung eines Stützpunktes für ihre schnelle Eingreiftruppe im Roten Meer mit einer entschiedenen Ablehnung. Er erklärte, Ägypten werde dort selbst einen Stützpunkt errichten und ihn selbst kontrollieren. Die Amerikaner könnten ihn nutzen,



Religiöser Extremismus und Armut der Bevölkerung sind die vorrangigen Probleme, denen sich der neue Präsident Ägyptens zu stellen hatte





1989. Ägypten ist wieder Mitglied der Arabischen Liga. Hosni Mubarak mit Yasser Arafat und König Hussein von Jordanien

wenn Kairo die militärische Einmischung Washingtons für notwendig erachtet.

Ohne jemals auf die „besonderen“ Beziehungen zu den USA verzichten zu wollen, bemühte sich der ägyptische Präsident gleichzeitig um die Wiederherstellung normaler diplomatischer Beziehungen zur UdSSR, die seit 1984 in vollem Umfang bestehen. Ein Jahr später begannen sich auch wirtschaftliche Beziehungen zu entwickeln, hauptsächlich auf dem Gebiet des Handels. Inzwischen sind praktisch alle Hindernisse aus dem Weg geräumt, die einer Entwicklung normaler Beziehungen zwischen unseren Ländern im Wege standen.

Man sollte allerdings nicht annehmen, der Höhenflug Mubaraks sei glatt verlaufen. Die israelische Invasion im Juni 1982 im Libanon führte zu einer Verstärkung des innenpolitischen Drucks, den Charakter der ägyptisch-israelischen Beziehungen zu verändern. Eine weitere ernste Prüfung bildeten die Unruhen unter den 17 000 Mitarbeitern des internen Sicherheitsdienstes im Februar 1986. Diese Ereignisse waren für Mubarak eine Art Warnung, die zeigten, daß, wenn die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Probleme nicht gelöst werden, die Geduld des vielgeprüften ägyptischen Volkes versiegen kann.

Die hohe Schule des Kunstfluges

Im Oktober 1987 wählte die Nationalversammlung Ägyptens Hosni Mubarak einstimmig für eine weitere sechsjährige Amtsperiode zum Staatspräsidenten. Im November desselben Jahres faßte die Arabische Liga den Beschluß, daß ihre Mitglieder, wenn diese es wünschen, volle diplomatische Beziehungen zu Ägypten aufnehmen können. Neun Länder, darunter Saudi-Arabien, schickten

daraufhin unverzüglich ihre Botschafter nach Kairo.

Schließlich wurde im Dezember 1987 in Kairo die Flagge der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) gehißt. Damit demonstrierte Mubarak, daß Ägypten bereit sei, erneut die Rolle des Vermittlers und Förderers bei den Verhandlungen zwischen der PLO, den USA, Jordanien und Israel über die Einberufung einer Nahost-Friedenskonferenz zu übernehmen.

Ein entscheidender Faktor, der letztlich Mubaraks Diplomatie bei der Rückkehr Ägyptens ins arabische Lager brachte, besteht in der gut durchdachten Haltung Kairos bei seinen Kontakten zu Tel Aviv. Der Präsident entwickelte eine äußerst glückliche Form der Beziehungen zwischen Ägypten und Israel: „Die Entwicklungsperspektiven der bilateralen Beziehungen werden von der Situation im Nahen Osten und dem Prozeß der Nahostregulierung bestimmt“. Diese Formulierung, die von Mubarak strikt befolgt wird, gestattete es, die Beziehungen zu Israel auf einem recht bescheidenen Niveau zu unterhalten. Diese Position, die auf den Schutz der arabischen Interessen ausgerichtet ist, konnte in den anderen arabischen Hauptstädten nicht unbeachtet bleiben.

Das alles bewirkte eine Veränderung der Vorstellungen über Ägypten, die sich deutlich von denen aus der Sadat-Zeit unterscheiden. Begünstigt wurde dieser Prozeß in vielem durch die Persönlichkeit von Staatspräsident Hosni Mubarak.

Das neue Staatsoberhaupt unterscheidet sich tatsächlich deutlich von seinem Vorgänger.

Sadat liebte offizielle Empfänge, pompöse Essen und Zeremonien. Mubarak dagegen mag das weltliche Leben nicht. Er haßt alles, was seiner Meinung nach überflüssig ist.

Sadat war durch und durch korrupt,

Mubarak dagegen ist ein unbestechlicher Patriot.

Sadat war der geborene Schauspieler. Er liebte das Rampenlicht und lange Reden. Mubarak mag keine Schwätzer und kann Gefasel nicht ausstehen.

Die Intellektuellen machen sich lustig über ihn und erzählen allerlei Geschichten, aber keine böartigen wie über Sadat.

Mubarak ist Anhänger einer umfassenden Demokratisierung. Sadat jonglierte lediglich mit diesem Begriff.

In Ägypten sind viele der Ansicht, daß Mubarak, der Zeuge des Anschlages auf seinen Vorgänger wurde, eine wichtige Lehre daraus gezogen habe: Lieber langsam vorwärts schreiten und kleine Mißerfolge in Kauf nehmen, als diktatorisch das Land zu regieren und große Erschütterungen heraufzubeschwören. Sicher gehören deshalb Vorsicht, Pragmatismus, Mäßigung und Kontinuität zu den besonderen Merkmalen des politischen Kurses des neuen Präsidenten.

Der bereits zitierte Heikal bezeichnete Mubarak als „Inkarnation der Vorsicht“ und hob hervor, dies sei die „Vorsicht eines erfahrenen Fliegers, der, bevor er mit seinem Flugzeug in den Himmel aufsteigt, alle erforderlichen Informationen braucht“.

Das Jahr 1989 war ein besonderes, sowohl für Ägypten als auch für seinen Präsidenten, der eine immer größere Rolle im Nahen Osten, in Afrika und in der Welt spielt. Nach seiner Rückkehr aus Casablanca wurde er als Nationalheld empfangen, war es doch Mubarak, der am Erfolg der ägyptischen Diplomatie, der Wiederaufnahme Ägyptens als vollberechtigtes Mitglied in die Arabische Liga, einen bedeutenden Anteil hatte.

Seine jüngste diplomatische Initiative ist ein 10-Punkte-Programm für die friedliche Beilegung des arabisch-israelischen Konfliktes. Er stellt kein Dogma dar, sondern kann alle positiven Momente anderer Initiativen in sich aufnehmen. Das gestattet eine Anpassung an die sich ständig ändernde Situation im Nahen Osten.

Neben seinem guten Image im Ausland hat der ägyptische Präsident auch im Land seine Macht deutlich festigen können. Ägyptische und ausländische Beobachter meinen, Mubarak sei heute mehr als je zuvor Herr der Lage. Es scheint, heben sie hervor, als würde erst jetzt tatsächlich seine zweite Amtsperiode als Staatsoberhaupt beginnen.

„Hosni Mubarak kann noch sehr viel tun“, sagte Heikal, der sowohl Nasser als auch Sadat gut kannte. „Das einzige, was er nicht tun sollte, ist abwarten.“

Konstantin Kapitonow

Fotos: „Jeune Afrique“ (Tunesien)
„Newsweek“ (USA)

Minister kann nicht garantieren

Mit dem Justizminister der UdSSR **Weniamin JAKOWLEW** unterhält sich NZ-Korrespondent Lew Jelin

Sollten die Richter parteilos sein, um unabhängig zu sein? Weshalb sind die Rechte der Dissidenten nicht geschützt? Wann wird die Niederlassungsbegrenzung abgeschafft?

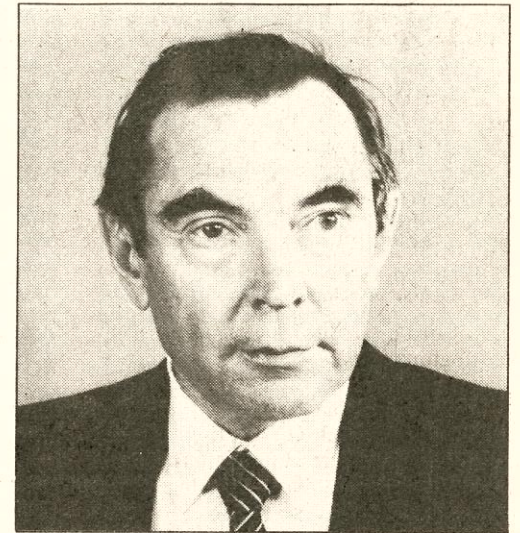
In Genf, bei der Tagung des Komitees für Menschenrechte, hat der sowjetische Justizminister Rechenschaft darüber abgelegt, wie das Land die einzelnen Punkte des Internationalen Abkommens über politische und Bürgerrechte erfüllt. Solche Berichte muß von Zeit zu Zeit jeder Mitgliedstaat des Abkommens vorlegen, die 18 Experten, Mitglieder des Komitees für Menschenrechte, stellen dann Fragen und machen Anmerkungen, in der Regel ist das Kritik.

Weniamin Jakowlew. Der erste Bericht über die Situation bei den Menschenrechten in der UdSSR wurde 1978 gegeben, der zweite 1984. Ich arbeitete in einem Forschungsinstitut und hatte weder mit der Vorbereitung noch der Vorlage dieser Berichte zu tun. Es stellte sich jedoch heraus, daß viele Mitglieder des Komitees für Menschenrechte an ihrer Erörterung teilgenommen hatten. Sie hielten es für ihre Pflicht, den großen Unterschied zwischen dem jetzigen und den beiden vorangegangenen Berichten hervorzuheben. Sie unterstrichen seine Sachlichkeit, Konkretheit, Offenheit und den hohen Professionalismus der Delegation bei der Erörterung von Rechtsthemen. Das ist kein Eigenlob, sondern zeugt von der sich ändernden Situation in unserem Land... Die UdSSR war übrigens das erste von allen Teilnehmerländern, das den dritten intermittierenden Bericht vorgelegt hat.

Neue Zeit. Das ist durchaus angenehm. Die DDR hat aber z. B. gebeten, die Anhörung ihres Berichts zu verschieben, da sich jetzt viel und ungeheuer schnell im Land ändert. Ich weiß darüber hinaus, daß viele Experten des Komitees für Menschenrechte darauf aufmerksam machten, daß im Bericht der UdSSR sehr oft von **Gesetzentwürfen** die Rede ist. Man müsse erst sehen, in welcher Form die **Gesetze** endgültig angenommen würden... Hatte es denn da Sinn, der erste zu sein? Vielleicht hätte man den Bericht besser verschieben sollen?

W. J. Nein, das denke ich nicht. Die Situation 1989 unterscheidet sich drastisch von der Situation 1984. Kann sein, daß uns, die wir hier im Land unter dem Druck der Alltagsprobleme leben, scheint, daß es verfrüht ist, über bestimmte Fortschritte zu reden. Von außen sind sie deutlicher zu erkennen. Und hier geht es nicht um die Gesetzgebungsakte, die schon angenommen wurden oder die Gesetzentwürfe, die ausgearbeitet sind und nur wegen der Überlastung des Obersten Sowjets noch nicht verabschiedet sind... Wir sind in der Praxis im Bereich der Menschenrechte viel weiter als die dazugehörige Gesetzgebung. Erinnern Sie sich, wie schwer es vor 1984 war, eine gesellschaftliche Organisation zu gründen. Formell hat sich daran bis heute nichts geändert, denn ein neues Gesetz wurde nicht verabschiedet. Trotzdem wurden inzwischen Zehntausende Organisationen der verschiedensten Ausrichtungen gegründet.

NZ. Er herrscht die Meinung vor, daß sich einige Behörden nicht mit der Annahme von „zu freien“ Gesetzen abfinden wollen, die ihnen die Möglichkeiten rauben, sich einzumischen, und versuchen daher, sie mit internen Anordnungen abzuwürgen. Können Sie als Justizminister dafür garantieren, daß das nicht geschieht?



W. J. Als Justizminister kann ich eine derartige Garantie nicht geben, das muß das Leben tun, der in unserem Land stattfindende Prozeß der Veränderungen. Es ändert sich nicht nur das Verhalten der Bürger, sondern auch das der Behörden. Gestern, als es nicht genügend Gesetze gab, als es keine ständig agierenden Gesetzgebungsorgane gab, waren die Behörden Herr der Lage. Und das sogar gegen ihren Willen: Wenn es kein Gesetz gibt, aber in einem bestimmten Bereich Ordnung herrschen soll, sind sie gezwungen, selbst Anordnungen und Bestimmungen zu erlassen... Jetzt gibt es einen ständig agierenden Gesetzgeber und die Behörden zeigen dafür Verständnis. Wenn unter den neuen Bedingungen irgendein Ministerium ein Dokument verabschieden würde, das dem Gesetz widerspricht oder seinen Funktionsbereich einschränkt, würde ihm das schlecht bekommen.

NZ. Die Experten des Komitees für Menschenrechtsfragen stellten eine Frage, die ich als Journalist eigentlich ungern stelle, weil schon soviel darüber geredet und geschrieben wurde... Geändert hat sich allerdings bisher nichts. Ich meine die Frage nach dem Niederlassungsrecht, die seit Stalins Zeiten geltende Beschränkung der freien Wahl des Wohnortes, des Rechts auf Freizügigkeit...

W. J. Wir werden natürlich die bestehenden Bestimmungen über das Niederlassungsrecht ändern. Doch die Veränderungen müssen unter Berücksichtigung der Realien vorgenommen werden. Die Juristen haben oft zwischen bestimmten Werten zu wählen. In diesem Fall ist das Recht auf Freizügigkeit durchaus ein Wert. Andererseits haben sich im Land jedoch bestimmte Bedingungen wirtschaftlichen Charakters herausgebildet, die eng mit der Versorgung mit Arbeit und Wohnraum verbunden sind. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt kann eine kühne und auf den ersten Blick demokratische Entscheidung zu unvorstellbaren Lebensbedingungen für die Menschen führen.

NZ. Ich verstehe ihren Einwand, doch mir gefällt das Prinzip: „Wie sollen wir bei unserer Armut...“ nicht. Das vorschützend paßten wir schon viele Jahre lang die internationalen Standards an unsere „nationalen Bedingungen“ an. So entstanden der sozialistische Realismus, der sozialistische Pluralismus und die sozialistische Rechtsprechung, die oft nur sehr entfernt an das Original erinnern... Wenn wir im Bereich der Menschenrechte immer wieder Vorbehalte machen, „alles für uns passend machen“, dann ist das schlimm und aussichtslos...

W. J. Einverstanden, wir müssen uns die Aufgabe stellen, alle Rechte und Freiheiten vollständig zu realisieren. Was das Niederlassungsrecht angeht, so müssen alle unbegründeten Beschränkungen aufgehoben werden, in erster Linie einige strafrechtliche Maßnahmen, Sanktionen, die wir früher angewendet haben: Verbannungen, Ausweisungen...

NZ. Werden wir denn nun die Niederlassungsbegrenzung ganz abschaffen?

W. J. Ja. Wir müssen aber erst die wirtschaftlichen Regelmechanismen beherrschen, dann können wir auch auf die administrativen verzichten, sie gegen andere eintauschen. Wenn wir aber einfach so, ohne Regelmechanismen alles abschaffen, fügen wir den Menschen großen Schaden zu und man wird uns dann dafür zur Verantwortung ziehen.

NZ. Sind in Genf Fragen der zwischenethnischen Beziehungen in der UdSSR zur Sprache gekommen?

W. J. Dazu haben wir in Genf keine kritischen Worte zu hören bekommen. Die sowjetische Delegation hat viel und offen über die Schwierigkeiten erzählt, und die Experten zeigten Verständnis für unsere Probleme. Jetzt sind Änderungen in der Verfassung, Gesetzgebungsakte über die Staatsbürgerschaft, die Sprache, den Rechtsschutz der Bürger, die außerhalb ihrer national-staatlichen Gebilde leben u.a. in Vorbereitung. Das Komitee billigte unsere Schritte, die neue Konzeption, legte Zurückhaltung an den Tag.

NZ. Und kein Wort über Tbilissi, Kischinow?...

W. J. Nein, die Experten sind sich der Schwierigkeiten des Prozesses bewußt und nehmen eine, meiner Meinung nach, sehr weise Position ein: nicht Öl auf Feuer gießen, keine Erklärungen abgeben, die die Sache nur komplizieren könnten.

NZ. Das kann aber alles zum Diskussionsgegenstand werden, wenn sich bis zum Zeitpunkt der nächsten Berichterstattung die Situation nicht ändert.

W. J. Natürlich müssen wir umfangreiche Gesetzgebungsakte in diesem Bereich verabschieden.

NZ. Wahrscheinlich wird dazu das Gesetz über den Ausnahme-

zustand gehören, das exakt die Rechte beider Seiten im Konflikt regelt. Die Ereignisse im Transkaukasus, die Verhängung des Ausnahmezustands in Nagorny Karabach und in Baku haben uns erneut daran erinnert, daß es bei uns kein diesbezügliches Gesetz gibt.

W. J. In unserer Gesetzgebung gibt es Vakate und Löcher, die ausgefüllt werden müssen. Das Gesetz über den Ausnahmezustand ist in Vorbereitung. Wir sehen jetzt: Das Gesetz wird so schnell wie möglich gebraucht.

NZ. Offenbar berührt die praktische Seite dieser Angelegenheit im gegebenen Fall die „Interessensphäre“ des Ministeriums des Innern. Wie gestaltet sich die gemeinsame Arbeit an diesem Gesetzentwurf?

W. J. Es gibt immer Differenzen, denn jede Behörde sieht das Problem auf ihre Weise. Das Justizministerium sieht das nicht militärisch, sondern mehr zivil, und das bedeutet umfassender und unter Berücksichtigung auch der internationalen Erfahrungen. Zu Beginn der Arbeit gibt es oft unterschiedliche Betrachtungsweisen. Das Ministerium des Innern verweist auf die Notwendigkeit, die realen Probleme zu berücksichtigen, wir aber sind der Ansicht, daß bereits existierende internationale Standards nicht umgangen werden dürfen...

NZ. Es kollidieren also wieder „unsere“ Realien und die „fremden“ Standards?!

W. J. Nun ja, aber nach den Erfahrungen früherer Arbeiten können diese Differenzen allmählich minimiert werden. Dann wird die Angelegenheit an die Kommissionen des Obersten Sowjets und den Obersten Sowjet selbst weitergegeben.

NZ. Gemäß den unlängst verabschiedeten Gesetzgebungsakten ist in der UdSSR die Durchführung von Meetings und Demonstrationen genehmigungspflichtig. Die internationalen Erfahrungen weisen jedoch darauf hin, daß das Registrationsprinzip demokratischer ist. Bei uns ist die Verantwortung von undisziplinierten Demonstranten festgelegt, jedoch einem Vorsitzenden des Exekutivkomitees, der ein Meeting ohne gesetzliche Gründe verbietet, droht keinerlei Strafe. Man kann ihn auch nicht bei Gericht verklagen. Wie ist dazu die Meinung des Justizministers?

W. J. Wir haben einen Riesenschritt getan. Früher hat man nicht einmal gewagt, von der Durchführung einer Demonstration zu reden, geschweige denn, dafür um Erlaubnis zu fragen. Jetzt ist alles ganz einfach. Leider haben wir es gegenwärtig mit einer großen Anzahl von nichtsanktionierten Meetings und Demonstrationen zu tun. Darin sehe ich nichts Gutes. Man muß sich darüber im klaren sein, daß der wichtigste, prinzipielle Schritt schon getan ist, jetzt muß an der Rechtsprechung gefeilt werden. Wir begannen mit dem Genehmigungsprinzip und gehen dann zum Registrationsprinzip über.

NZ. Wieviel Jahre wird man dafür benötigen?

W. J. Ich denke, das wird ziemlich schnell gehen. Man muß auch daran arbeiten, daß die Exekutivkomitees die Gesetze einhalten, aber nicht nur sie, sondern die Teilnehmer der Demonstrationen auch.

NZ. Ich gehe davon aus, daß in erster Linie die Behörden die Verantwortung für die Gesetzesverletzung tragen müssen.

W. J. Ich gehe aber davon aus, daß die Einhaltung der Gesetze gleichermaßen die Pflicht eines jeden ist.

NZ. Nach den Leserbriefen an die Redaktion zu urteilen, sind viele überzeugt, daß Menschen, die hohe Posten im Partei- und Staatsapparat innehaben, eine größere strafrechtliche Verantwortung für Rechtsverletzungen tragen müßten als einfache Bürger.

W. J. In unserer Strafgesetzgebung gehört zu den Strafverschärfungsgründen für den Erhalt von Bestechungsgeldern die verantwortliche Stellung der Person, die das Geld annahm. Das Gesetz sieht hierfür größere Verantwortung vor. Je höher die Stellung einer Person, um so größer sind die Anforderungen. Auf die Korruption angewandt, wird dieses Prinzip verwirklicht, es sollte aber wahrscheinlich breiter angewandt werden.

NZ. Unlängst wurde das Gesetz der UdSSR, das die Verantwortlichkeit für die Verletzung der nationalen und rassischen Gleichberechtigung vorsieht, präzisiert. Nirgends ist aber die Rede davon, daß Diskriminierungen wegen politischer oder anderer Überzeugungen unzulässig sind, wie das im Internationalen Abkommen über die politischen und Bürgerrechte festgeschrieben ist. So kommt es dann, daß, obwohl wir unsere gestrigen „Dissidenten“ de facto anerkannt haben, man sie de jure z. B. einfach nicht einstellen kann, ohne dabei etwas zu riskieren.

W. J. Einige Formulierungen müssen tatsächlich präzisiert werden. Diskriminierung ist nicht zulässig, auch nicht wegen politischer Ansichten und Überzeugungen. Wenn die Handlungen eines Menschen nicht in Widerspruch zu unserer Gesetzgebung geraten, dann soll er kein negatives Verhältnis von Seiten des Staates spüren.

NZ. Vor einem Jahr wurden von höchster Stelle die Absichten der UdSSR verkündet, dem Fakultativen Protokoll zum Internationalen Abkommen über die politischen und Bürgerrechte beizutreten (Er erlaubt den Bürgern, sich über Verletzungen ihrer Rechte bei einem internationalen Organ zu beschweren). Die Ratifikationsdokumente wurden jedoch bis heute nicht eingereicht. Warum? Ich habe folgendes Argument gehört: Man müßte erst einmal wie es sich gehört den inneren Mechanismus der Absicherung der Menschenrechte in Gang bringen. Andere behaupten im Gegenteil, daß der schnellstmögliche Beitritt zum Protokoll das schwere innere Schwungrad zwingt, sich schneller zu drehen. Welche Meinung haben Sie dazu?

W. J. Früher haben wir nicht genug Verantwortungsgefühl bei solchen Sachen an den Tag gelegt. Nach dem Motto: Erst mal beitreten, dann werden wir weitersehen. Jetzt untersuchen wir erstmal ernsthaft den Zustand unserer Praxis, unsere Gesetze, um ein Dokument sofort nach seinem Inkrafttreten strikt einzuhalten.

Es gibt keine prinzipiellen Hindernisse für den Beitritt zum Fakultativen Protokoll. Und sobald wir unseren inneren Mechanismus des Schutzes der Menschenrechte auf ein entsprechend hohes Niveau angehoben haben, werden wir sofort dem Protokoll beitreten. Es wurde das Gesetz über die gerichtliche Beschwerde bei unrechtmäßigen Handlungen im Leitungsbereich verabschiedet. Das ist ein sehr wichtiger Schritt in dieser Richtung, doch noch sind z. B. die Listen Nr. 1 und Nr. 2 im Bereich der Arbeitskonflikte, die einigen Kategorien von Bürgern nicht gestatten, sich um gerichtlichen Schutz zu bemühen, nicht überarbeitet...

NZ. Wer ist da aufgelistet?

W. J. Leiter – große, mittlere und kleine. Der Leiter muß auch das Recht haben, sich an das Gericht um Schutz zu wenden...

NZ. Die Richter werden jetzt für 10 Jahre gewählt, ihr Gehalt wurde erhöht. Ich habe jedoch von Juristen gehört, daß sich die Lage wohl kaum schnell verbessern wird. Lange Zeit versuchten die guten Fachleute, einer Wahl als Richter aus dem Wege zu gehen, weil sie das „Telefonrecht“ befürchteten und nicht von den örtlichen Behörden abhängig sein wollten. Heute besteht unser Gerichtsapparat vor allem aus jungen Juristen ohne Erfahrungen, die schon aufgrund dieser Unerfahrenheit und ihrer ungefestigten Posi-

tion abhängig sind. Sind Sie mit dieser Einschätzung einverstanden?

W. J. Natürlich. Es wäre wünschenswert, daß alle Richter über Erfahrungen und die nötige Ausbildung verfügen, man muß jedoch von der realen Situation ausgehen. Woher diese nehmen? Die neuen Möglichkeiten schaffen gerade die Voraussetzungen, um den Gerichtsapparat zu verstärken. Erinnern Sie sich, es wurde auch eine Variante der Unabsetzbarkeit von Richtern diskutiert. Das ist ein durchaus effektives Prinzip, doch es wurde im wesentlichen aus den von Ihnen genannten Gründen abgelehnt. Unsere Richter sind ihrer Qualifizierung, ihrem Bildungsstand nach wohl noch nicht reif für das Prinzip der Unabsetzbarkeit... Wie dem auch sei, die Wahl auf 10 Jahre garantiert, daß niemand einen „unbequemen“ Richter eher absetzen kann. Das wird zweifellos der Rechtsprechung dienen.

NZ. In einigen Staaten ist es üblich, daß die Mitarbeiter bestimmter Behörden keiner Partei angehören, um Unvoreingenommenheit und Unabhängigkeit zu garantieren. In der Tschechoslowakei wurde vor kurzem beschlossen, daß die Parteiorganisationen ihre Tätigkeit in der Armee, dem Ministerium des Innern und in den Justizorganen beenden werden. Finden Sie, daß diese Beispiele Aufmerksamkeit verdienen?

W. J. Unter den Bedingungen des Mehrparteiensystems, besonders bei der Verschärfung des Kampfes zwischen den Parteien, besteht die Gefahr, daß die Richter, wenn sie einer bestimmten Partei angehören, keine objektive Beziehung zum Angeklagten haben, wenn er ein politischer Opponent ist. In unserem heutigen Leben sehe ich eine solche Gefahr nicht. Ich bin immer davon ausgegangen, daß zwischen dem Dienst am Gesetz und der Mitgliedschaft in der Partei kein Widerspruch besteht. Als ich in der Staatsanwaltschaft arbeitete, versuchte man, auf mich Druck auszuüben, darunter auch Parteifunktionäre nicht besonders hohen Ranges, die ständig sagten: „Sie sind doch aber Kommunist!“ Ich antwortete, daß ich meine Pflicht als Kommunist in der genauen Befolgung der Gesetze sehe.

NZ. Ich bezweifle nicht, daß Tausende und Abertausende Juristen, Mitglieder der KPdSU, so denken wie Sie. Sie haben doch aber selbst gesagt, daß es Versuche gab, Druck auf Sie auszuüben. Das ist, gelinde gesagt, kein Einzelfall... Und wenn die Richter, hier berufe ich mich wiederum auf Ihre Worte, ungenügend ausgebildet, qualifiziert sind, ist es nicht ausgeschlossen, daß das Gesetz durch eine Anordnung eines Apparatschiks ersetzt wird.

W. J. Ich könnte noch tausend andere Gefahren aufzählen, die nicht ausgeschlossen sind. Die Gefahr der Bestechung, die Drohung mit Vergeltung... Der Beruf Richter geht überhaupt mit Versuchen der Einwirkung und Druck einher, und das nicht nur von einer Seite. Oft versuchen z. B. die Verwandten des Angeklagten, Druck auf die Ermittlung, auf den Richter auszuüben. Na und? Ich bin überzeugt, daß man nur auf einen in moralischer und professionaler Hinsicht schwachen Menschen Druck ausüben kann. Das gilt besonders heute, da die Richter mit Hilfe neuer Gesetze Mittel zur Verfügung bekamen, um sich zu schützen.

NZ. Der englische Jurist und Philosoph Jeremy Bentham sagte einmal, daß die Gesellschaft eine billige Rechtsprechung

teuer zu stehen komme. Unsere Gerichte unterdessen existieren oft unter ärmlichen Bedingungen, fast in Kellern. Aber das doch fast die einzige Einrichtung, wo wahrsten Sinne des Wortes über Fragen von Leben und Tod entschieden wird. Danel gibt es ausgezeichnete Gebäude an Behörden. Sind unsere Wertvorstellungen nicht verzerrt?

W. J. Viele Gerichtsgebäude mehr schon durch ihren äußeren Anblick, ihre völlige Untauglichkeit nicht gerade die Achtung vor Gesetz und Ordnung. Wir sind je dabei, einen Rechtsstaat herauszubilden, doch dieser Begriff hat viele Bestandteile. Das sind nicht nur Gesetze, sondern auch Bedingungen, unter denen die Rechtssprechung vorgenommen wird.

In vielen Ländern sind in den besten Gebäuden die Gerichte untergebracht. 1864 in Rußland die Gerichtsreform durchgeführt wurde, errichtete man viele großartige Gerichtsgebäude. Dann wurden sie andere Behörden und Einrichtungen übergeben... Über 100 Jahre später führen wir wieder eine Gerichtsreform durch, und wir müssen den Gerichten die Gebäude zurückgeben oder neue bauen. Das Justizministerium unterbreitet der Regierung den Vorschlag, ungeachtet der offensichtlichen finanziellen Schwierigkeiten in den nächsten Jahren ein Aktionsprogramm auszuarbeiten und Schritte zu machen mit dem Betteldasein unserer Gerichte.

NZ. In der UNO wurde das zweite Fakultative Protokoll verabschiedet, das Todesstrafe verbietet. Wollen wir uns dem anschließen?

W. J. Ich denke, in der UdSSR sind die Bedingungen herangereift, um von der Todesstrafe für einzelne Gesetzesverletzungen wie für Wirtschaftsverbrechen Abstand zu nehmen. Das wird den Kampf gegen das Verbrechen nicht schwächen. Obwohl führen Sie eine Volksabstimmung durch. Soll es für große Unterschlagungen die Todesstrafe geben? Ich bin nicht überzeugt, daß die Gegner dieses Strafmaßes die Stimmmehrheit bekommen werden.

Das Niveau unserer Kultur, des Bewußtseins und der Moral werden uns kaum gestatten, völlig und sofort auf die Todesstrafe zu verzichten. Wir haben einige Versuche unternommen und waren jedesmal gezwungen, zurückzuweichen. Eine andere Sache, daß der Anwendungsbereich der Todesstrafe ungerechtfertigt erweitert wurde. Ich bin persönlich der Meinung, daß zu Friedenszeiten die Todesstrafe nur für Mord im schweren Fall angewendet werden sollte.

NZ. Sie leiten das Justizministerium weniger als ein halbes Jahr. Haben sich Ihre Ansichten zu seiner Rolle und seinen Funktionen geändert? Werden seine Vollmachten größer oder kleiner?

W. J. Meine Ansichten haben sich in dieser Zeit nicht geändert. Ich denke, das Justizministerium sollte das wichtigste professionelle Organ auf Regierungsebene zur Herausbildung eines Rechtsstaates sein. Diese Aufgabe kann und soll, wie mir scheint, auch dem Justizministerium niemand erfüllen...

Der Umfang der Funktionen unseres Ministeriums, da bin ich mir sicher, wird nicht geringer werden, sondern seine Erweiterung ist durchaus möglich. In vielen Ländern, z. B. in den USA, hat das Justizministerium umfassendere Aufgaben als unser Ministerium. Bei uns wird ein Teil der Aufgaben noch von anderen Behörden bewältigt...



Zeichnung: Viktor Bogorad

Swerdlowsk lernt mit dem Pluralismus leben

Heißer Winter am Ural

Die anderthalb Millionen Einwohner von Swerdlowsk scheinen mit ihrer Geduld am Ende zu sein

Außerlich hat sich in der Ural-Hauptstadt in den letzten zwei Jahren wenig verändert. Höchstens der Frost schlug Mitte Januar 1990 etwas stärker zu als bei meinem letzten Besuch. Heute spürt man jedoch schon nach den ersten Schritten die innere Spannung: Die Leute sind verärgert, unzufrieden, ihnen steht die Sorge im Gesicht. Ehrlich gesagt, versteht man die Gründe für einen solchen Zustand nicht gleich. An die halbleeren Läden hatten die Swerdlowsker Zeit genug sich zu gewöhnen. Auch an Lebensmittelkarten, für die man nicht immer etwas bekommt. An überfüllte Verkehrsmittel brauchen sie sich nicht zu gewöhnen. Appelle, sich als Patrioten zu erweisen, weil der Ural das Land noch nie hat hängen lassen, hat man hier zur Genüge gehört. Was ist also anders geworden?

Schnapsrebellion?

So bezeichneten Journalisten die spontane Kundgebung, die den ganzen 29. Dezember vergangenen Jahres anhielt. Tatsächlich war der Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte, die Tatsache, daß es zum Neujahrsfest im zentralen Lebensmittelgeschäft keinen Tropfen Alkohol gab. Die Menschen, die die barbarische Formen des Kampfes gegen die Trunksucht an sich ausprobiert sahen, stiegen auf die Barrikaden. Jedoch sind alle, mit denen ich in Swerdlowsk gesprochen habe, sicher, daß der hochprozentige Anlaß zufällig war und daß die allgemeine Empörung sich so oder so hätte entladen müssen.

Diese Veranstaltung, an der großzügig geschätzt zwei- bis dreitausend Personen teilgenommen haben, wäre woanders kaum aufgefallen, aber für den Ural war das etwas ganz Neues. Entsprechend

widersprüchlich waren die Reaktionen. Die einen sahen darin ein Anzeichen für den nahen Zusammenbruch jenes Leitungssystems, das sie an die Spitze gebracht hatte und so unerschütterlich schien. Andere, die Mehrheit, werteten die Demonstration als Ausdruck zunehmenden politischen Engagements unter den lange so geduldeten Einwohnern von Swerdlowsk.

Mehr als 87 Prozent aller Befragten haben diese Veranstaltung positiv eingeschätzt. Durchgeführt wurde die Befragung von der „Bewegung 29. Dezember“, die sich nach der Manifestation gebildet hatte. Sie erhebt keineswegs den Anspruch, einen streng wissenschaftlich ermittelten Querschnitt der hiesigen öffentlichen Meinung zu repräsentieren. Ich kann meinerseits bestätigen, daß alle, mit denen ich gesprochen habe, wenn auch mit Abweichungen, die am 29. Dezember aufgebrachte Idee gutheißen, daß die Bevölkerung der Stadt an der Fassung von Beschlüssen und an der Kontrolle über ihre Einhaltung beteiligt werden soll.

Zwei verschiedene Prozesse haben in letzter Zeit zu einer Zuspitzung der Lage beigetragen. Einerseits die spürbar schlechter gewordene wirtschaftliche Situation der meisten Swerdlowsker, die miserable Versorgung der Stadt und das Fehlen einer wirklichen und jedem verständlichen Aussicht auf Besserung. Andererseits die drastisch zunehmende politische Aktivierung der Bevölkerung, die Gründung vieler neuer gesellschaftlicher Organisationen, von denen ein Teil scharfe Kritik an den örtlichen Machthabern und dem System insgesamt äußert. Die Lage ist zunehmend von Intoleranz gezeichnet. Die Leute sind mit ihrer Geduld am Ende.

Philosophen sind gefragt

Zur Klärung der Positionen habe ich mir verschiedene Standpunkte angehört, unter anderem den des 1. Sekretärs des Rayonkomitees der KPdSU von Werch-Issetskij, Gennadi Dronin, des Dozenten an der Pädagogischen Hochschule und eines führenden Mannes der Bürgerbewegung Boris Balansow sowie des 1. Sekretärs des Stadtparteikomitees Wladimir Kadotschnikow. Die beiden ersten sind knapp über 40, letzterer 46 Jahre alt. Alle drei sind sympathische, umgängliche Männer, philosophisch beschlagen, verfügen über eine eigene Meinung und die Fähigkeit, diese zu vertreten. Mit solchen Gesprächspartnern war es interessant und nützlich zu reden. Der studierte Philosoph Balansow schien mir nach Alter und Beruf überhaupt jemand zu sein, wie er gegenwärtig als Persönlichkeit des öffentlichen Lebens gefragt ist. Unter den Volksdeputierten der UdSSR aus Swerdlowsk und unter den Kandidaten für die Deputiertenwahlen in Rußland sind junge Philosophen so üppig gesät wie nie zuvor. Besonders viele sind in den Wahlorganen vertreten. In der Stadt herrscht rege Nachfrage nach hellen Köpfen und eloquenten Geisteswissenschaftlern. Das ist etwas ungewöhnlich für eine Stadt, die so auf Industrie-

produktion spezialisiert ist und solche Traditionen in der Hervorbringung von Kaderpolitikern hat. Wahrscheinlich wissen nicht alle, daß außer Nikolai Ryshkow und Boris Jelzin auch Leonid Breschnew, der ehemalige Regierungschef Nikolai Tichonow, der sowjetische Botschafter in Frankreich Jakow Rjabow, der Vorsitzende des Komitees für Volkskontrolle Gennadi Kolbin aus Swerdlowsk stammen. Sie alle sind oder waren technisch vorbelastete Parteifunktionäre. Philosophen hat es unter ihnen nicht gegeben.

Die Meinung des 1. Sekretärs

Wladimir Kadotschnikow ist Chef der 95 000 Kommunisten zählenden Stadtparteiorganisation. Ich gewann den Eindruck, daß die kritischen Äußerungen, die ich über die Stadtväter gehört hatte, auf ihn nicht zutreffen. Doch hat schon Talleyrand geraten, sich vor dem ersten Eindruck in acht zu nehmen, er könnte gut sein.

„In unserer Wahlplattform haben wir eindeutig gesagt, daß wir bereit sind, mit allen, die spontanen Bewegungen mit eingeschlossen, zusammenzuarbeiten. Bei denen gibt es viele intelligente Burschen. Konstruktive Ideen habe ich allerdings auch von ihnen noch nicht gehört. Bei der Veranstaltung und während des Forums haben sie vorgeschlagen, alles zu zerschlagen, was da ist, und das zu kontrollieren, was noch nicht da ist, was noch keine Gestalt angenommen hat.“

Wie ich die gegenwärtige Lage in Swerdlowsk sehe? Als die Streiks im Kusbass, im Donbass und in Workuta losgingen, hat man bei uns einerseits verstanden, daß die Forderungen der Kumpel überwiegend gerechtfertigt sind, während wir uns andererseits darüber im klaren sind, daß wir alle nur aus derselben Kasse bezahlt kriegen. Den Bergleuten einen Zuschlag zu zahlen, würde bedeuten, anderen, auch uns aus Swerdlowsk, etwas wegzunehmen. Wir bekamen auch die Veränderungen in den sozialistischen Ländern zu spüren. Lieferungen von Konsumgütern, die von dort kamen, sind eingeschränkt oder ganz eingestellt worden. Aus eigener Kraft können wir uns nicht mit Waren des täglichen Bedarfs eindecken. Das letzte Jahr war also nicht ganz leicht für uns. Wir konnten nur mit großer Mühe Fonds rausschlagen, die sich auf dem Niveau von 1988 halten. Dabei wächst die Bevölkerung von Swerdlowsk jährlich um 25 000 Menschen. Wir haben viele, die aus dem Umkreis anreisen, und das will das Gebiets-exekutivkomitee bei der Aufteilung von Lebensmittelfonds nicht sehen.

Besonders schlimm steht es um die Fleischversorgung. Der Mangel sollte mit Geflügel ausgeglichen werden. Aber machen Sie daraus mal Wurst! Letzten Endes hat es für zwei Millionen Wurst-Bezugsscheine keine Waren gegeben.

Auch bei den Spirituosen herrscht eine angespannte Situation. Die Alkohollieferungen sind uns um die Hälfte gekürzt worden. Das war aber auch unser eigener Fehler, weil wir zu lange mit den Bezugsscheinen gewartet haben. Als wir sie dann endlich ausgegeben haben, war nichts mehr da, was man damit hätte kaufen können. Aber wie gesagt, die durch den Schnapsmangel ausgelöste Erhitzung der Gemüter war rein spontan, irgendwo mußten die Leute ihren Ärger ja loswerden.

Die Bevölkerung von Swerdlowsk war mit ihrer Geduld am Ende.

Die Stadt hat 7 landwirtschaftliche Betriebe. Wir versorgen uns zur Hälfte selbst mit Gemüse, zu 20 Prozent mit Kartoffeln, zu 8 Prozent mit Milch und zu 6 Prozent mit Fleisch. Wir erhalten zwar vieles aus dem umliegenden Gebiet, trotzdem wäre es unsinnig, von völliger Selbstversorgung auszugehen. Unser Gebiet umfaßt 44 Städte und 96 Arbeitersiedlungen. Wir sind eine Industrieregion. In zwei Dritteln der Produktion herrschen gesundheitsschädliche Arbeitsbedingungen. Auf eine Person entfallen nur 0,03 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche. Boden- und Klimabedingungen sind bei uns alles andere als günstig.

Man liefert uns nicht nur ungenügend Waren des täglichen Bedarfs, sondern wir dürfen nicht einmal das, was wir selbst produzieren, in unserem Gebiet belassen. Die berühmte „Maljutka“-Waschmaschine wird zum Beispiel bei Uralmasch gebaut. Im letzten Jahr haben wir 470 000 davon hergestellt. Aber kaufen kann man sie im ganzen Gebiet nicht, uns werden nur 3 Prozent gelassen. In Belgorod dagegen, wo die „Maljutka“ nach unseren Entwürfen gebaut wird, bleibt die ganze Produktion im Gebiet. Ist das vielleicht gerecht?

Vor 10 Jahren, unter Jelzin, haben wir für jeden Rubel, der als Lohn gezahlt wurde, mehr Waren produziert als man mit einem Rubel kaufen konnte. Vor zwei Jahren waren es noch Waren für 1,65 Rubel, und jetzt nur noch für 97 Kopeken. Die Arbeitskollektive wollen viele Artikel nicht mehr produzieren. Sobald sie aber zum Werktor hinaus sind, regen die Arbeiter sich auf, wenn die Geschäfte leer sind.

In diesen Tagen werden wir ein Sonderprogramm für die Produktion von Konsumgütern verabschieden. Alles, was wir über den Staatsauftrag hinaus produzieren, bleibt bei uns. Nicht alles hängt jedoch von uns ab. Werden wir alle Ersatzteile von den Zulieferern erhalten? Mal läßt uns Armenien sitzen, liefert uns keine Zigarettenfilter, mal Litauen, wenn die Lieferung von Wickelpapier abreißt. Für das Ergebnis, daß es keine Zigaretten gibt, sind wir dann verantwortlich.

Die wichtigsten Fragen sind nicht gelöst. Nach dem 2. Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR und nach der Sitzung des Obersten Sowjets der UdSSR machte sich Enttäuschung breit. Auf unsere Vorschläge, die wir nach der 19. Parteikonferenz gemacht haben, hat das ZK der KPdSU nicht reagiert. Die Aktivität sinkt. Die Neuaufnahmen in die Partei gehen um die Hälfte zurück, Parteiaustritte mehren sich. An und für sich ist das nicht tragisch. Hauptsache, in der Partei bleiben diejenigen, die in prinzipiellen Fragen übereinstimmen. Schlimmer ist, daß keiner sich mehr dem anderen unterordnet. Regierungsbeschlüsse werden nicht durchgeführt. Nehmen wir die Lage im Transkaukasus. Bei uns im Ural hat es solche Exzesse noch nicht gegeben. Es gibt aber auch keine Garantie dafür, daß das nicht passiert. Die Forderungen, endlich Ordnung und soziale Gerechtigkeit zu schaffen, werden immer lauter. Es wird immer schwerer, den Ural-Bewohnern zu erklären, warum sie bedeutend weniger als andere konsumieren können. Arbeiten sie etwa schlechter, oder stellen sie Erzeugnisse her, die das Land nicht braucht?

Die nähere Zukunft läßt sich nicht vorhersagen.

gen. Die Partei sitzt nicht mehr an den Hebeln der Macht. Die Sowjets haben die Macht noch nicht errungen. Was bleibt, sind die Behörden und die spontanen Elemente. Die Zeit diktiert uns entschlossener und konsequenter Handlungen.“

Beichte eines Apparatschiks

Der Sekretär des Rayonkomitees Gennadi Dronin ist seit 13 Jahren Berufsfunktionär und ein Mitarbeiter des Parteiapparats, der, soweit ich feststellen konnte, das Vertrauen der meisten spontanen Initiativen genießt. Beim Bürgerforum, das am 16. Januar in Swerdlowsk stattfand, hat man ihm aufmerksam zugehört.

„Insgesamt wertere ich die Ereignisse in unserer Stadt positiv“, sagt er. „Sehen Sie mal, wie sich nach dem 29. Dezember plötzlich alle gerührt haben, das ZK, die Regierung, die dezentralen Behörden! Es gibt niemanden, der als einziger für alles verantwortlich zu machen wäre. Verantwortlich sind das alte Leitungssystem und alle seine Verbindungsglieder, die sich hier und in Moskau festgekrallt haben. Die Schuld der dezentralen Organe besteht nicht darin, daß sie nicht genug Beharrlichkeit aufbringen, wenn sie im Zentrum Fleisch für uns lockermachen, sondern darin, daß sie keine Konsequenz bei der Durchführung von Reformen gezeigt haben, die unserem Gebiet mit seinem beachtlichen Wirtschaftspotential eine normale Existenz gewährleisten könnten. Beim Bürgerforum ist genau darüber gesprochen worden. Vorerst aber überwiegt noch der Druck von der Basis gegen die Spitze und nicht der konstruktive Dialog.“

Das Kommandosystem der Leitung ist nicht, wie es hätte sein sollen, verdrängt worden, sondern es wurde zerstört. Die Aufschlüsselung von oben, also die Anweisung, wer was zu welchem Preis liefern soll, funktioniert oft nicht mehr, und einen Markt gibt es noch nicht. Besonders unerträglich ist diese Situation für solche Industriezentren wie Swerdlowsk. Der überwiegende Teil unserer Produktion wird nach einem unionsweiten Schlüssel aufgeteilt, und das, was wir selbst dringend brauchen, sollen wir dann vorwiegend über den Markt heranschaffen. Aber den gibt es, wie gesagt, nicht.

In einer solchen Situation sind führende Persönlichkeiten besonders wichtig. Unser Bobykin hier zum Beispiel, der 1. Sekretär des Gebietskomitees, fährt nach Moskau. Er war also bei Gorbatschow und bei Ryshkow, und beide haben versprochen zu helfen. Man muß sich aber auch selbst profilieren und neue Ideen entwickeln, und darf nicht immer nur aufs Zentrum verweisen. Das ist bisher bei uns noch nicht zu erkennen.

Sollten wir bei den bevorstehenden Wahlen tatsächlich nicht diejenigen wählen, die in der Sache radikale Veränderungen im Interesse der Bevölkerung vornehmen wollen? Keine voluntaristischen Maßnahmen wie die letzten Feldzüge gegen den Alkoholismus oder gegen nichterarbeitete Einkommen, sondern durchdachte Reformen, die von der Bevölkerung demokratisch gebilligt worden sind.

Wir haben keine demokratischen Traditionen. Für den Ural gilt das besonders. Hier herrscht seit langer Zeit ein eingefleischter Lokalpatriotismus, nach dem Motto: Wir sind die Stütze der Großmacht. Der Übergang von



Ökologie – eins der akutesten Probleme des Gebietes Swerdlowsk. Umweltschutzkundgebung in Nishny Tagil
Foto: A. Smechin (TASS)

dem, was war, zum Rechtsstaat ist schwer. Die meisten akzeptieren nicht, daß ein Gesetz eine per Abstimmung herbeigeführte Entscheidung überwiegt. Mit Abstimmungen kann man durchaus auch übereilte Entscheidungen herbeiführen, die einem dann später leid tun.

Nehmen wir nur das selbständige Engagement der Betriebe auf dem Auslandsmarkt. Eine notwendige und nützliche Angelegenheit. Da beschließt ein Arbeitskollektiv, seinen Stahl nicht gegen Technologie für die Herstellung von Sanitärtechnik zu verkaufen, wie das geplant war, sondern für Kosmetik und Damenstiefel. Dabei kommt dann heraus, daß wir unser Wohnungsbauprogramm nicht realisieren können, weil es nicht genug Klosettbecken gibt. Außerdem wird unser nationaler Reichtum vergeudet. Wenig später kommen dieselben Leute, die durchgesetzt haben, daß Stahl gegen Schminke getauscht wird, an und beschweren sich, warum wir sie nicht gestoppt haben. Deshalb bestehe ich auch so auf durchdachten und demokratisch herbeigeführten Entscheidungen. Es darf weder bürokratische Willkür noch eine Willkür der Masse geben.

Personalveränderungen sind genau so wichtig. Die führenden Kader in der Partei, in den Sowjets und in der Wirtschaft werden den neuen Anforderungen nicht mehr gerecht. Oft sind sie nicht willens, selbständig zu arbeiten. Kein Wunder, sie wurden alle nach einem anderen Prinzip ausgewählt. Wo nehmen wir neue Menschen mit Führungsqualitäten her? Eine Schmiede für solche Leute können durchaus auch die spontan entstandenen Initiativen sein. Dort gibt es echten Meinungsstreit, und das ist die beste Schule für zukünftige Manager. Zur Zeit überwiegen bei den Spontis oft noch persönliche Ambitionen. Sie glauben denen, die sich deftiger ausdrücken können, und hören ihnen besser zu. Das geht vorbei. Unsere führenden Genossen haben keine Ahnung, wie man mit der Bevölkerung, in der Menschenmenge redet. Sie fallen ab gegen die Informellen, und werden für sie leicht angreifbar.

Der Perestroika stehen harte Zeiten bevor. Wenn die Perestroika in der Partei noch länger auf sich warten läßt, dann wird sich das rächen. Ein Gorbatschow vorne ist zu wenig."

Die Meinung des Spontis

Boris Balansow hat das Wort. Er ist Dozent am Lehrstuhl für wissenschaftlichen Kommunismus (der sich in Zukunft offenbar in Fakultät für politische Soziologie umbenennen wird) und Parteimitglied, was ihn keineswegs daran hindert, sich aktiv in die spontane Bürgerbewegung zu stürzen.

„Die Bewegung 29. Dezember ist eine recht breite und offene Bewegung. Die Leute, die sich da engagieren, repräsentieren sich selbst. Es gibt keine normierte Stellvertretung, an die wir uns alle so gewöhnt haben.

Während und nach der Veranstaltung am 29. Dezember haben wir alle aufgerufen, an der Diskussion über Probleme unserer Stadt und über Lösungsmöglichkeiten teilzunehmen. Als erste haben darauf das Stadtkomitee des Komso mol und der Verbraucherverband „Garant“ reagiert. Danach kamen Delegierte aus Betrieben, Instituten und so weiter.

Anfangs zeichneten sich zwei Aufgaben ab. Wie können wir uns in die Kontrolle über die

Bereiche einschalten, die, wie zum Beispiel der Handel, besonders im Argen liegen? Nicht anstelle der Volkskontrolle, sondern zusammen mit ihr. Die zweite Aufgabe besteht darin, die Öffentlichkeit in die Diskussion über die Lage, ihre Ursachen und Folgen einzubeziehen. Deshalb haben wir auch das Bürgerforum gewählt.

Dieselben Probleme sind auch im Stadtparteikomitee erörtert worden. Von uns wurde keiner zu dem Plenum eingeladen. Dort wurden für unsere Begriffe verfälschte und engstirnige Einschätzungen verteilt. Uns wurde entweder der Wunsch angedichtet, unter Ausnutzung der Schwierigkeiten die Macht ergreifen oder uns nur auf die Kontrolle über den Handel beschränken zu wollen.

Hier zeigte sich, daß die Obrigkeit nicht bereit war, ernsthaft mit der Öffentlichkeit zusammenzuarbeiten, und nicht mit den Spontis, als die man uns immer noch bezeichnet.

Wir haben gleich am ersten Tag gesagt, daß es nicht um den Schnaps oder um die Wurst allein geht, sondern um die Krise im System der Leitung und der lokalen Machtausübung. Deshalb wollen wir die Öffentlichkeit darauf vorbereiten, im Verlauf der Wahlen eine Gegenmacht aufzubauen. Beim Forum ist darüber gesprochen worden, daß Funktionäre öffentlich bestätigt werden müssen, daß ein offener Wettbewerb um die Ämter der Vorsitzenden der Exekutivkomitees stattfinden muß und daß Arbeitsgruppen nach einzelnen Bereichen der Stadtwirtschaft gebildet werden sollen.

Genau das hat dem Stadtexekutivkomitee nicht gepaßt. Sobald sich im Stadtkomitee der Partei Menschen gefunden hatten, die zum konstruktiven Dialog bereit sind, versucht das nach dem Schrecken vom 29. Dezember wieder zu sich gekommene Stadtexekutivkomitee uns entweder die Initiative aus der Hand zu schlagen und den Inhalt der Bewegung auszuhöhlen, oder es gibt sich den Anschein, daß eigentlich gar nichts passiert ist und daß es während der Demonstration überhaupt keine Forderungen gegeben habe.

Dadurch erkläre ich mir auch, daß das Stadtexekutivkomitee zuerst vorhatte, mit uns zusammen das Bürgerforum durchzuführen, aber dann plötzlich eine eigene Parallelversammlung durchgezogen hat, die sich in nichts von einem der üblichen Partei- und Wirtschaftsaktivs unterschied. Dadurch haben sie einen Reifall erlitten, und auch wir hatten keinen vollen Erfolg.

Der Nachteil unserer führenden Funktionäre besteht darin, daß sie es für ihre Pflicht halten, nicht nur irgendwo mitzumachen, sondern unbedingt die Führung zu übernehmen. Das haben sie auch mit unserer Bewegung versucht. Wie will man aber eine Bewegung führen, wenn einem die Leute nicht vertrauen?

Die Suche nach Schuldigen

Nichts ist leichter als einen Schuldigen zu finden. Das sind immer die andern, bloß ich nicht. Die örtlichen Führungskader neigen dazu, Moskau, den Spontis, der Presse und den Genossenschaftlern die Schuld zu geben. Es ist mir nicht geglückt, mit Leonid Bobykin, dem 1. Sekretär des Gebietskomitees der KPdSU, zusammenzutreffen. Wenn man sich jedoch seine Redebeiträge durchliest, merkt man, daß er genau diesen Standpunkt einnimmt. Neun von zehn Swerdlowsker Bürgern denken den

Ergebnissen der Umfrage zufolge anders. Für sie sind die örtlichen Machthaber die Hauptschuldigen. Nicht immer und unbedingt hat die Mehrheit recht, manchmal ist auch das Gegenteil der Fall, dennoch sollte man die Stimmung der Bevölkerung immer in Erwägung ziehen.

Hier sei unumwunden festgestellt, daß es schwerwiegende Gründe für eine Schuldzuweisung an das Zentrum und seine Politik gibt. Immerhin ist es nicht auf den Willen und die eigene Kraft des Gebiets zurückzuführen, daß hier ein riesiges aber einseitiges Industriepotential geschaffen wurde. Dem Bruttonationalprodukt von jährlich 31 Milliarden Rubeln und einem Gewinnzuwachs von 6 Milliarden Rubeln nach liegt das Gebiet Swerdlowsk in Rußland an 2. Stelle. Mehr als fünf Sechstel entfallen davon auf Maschinenbau, Rüstung, Erzförderung und Metallurgie, also auf die Schwerindustrie. Ganze 13,8 Prozent der Industrieproduktion werden von Nahrungsmitteln, Kleidung, Möbeln und anderen Waren des täglichen Bedarfs absorbiert. Seiner Ausstattung mit Sozialeinrichtungen nach belegt das Gebiet Swerdlowsk den 40. bis 50. Platz in der RSFSR.

Die Bürger von Swerdlowsk bezeichnen so etwas als regionale Ungerechtigkeit, und die wurde in letzter Zeit besonders spürbar, als hier die territoriale wirtschaftliche Rechnungsführung Einzug hielt. Swerdlowsk erfüllt zwar seine Verpflichtungen in Hinsicht auf die Lieferung von Erzeugnissen der Schwerindustrie, bekommt dafür aber keine vertraglich zugesicherten Gegenleistungen in Form von Konsumgütern. Die Schuld des Zentrums liegt auf der Hand. Es gibt keinen effektiven ökonomischen Mechanismus für interregionalen Austausch, keine wirksamen Hebel, welche die Produzenten von Lebensmitteln etwa dazu anregen würden, ihre Planlieferungen zu erfüllen.

Sind aber daran, daß der letztjährige Plan für den Bau von Wohnungen, Krankenhäusern, Schulen und Kindergärten geplatzt ist, auch Moskau, die Spontis, Journalisten oder Genossenschaftler schuld?

Wem soll man anlasten, daß bei akutestem Fleischmangel in Swerdlowsk (dieses Nahrungsmittel ist dort schon seit langer Zeit selbst auf Bezugsscheine nicht mehr zu bekommen) die Fleischkombinate am Ort von der Bevölkerung keine Ferkel mehr annehmen?

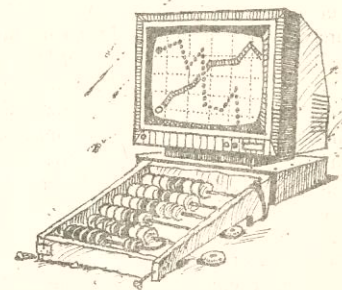
Im Prinzip haben meine Gesprächspartner unter den führenden Stadtfunktionären zugegeben, daß sie hier und da zwar immer noch Fehler machen, aber in allen konkreten Fällen, die angesprochen wurden, haben sie ihre Schuld nicht eingesehen.

Von grundlegender Bedeutung ist, daß es andere Meinungen gibt und diese auch ausgesprochen werden. Ich hoffe, daß Swerdlowsk ein für allemal aufgehört hat, die Stadt der vorzeigbaren Einmütigkeit zu sein, die man anderen als Beispiel vorsetzt. Im Namen der Arbeiterklasse vom Ural, deren Verdienste um das Land tatsächlich maßlos sind, wurden Dinge ausgesprochen, deren man sich jetzt nur noch schämen kann. Die Menschen wollen sie selbst sein, sich ihre eigenen Gedanken machen, wollen unterschiedlich denken. Dieser Prozeß, bei dem sich Pluralismus herausbildet, ist unbedingt positiv. Er kann aber gefährlich werden, wenn die ökonomische und soziale Umwelt sich weiterhin zum Schlechteren wendet.

Alexander Guber

Wahre und frisierte Zahlen

Das Staatskomitee für Statistik veröffentlichte die Ergebnisse der ökonomischen Entwicklung der UdSSR für 1989. Leider unterscheiden sie sich deutlich von unseren Empfindungen



Zunächst erfolgt eine allgemeine Wertung der Lage. In welcher Situation befand sich unsere Wirtschaft 1989? Urteilt man nach ausgewählten Meinungen von Bürgern und nach den Ladentischen, die seit dem Krieg nie so leer waren, dann befinden wir uns in einer tiefen Krise. Aus den Geschäften ist alles verschwunden: Seife und Fleisch, Fernseher und Möbel. Selbst Salz und Streichhölzer sind an einigen Orten zum Problem geworden. Die Regierung aber meldet etwas anderes: „Die Entwicklungsdynamik der Wirtschaft ist zurückgegangen“. Im vergangenen Jahr konnte ein Zuwachs des Bruttonationalprodukts (real berechnet, unter Berücksichtigung des Preisanstiegs) um 3 % festgestellt werden. Hier muß gleich gesagt werden, daß, sollte diese Zahl der Wahrheit entsprechen, so manches kapitalistische Industrieland auf diesen „Rückgang der Entwicklungsdynamik“ neidisch sein könnte, das in „schlechten“ Jahren an Null- und negatives Wachstum gewöhnt war. Wenn man dem Staatskomitee für Statistik Glauben schenkt, dann konnten wir uns 1989 etwas reicher fühlen. Bei uns ist die Arbeitsproduktivität gestiegen, hat sich die Anzahl der Konsumgüter erhöht und die soziale Orientierung unseres Budgets verstärkt.

Mehr noch: „Realisiert wurden die für das Jahr vorgesehenen zentralen Maßnahmen zur Erhöhung des Volkswohlstandes.“ Ein Beispiel? Bei-

spielsweise wurde weniger Wohnraum übergeben. Im Plan war die Übergabe von 134,2 Millionen Quadratmetern Wohnfläche vorgesehen, übergeben wurden jedoch nur 128,1 Millionen. Das Wachstum der Umsatzsteuer übertraf das Wachstum des Warenumsatzes. Die Geldemission überstieg den Vorjahresumfang um 56 % und betrug über 18 Milliarden Rubel, was unsere früheren Sparguthaben und gegenwärtigen Einkünfte weiter entwertet und das Problem des Waren- und Dienstleistungsdefizits noch mehr verschärft. Unter Berücksichtigung der „verdeckten Inflation“ (infolge der Geldpolitik des Finanzministeriums) hat die Inflationsrate im Konsumtionsbereich 7,5 % erreicht.

Was meint die Regierung damit, wenn sie von der Realisierung der für das Jahr vorgesehenen zentralen Maßnahmen zur Erhöhung unseres Wohlstandes spricht? Will sie vielleicht damit sagen, daß die Entwertung unserer Spareinlagen deshalb „gesetzlich“ war, weil zu viel Geld angehäuft wurde, das nicht mit Waren abgedeckt werden kann? Oder meint sie vielleicht, daß die grassierende Krise bei den Wohnungen nicht zu den Kennziffern des Wachstums des Volkswohlstandes gehört? Vielleicht bezieht sich das auf die angeführten Kennzahlen für den nominellen Lohnzuwachs der Arbeiter, Angestellten und Kolchosbauern, der 9 % beträgt?

Die statistische Rechenschaft der Regierung will uns davon überzeugen, daß sich 1989 der allgemeine Aufschwung im Land, wenn auch im Vergleich zum Vorjahr mit verzögertem Tempo, fortgesetzt hat. Es wurden 7 % mehr Konsumgüter produziert. Ebenfalls stiegen die Herstellungsquoten bei Fernsehern, Kühlschränken, Radiogeräten, Tonbandgeräten, Videorecordern, Waschmaschinen, Staubsaugern, Möbeln, Geschirr, Waschpulver, Süßwaren und alkoholischen Getränken. Nur die Produktion von Nähmaschinen und PKW ist etwas zurückgegangen, was aber nicht sehr ins Gewicht fällt und vom allgemeinen Zuwachs des Warenumsatzes ausgeglichen wird. An dieser Stelle sei die Frage gestattet: Wo sind die Warteschlangen nach den sogenannten Langzeitgütern hin? 1988 konnte man diese Waren, wenn auch mit langen Wartezeiten, noch in den Geschäften kaufen. 1989 haben sich nicht nur die Ladentische hoffnungslos geleert, sondern auch die Lagerräume, wodurch logischerweise die Warteschlangen beseitigt wurden.

Man kann nur Vermutungen darüber anstellen, was hinter diesen „Wachstumsziffern“ steht. Entweder verschwinden die produzierten Waren nach dem Westen (oder nach dem Osten) oder aber die beruhigenden Zahlen des Staatskomitees für Stati-

stik sind nach wie vor „frisirt“.

Wie kommt es, daß trotz der Erhöhung des Warenumsatzes um 8 % und des Imports sogar um 19 % unsere Ladentische so hoffnungslos leer sind? Eine Erklärung dafür gibt es. Bei den genannten Warenarten wurde der Staatsplan nicht erfüllt. Die Gründe? Ein altbekannter Grund: schlechte Arbeitsdisziplin und Bummellei. Und ein neuer Grund: Streiks. Ihr habt gestreikt? Dann beschwert euch nicht!

Welche Lehren hat die Regierung aus der Analyse der wirtschaftlichen Situation des vergangenen Jahres gezogen? „Nur gewissenhafte und hocheffektive Arbeit kann ein Unterpfand für die erfolgreiche Erfüllung der hochgestellten Aufgaben von 1990 sein und die materiellen Voraussetzungen für die effektive Entwicklung des Landes im 13. Fünfjahrplan schaffen.“ Das aber haben wir im Verlaufe der letzten 70 Jahre immer wieder zu hören bekommen!

Gleichzeitig hört man nichts mehr von irgendwelchen Hebeln der Wirtschaftsreform, der Überwindung des Planungs zentralismus und Monopolismus. Darin besteht offenbar die Hinterlist der Mitteilungen des Staatskomitees für Statistik.

Larissa Pijaschewa

Generation nach Sotheby's

Generationswechsel in der sowjetischen Avantgardekunst. Soz-Art gehört der Vergangenheit an. Was kommt als nächstes?

Als Begriff ist Soz-Art, die avantgardistische Parodie auf den sozialistischen Realismus, in der sowjetischen Presse nicht besonders behandelt worden und macht eine Erklärung erforderlich. Allerdings läßt sich so etwas immer besser zeigen als beschreiben. Die rote Parole „Ruhm der KPdSU!“ vor himmelblauem Hintergrund ist die Soz-Art eines Erik Bulatow.

Das Gemälde „Stalin mit Muse“ im Stil Raphaels ist die Soz-Art von Vitali Komar und Alexander Melamid. „Sowjetmenschen“ in Gips sind die Soz-Art von Grigori Bruskin. Eine Bildgraphik, die zeigt, wie die Müllentsorgung in einer Kommunalwohnung abläuft, ist die Soz-Art von Ilja Kabakow.

Diese Kunst entstand während der Stagnationsjahre im Untergrund. Sie kann ohne weiteres mit Dissidententum gleichgesetzt werden. Allerdings tarnt sich die politische Opposition hier hinter ins Absurde überzogener Orthodoxie. Der ketzerische Sinn der Soz-Art springt sofort ins Auge und bedarf keiner Interpretation. Soz-Art ist das Antikind des totalitären Systems in der Kunst. Gleichzeitig ist Soz-Art die beste Erfindung der sowjetischen Nachkriegs-Avantgarde. Deshalb stand sie auch in den letzten zwei Jahren im Brennpunkt der allgemeinen Aufmerksamkeit. Im sowjetischen Kunstbetrieb genießt sie eine Monopolstellung. Unter dem großen Getöse, das nach der Sotheby's-Auktion 1988 in Moskau um Soz-Art veranstaltet wurde, verlief gewissermaßen noch eine große, über zwei Jahre sich hinziehende Auktion, bei der die Soz-Art vollends unter den Hammer kam. Während dieser Versteigerung bildete sich ein kommerzieller Standard für Soz-Art heraus, hinter den heutzutage nur noch jemand zurückfallen kann, der riskieren will, auf dem Weltmarkt eroberte Stellungen einzubüßen. Soz-Art wurde zur Kommerzkunst. Für die Avantgarde ist sie damit gestorben. Die Entwicklung der Kunst verlief auf Umwegen, abseits vom Hauptstrom. Inzwischen hat sich eine neue, noch nicht für alle sichtbare **post-Sotheby's-Generation** formiert, eine sowjetische Avantgarde nach der Soz-Art.

Sie stellt gleichsam eine Unterströmung der sowjetischen Avantgarde dar, einen neuen Underground, unsichtbare Kraftfelder, auf denen zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Erneuerung der Kunst stattfindet. Früher war Soz-Art diese Unterströmung. Heute ist sie an die Oberfläche gespült worden. In der Tiefe aber entstehen wieder neue Strömungen.

Eine dieser neuen Unterströmungen ist die Wrubel-Galerie, eine Wohnungsausstellung der drei Moskauer Avantgardisten Dmitri Wrubel, Nina Kerzelli und Alexander Dshikija. Diese Galerie steht in der alten Tradition der Moskauer Wohnungsausstellungen, die nur Künstlern und der Presse zugänglich sind. Sie ist so etwas wie ein Labor für neue Avantgardekunst, die eine neue Theorie und Mentalität der sowjetischen Avantgarde nach der Perestroika gebären will.

„Kunst ist wie ein Baum“, sagt Dmitri Wrubel. „Man kann nie wissen, wohin sie jetzt wieder ausschlagen wird.“

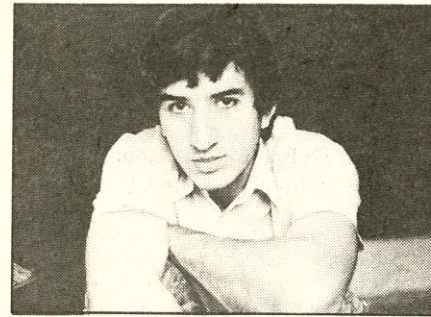
Der neuen Galerie gingen mehrere Jahre voraus, in denen diese drei Künstler in der Soz-Art brodelten und auf ihrem Wellenkamm ritten. Man kann ohne weiteres sagen, daß sie die Schule der Soz-Art durchlaufen und sich von ihr gelöst haben, um heute in entgegengesetzter Richtung weiterzugehen. Wrubel, Kerzelli und Dshikija sind typische Vertreter der sogenannten post-Sotheby's-Generation. Diese Künstlergeneration wurde Liebling und Opfer der Perestroika, indem sie von sowjetischer Ideologie und westlichem Markt in die Zange genommen wurde. Die post-Sotheby's-Kunst muß sich zwischen einem neuen Offiziosum und chronischer Exportkunst entscheiden. Aus dieser doppelten Versuchung entstand auch die neue, gegen die Soz-Art gerichtete Opposition.

Das Entscheidende, was diese neue Generation ausmacht, ist ihre Einstellung zur Politik. Soz-Art ist politische Kunst. Als die Gesellschaft noch im Schnürkorsett der Ideologie steckte, hatte Soz-Art die Rolle der politischen Opposition übernommen. Das brachte ihr internationale Anerkennung ein und hat sich inzwischen schon wieder gegen sie gekehrt. Nachdem die Politiker wieder Politik machten, hatte die Kunst auf diesem Feld nichts mehr zu suchen. Die neue Avantgarde in der UdSSR kehrt der Politik den Rücken, und die Soz-Art verkommt zum politischen Witz.

„Soz-Art ist als Reaktion auf die Außenseite des sowjetischen Systems entstanden. Für diese ist der rote Stern das Symbol der Sowjetmacht. Für uns ist ein roter Stern ein schöner Gegenstand. Es gibt kein ‚sowjetisches‘ Leben. Es gibt einfach nur Leben“, sagt Dmitri Wrubel. „Stellen wir uns einmal die Kremlmauer vor. Vereinfacht könnte man sagen, daß sie für die einen das Reich des Bösen symbolisiert. Für andere ist sie das Bollwerk des Kommunismus. Für uns ist sie eine Mauer aus roten Ziegeln. Politik sollte von Politikern gemacht werden.“

Einer der wesentlichen Gründe für die Entideologisierung der sowjetischen Avantgarde ist ihre Konfrontation mit den Realitäten des westlichen Kunstmarktes. Sowjetische Avantgardisten im Untergrund lebten über Generationen mit dem Mythos eines freien, eines von jeder Ideologie freien Marktes im Westen. Dann stellte sich heraus, daß Ideologie und Markt ein und dasselbe sind. Auch Konformismus und Nonkonformismus sind ein und dasselbe. Die sowjetische Avantgarde kam auf den westlichen Markt, als die Sowjetunion gerade „in“ war. Hier sagt man ihnen: Mal die Perestroika! Dort sagt man ihnen ebenfalls: Mal die Perestroika! Eine Alternative dazu gibt es also nicht für unsere Kunst?

Die neue avantgardistische Welle in der UdSSR flutet bereits als Opposition wider den Westmarkt, seine Erwartungen und kommerziellen Gepflogenheiten an.



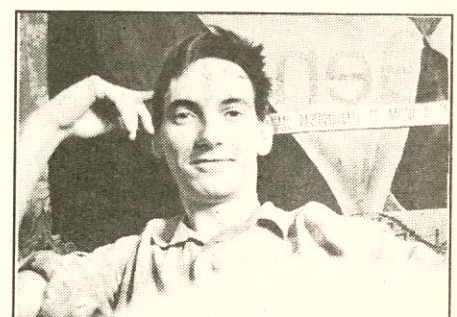
Alexander Dshikija, Nina Kerzelli, Dmitri Wrubel: „Wir befassen uns mit dem Leben“

„Heute macht die Soz-Art, was sich auf dem Markt verkaufen läßt“, sagt Nina Kerzelli. „Wir aber wollen uns selbst auf den Markt stellen und rufen: Kauft unser Leben!“

Kunst und Leben ist das Dilemma, welches Soz-Art und neuer Underground auf widersprüchliche Weise für sich lösen. „Wir beschäftigen uns mit einer sehr kalten, vom Leben losgerissenen Angelegenheit“, sagte einst die Soz-Art-Koryphäe Dmitri Prigow. „Wir machen keine Kunst mehr. Wir machen Leben“, hält Alexander Dshikija dem entgegen. Für die Soz-Art war subjektive Kunst immer verpönt. Seinerzeit wurden die Bilder von Dmitri Wrubel nicht in die „Ermitage“-Vereinigung aufgenommen, als sie eine ihrer ersten legalen Ausstellungen des sowjetischen Untergrunds durchführte, weil sie zu psychologischer waren. Der Moskauer Klub der Avantgardisten und Konzeptionisten hat einen ungeschriebenen Kanon ausgebildet, der das sowjetische System abstrakt und emotionslos wahrnimmt, wie durch die Augen eines Ausländers, der seinen Blick über die Oberflächen des Lebens gleiten läßt. Damals war das die Schutzreaktion eines Künstlers auf den unerträglichen sozialen Druck. Mit der Zeit wurde daraus ein ästhetischer Kanon.

Die Angehörigen der neuen Generation haben diesen psychologischen Schutzmechanismus nicht. Für sie ist Psychologismus kein Tabu mehr. Sie erlauben sich, emotional, auf richtig zu sein. Wenn Soz-Art der Dialog eines liberalen Intellektuellen mit den Machthabern über politische Fragen im Beisein eines westlichen Korrespondenten war, ist die Avantgarde heute ein exhibitionistischer Monolog zum Thema „Mein Gott, warum bin ich bloß so!“ (Titel eines Bildes von Dmitri Wrubel).

„Ich brauchte fast gar keine hellen Gesichter mehr zu malen. Ich male das Gräßliche, das Ekelhafte, Phobien, Depressionen, Manien und Melancholien, ich male ‚Memorial‘ und ‚Pamjat‘, die Februar- und die Oktoberrevolution, 1917 und 1937. Im Schicksal meiner Heimat



finde ich den meinem eigenen Werdegang adäquaten Infantilismus, die Vaterlosigkeit, die Armut, die Schulverblödung, den Griff zur Flasche, die Hochzeitseuphorie und die heimliche oder offene Promiskuität, die Sehnsucht nach den Kindern, das sinnlose Gerede und die erleuchtenden Gespräche, die Onanie und die Gebete, nörgelnde Ausländer und unsere eigenen Leute. Geld, Erbarmlichkeit, Wodka, Religiosität, russische Seele, jüdischer Charakter, Liebe und Krawall. Ich habe Ligatschow, Jelzin, Lenin und die Kinder, Hitler und die Hausfrau im Herzen.“

Nach außen geht Soz-Art auf die europäische Kunst ein. Dagegen ist die neue Richtung eine Projektion der russisch-europäischen Seele nach innen.

„Den Konzeptionismus haben wir wie ein dünnes Häutchen durchstoßen“, sagt Dshikija, „und sind weitergegangen. Die Soz-Art-Leute sind irgendwie künstlich. Chlebnikow und Harms hatten damit nichts zu tun, da steckt Leben drin. Ihre Absurditäten sind genau so authentisch wie die Absurditäten eines Abzählreims. Die russischen Rindenbildchen des 19. Jahrhunderts sind für mich ein echter Aus-

druck russisch-europäischen Bewußtseins. ‚Wir beide sind drei ausgemachte Hornochsen‘. Sogar stand auf einem dieser Rindenbildchen geschrieben und hätte damals gut in jeder Bauernhütte hängen können. Das ist die ganze Tiefe der russischen Absurdität. Kann der Mann von der Straße so was heute verstehen?“

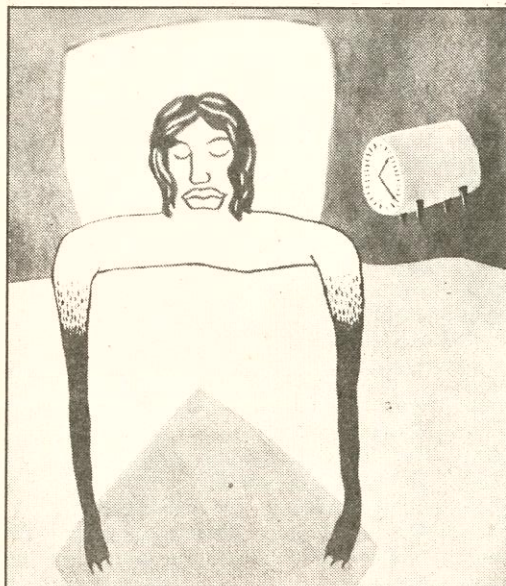
Auf einem ihrer Bilder hat Nina Kerzelli sich mit Hörnern gemalt. Ihr Credo ist, andauernd Dinge über sich selbst auszusprechen, über die man üblicherweise nicht spricht. Von diesen drei Malern ist sie diejenige, die sich am radikalsten von der sozialen ab- und zur existentiellen Problematik hingewandt hat. Ihre Malerei ist der Versuch, völlig vom Zeitgeschmack der modernen Kunst zu abstrahieren.

„In der großen Kunst ist es wie im großen Sport“, sagt Nina Kerzelli. Beim Marathonlauf sieht man sich ja auch nicht dauernd um und fragt: Wer läuft da neben mir? Man ist immer allein auf dem Weg. Lauf für dich selbst! Du weißt nur, daß du diese Entfernung selbst zurücklegen und ans Ziel kommen mußt.“



„Jedem das Seine“ A. Dshikija





„13. Nacht“ N. Kerzelli

Soz-Art hat sich in einer Zeit herausgebildet, als unser Land von der übrigen Welt kulturell völlig isoliert war. Möglicherweise war Soz-Art gerade deshalb nach Westen gewandt, weil man sich unterbewußt mit ihm vereinigen wollte. Die neue Generation empfindet sich von Anfang an als Teil der internationalen Avantgarde. Dabei fragt sich, als welcher Teil. Sie hat nicht die Absicht, den Europäer nachzuahmen. Sie will ihre eigene Spezifik begreifen. Alexander Dshikija: „Rußland ist Europas stille Bucht, wo sich überhaupt nichts abspielt. Können wir eigentlich auf offener See schwimmen?“ Nina Kerzelli: „In Rußland liegt alles in Trümmern. Heute sind das die Trümmer von Klöstern, die Trümmer der russischen Kultur. Später werden es die Trümmer von westlichen Fabriken sein.“ Dmitri Wrubel: „Unsere Kunst wird westlichen Standards nicht gerecht. Sie ist in der Form grob, nicht schön und irgendwie unfertig. Aber wir sind russische Maler. Das ist ein besonderer Zustand.“

Inzwischen wächst in der Avantgardekunst eine neue Richtung heran, die dem Zustand unserer Gesellschaft insgesamt entspricht. Politiker machen wieder Politik, Künstler machen wieder Kunst, und Kunst macht Leben. Der Vorteil der post-Sotheby's-Generation besteht darin, daß sie nicht mehr Untergrund im direkten Sinne dieses Wortes ist. Sie existiert legal und muß sich nicht mehr mit ihrem Selbstschutz herumschlagen. Sie hat jetzt Zugang sowohl zur Kultur als auch zum Markt und ist damit der Notwendigkeit enthoben, offene Türen einzurennen. Sie hat die Chance, sich als Bewegung im geistigen Leben und nicht nur in der Politik oder in der Ideologie zu behaupten. Der spannungsvolle Dialog mit der Soz-Art ist für diese neue Generation lebenswichtig. Die Soz-Art ist für die Avantgarde gestorben, ist in die Kunstgeschichte eingegangen. Die freigewordene ökologische Nische hat die neue Generation besetzt.

„Soz-Art ist ein Fehler, eine Dummheit, und zwar genauso wie all mein Nachdenken über sie fehlerhaft und dumm ist. Soz-Art ist ein gewollter und unechter Versuch, Hunderte von verschiedenen Künstlern und Tausende verschiedener Arbeiten zusammenzufassen. Diese Zusammenfassung ist eine ideologische Aktion, ein gelungener Versuch, Kunst für Politik auszugeben und die Kunst der wirklichen totalitären Politik entgegenzuhalten. Soz-Art ist der gelungene Versuch sich zu vereinigen, um zu überleben. Heute scheint mir, daß mir nichts mehr droht. Ich denke nur noch mit Unbehagen an die Zeit zurück, als mir jemand gesagt hat, daß er jetzt Soz-Art macht und ich vor Freude gestrahlt habe. Soz-Art war damals der Parnä, Sinn



„Wir bringen Wrubel um!“ (Ausschnitt aus dem Triptychon) D. Wrubel

und Ziel meines künstlerischen Werdegangs. Damals, heute nicht mehr.“ So lautet Dmitri Wrubels nostalgischer Abgesang auf Soz-Art.

Eine öffentliche Avantgarde-Ausstellung ist ein höchst seltenes und bemerkenswertes Ereignis, weil sich unter den Malern der ersten Garnitur die Tendenz durchsetzt, ihre Dinge abgeschlossen, im engen Kreis der Manager und überwiegend ausländischen Käufer zu

betreiben. Vor diesem Hintergrund ist die für die Öffentlichkeit zugängliche Ausstellung in der Galerie Wrubel schon fast ein Ereignis für die sowjetische Chronik. Zu besichtigen ist das ganze in der Redaktion der Zeitschrift „Dekoratiwnoje Iskusstwo“ in der Gorki-Straße.

Jelena Piwowarowa

Die Genossenschaft „WREMJA“

bietet Wohnungen und Zimmer in
Moskau für die Unterbringung sowjetischer und
ausländischer Bürger sowie für Vertretungen
ausländischer Firmen an, stellt hierfür ihre
Telefone und Telefax-Geräte zur Verfügung.

**Den ausländischen Gästen wird die einmalige Möglichkeit
geboten, Leben und Alltag einer sowjetischen
Familie kennenzulernen.**

Die Genossenschaft ist an der Bildung
von Gemeinschaftsunternehmen im Bereich
des internationalen Tourismus interessiert.

Auf gegenseitige Vereinbarung vertritt die Genossenschaft
Ihre Interessen bei der Vermarktung von Erzeugnissen und
Dienstleistungen in der Sowjetunion, organisiert Werbung in Fernsehen,
Rundfunk und Presse.

Angebote sind zu richten an:

Genossenschaft „WREMJA“, Strastnoi Bulwar 8

127412, Moskau, UdSSR

Telefax: 2293511

Telefone: 229 90 89, 229 11 69, 905 27 52



Bereits in einigen Zeitungen bin ich auf Leserbrief und Meinungen von Wirtschaftswissenschaftlern gestoßen, in denen zum Ausdruck kommt, daß man doch für einige kostenlose Dinge des Lebens Geld verlangen solle.

Zunächst mögen derartige Vorschläge ungewöhnlich erscheinen. Immerhin bedeuten sie einen Angriff auf die wichtigsten Errungenschaften des Sozialismus. Nehmen wir z. B. die kostenlose Hochschulausbildung. Voller Stolz nannten wir die Höhe der staatlichen Zuschüsse für diesen Bereich. Filme wurden gedreht, in denen weiträumige Hörsäle und helle Unterrichtsräume zu sehen sind. Sogar Lieder wurden zu diesem Thema verfaßt.

Neben der Propaganda gab es aber auch noch rationale Argumente. Das Bildungswesen wird aus dem gesellschaftlichen Konsumtionsfonds (GKF) finanziert, der als „Mittel, die vom sozialistischen Staat zur Entwicklung des kostenlosen Bildungs- und Gesundheitswesens sowie für die Zahlung von Stipendien bereitgestellt werden,“ definiert wird. Woher stammen aber diese Mittel? Sie sind ein „Teil des persönlichen Konsumtionsfonds im Sozialismus, über dessen Verteilung der Staat die Struktur der Ausgaben und der Konsumtion der Bevölkerung im Interesse einer möglichst schnellen An- und Ausgleiche der sozialökonomischen Lage der Mitglieder der Gesellschaft beeinflußt.“

Das scheint klar zu sein. Das kennen wir aus der Politökonomie, das haben wir auswendig gelernt und, wie es heißt, voller Befriedigung aufgenommen.

Was aber, wenn man nicht paukt, sondern nachdenkt? Mir ist beispielsweise nicht klar, wieso der Staat über einen Teil dessen verfügt, was mir für meinen eigenen Konsum zusteht. Und wie groß ist dieser Teil? Vergleicht man mein Gehalt mit dem eines Kollegen in Amerika oder Westeuropa, erkennt man leicht, daß es sich um beträchtliche Beträge handelt. Nicht nur bei uns, sondern überall fordert der Staat Abgaben in Form von Steuern, ebenfalls zu dem edlen Zweck der „Angleichung“, und behält einen Teil des von den Bürgern erarbeiteten Einkommens ein. Er weiß, wieviel und für welchen Zweck. Ich weiß es dagegen nicht. Irgend jemand verfügt da über meinen „persönlichen Konsumtionsfonds“ ohne mein Wissen, und ich soll außerdem noch dankbar sein für die Aufmerksamkeit, die meinem Geldbeutel zuteil wird.

Im selben Artikel, den ich bereits zitiert habe, heißt es weiter: „Der GKF wächst in einem schnelleren Tempo als der Arbeitslohn“. Man nimmt sogar an, man könne stolz darauf sein. Und warum bin ich dann nicht stolz, sondern ärgere mich über mein geringes Gehalt?



Wer zahlt...

Leonid Ionin

Der Leser soll mich nicht gleich als eingefleischten Egoisten und Feind des öffentlichen Wohls abstempeln, den lediglich der eigene Geldbeutel interessiert.

Im Gegenteil! Das öffentliche Wohl leidet darunter, daß der Staat so unverfroren mit meinem Geld umgeht.

Stellen wir uns einmal drei Schulabgänger vor: Peter, Maria und Alexander. Alle drei wollen studieren und bewerben sich. Peter allein wird immatrikuliert. Er wird Ingenieur, Abteilungsleiter, Betriebsdirektor usw. Maria wurde Verkäuferin, Alexander Kraftfahrer. Die beiden ahnen nicht einmal, daß sie sich an der Finanzierung von Peters Karriere beteiligt haben, denn ein Teil ihres „persönlichen Einkommens“ fließt ebenfalls in den GKF ein.

Über den GKF bezahlen jene, die nicht studieren, das Studium der anderen.

Das ist die allgemeine Lage. Man muß aber noch berücksichtigen, daß es nicht allein auf das Glück ankommt. Alexander hat als Sohn eines Traktoristen im Gegensatz zu Peter, der aus einer städtischen Intellektuellenfamilie stammt, nur geringe Chancen, einen Studienplatz zu bekommen. Das bezeugt die Statistik: Intellektuelle und Beamte reproduzieren sich auf Kosten von Arbeitern und Bauern

Angenommen, Alexander und Peter wurden immatrikuliert, und beide bekommen das gleiche Stipendium. Der Sohn des Bürgermeisters fährt mit dem Auto zur Hochschule, der Traktoristensohn muß sich dagegen nachts seinen Lebensunterhalt verdienen. Soziale Gerechtigkeit erster Güte, nicht wahr?

Es gibt noch mehr Paradoxa der kostenlosen Hochschulausbildung, aber genug davon. Aus dem Gesagten ist so schon ersichtlich, daß es mit der „Angleichung“ nicht klappt. Bestenfalls bleibt die Ungleichheit bestehen, schlimmstenfalls wird sie vertieft. Das passiert in dem Fall, da einer das verbraucht, was andere erarbeitet haben.

Eine solche Ungerechtigkeit verbirgt sich also hinter der Illusion der allgemeinen Gleichheit. Was tun? Es gibt viele Rezepte, darunter sehr verschiedene. Folgender Vorschlag: Eine kostenlose Ausbildung erhalten nur die Bedürftigen. Alle anderen müssen die Kosten selbst tragen, ganz oder teilweise, je nach materieller Lage der Familie. Das wäre wirklich ein Instrument zur „Angleichung der sozialökonomischen Lage der Mitglieder der Gesellschaft“.

Damit aber ein Mensch dem Staat die Ausbildung bezahlen kann, muß der Staat dem Menschen dessen Arbeit bezahlen. Der „persönliche Konsumtionsfonds“ steht der Persönlichkeit zu, nicht dem Staat. Und die Persönlichkeit muß selbst entscheiden, wofür sie ihr Geld ausgibt: für ein angenehmes Leben jetzt oder für eine erfolgreiche Zukunft. Und vor allem, für wessen Erfolg...

Die gesellschaftlichen Konsumtionsfonds, das wird jetzt offensichtlich, haben ihre Aufgabe nicht erfüllt. Sie waren für das Wohl aller gedacht, kommen aber oft nur wenigen zugute, am wenigsten den Bedürftigen. Das sieht man auch am Zustand unseres Gesundheitswesens und an der Verteilung unserer Wohnungen. In einem späteren „Tagebuch“ werde ich noch einmal auf dieses Thema zurückkommen. Wir kommen nicht drum herum, wenn wir uns darüber klar werden wollen, wer zahlt und wer die Musik bestellt.

Die Freiheit als Ziel

Karl Jaspers (1883–1969)

Alle Menschen fordern Gerechtigkeit und können heute bei erwachtem Bewußtsein ihren Anspruch begreifen, aussprechen und vertreten. Die Gerechtigkeit betrifft sowohl die Weise der Belastung mit Arbeit wie den Anteil an den verfügbaren Arbeitsprodukten.

Alle Menschen müssen mit den notwendigen Konsumgütern versorgt werden. Jeder Mensch hat Anspruch auf die Ermöglichung seines Daseins.

Diesen Forderungen kann sich heute niemand entziehen: Die Schwierigkeit liegt nicht in ihrer Berechtigung, sondern in der Weise ihrer Verwirklichung.

Sozialismus heißt heute jede Gesinnung und jede Tendenz und jeder Plan, die auf die Ordnung des Zusammenarbeitens und Zusammenlebens aller gehen unter dem Maßstab der Gerechtigkeit, unter Ablehnung von Privilegien. Sozialismus ist die universale Tendenz der gegenwärtigen Menschheit zu einer Organisation der Arbeit und des Anteils an dem Erarbeiteten zur Ermöglichung der Freiheit aller Menschen. Insofern ist heute fast jeder Sozialist. Sozialistische Forderungen finden sich bei allen Parteien. Sozialismus ist der Grundzug unseres Zeitalters.

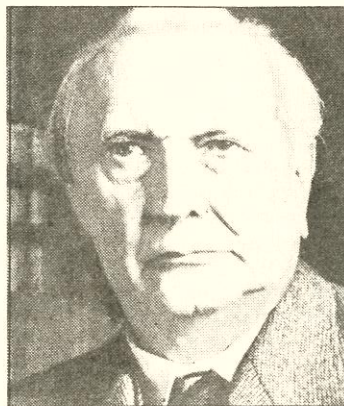
Das eben Gesagte aber ist viel zu wenig, um den wirklichen modernen Sozialismus zu bestimmen. Dieser denkt zwar aus dem Prinzip der Gerechtigkeit, aber in Gestalt des Marxismus (Kommunismus) zugleich aus einem Totalwissen von dem Gang der menschlichen Dinge. Die Verwirklichung des Kommunismus wird mit der Methode der historischen Dialektik vermeintlich wissenschaftlich als notwendig begriffen. Das eigene Tun des Kommunisten steht in der Gewißheit dieser Notwendigkeit, die er nur beschleunigt. Die Folge der Verwirklichung des Kommunismus aber ist nach Einsicht und Absicht seiner Gläubigen nicht bloß Gerechtigkeit der Ordnung für die Menschen, wie sie sind, sondern eine Verwandlung des Menschseins selber. Der Mensch wird aus der durch die Klassentrennung erlittenen Selbstentfremdung zu seinem eigentlichen Wesen in der klassenlosen Gesellschaft kommen mit einer nie dagewesenen Freiheit, geistiger Fruchtbarkeit, mit einem Glück der Harmonie in der Solidarität aller.

Der wissenschaftliche Kommunismus ist eine typisch moderne Erscheinung, sofern er das Heil des Menschen gründet auf Wissenschaft, wie er sie versteht. Er braucht nichts anderes.

Wie die Energie des sozialistischen Gedankens sich mit der Macht verbindet, sie gebraucht, ihr verfällt, ihrer Herr wird, das wird entscheidend für die Freiheit des Menschen in der Zukunft. Um die Freiheit in der Gerechtigkeit zu gewinnen, muß der Sozialismus sich mit den Kräften vereinigen, die den Menschen retten gegen die Gewalt, sowohl gegen die Willkür von Despoten wie gegen die Willkür von Massen in augenblicklichen Mehrheiten. Das ist von jeher nur durch Gesetzlichkeit geschehen.

Nur ein Sozialismus, der diese Prinzipien sich zu eigen macht, kann ein Sozialismus der Freiheit bleiben. Nur er wird konkret und menschlich; nur er vermeidet die Abstraktionen von Doktrinen, nach denen zu handeln den Weg zur Unfreiheit bedeutet; indem die Gerechtigkeit die Herrschaft aller fordert, bewirkt sie unversehens die Massenherrschaft in den Händen von Demagogen, die alsbald Despoten werden, alle zu Sklaven machen, ein Leben in Furcht begründen.

Schluß. Anfang s. NZ 5/90



Es ist der Weg, auf dem die wachsende Furcht der Despoten den Terror zu steigern zwingt, denn sie leben immer im Mißtrauen und durch ihr Handeln liefern sie alle dem Leben in Furcht und Mißtrauen aus, da jedermann ständig unter Bedrohung steht.

Die Macht, die des Sozialismus Herr würde, statt daß er sich ihrer bediente, wächst durch den im Sozialismus angelegten Grundzug der Planung, wenn sie zur Totalplanung führt.

Planung ist nur möglich durch Macht, Totalplanung nur durch absolute Macht. Solange die Gesetze beliebige Akkumulation von Kapital gestatten, ist die Monopolbildung möglich, die zur Macht über die Konsumenten und ebenso über die Arbeiter und Angestellten der mono-

polisierten Unternehmungen führt, weil im Felde der betreffenden Arbeitsmöglichkeit kein außerhalb mehr ist: Kündigung bedeutet Vernichtung. Totalplanung ist nur durch den Staat möglich, und zwar nur durch einen Staat, der absolute Macht hat oder durch seine Totalplanung gewinnt, unendlich überlegen der Macht eines jeden Monopols in kapitalistischer Wirtschaft, eine Macht von einem Umfang und einer Ausschließlichkeit in der Einbeziehung des privaten Lebens, wie sie in der Geschichte noch nicht da war.

Die modernen Planungen begannen in der Wirtschaft und haben dort auch heute ihr eigentliches Feld. Die Herkunft der Planwirtschaft lag in der Not. Das menschliche Zusammenwirken in der Wirtschaft entstand zunächst ohne Plan im Ganzen. Plan erwuchs der Situation des Unheils, einer Gefährdung des Arbeitsprozesses und des ganzen Unternehmens.

Der Gegensatz der nunmehr sichtbaren Möglichkeiten sieht im Schema so aus: Das im Ganzen planlose, in Grenzen vernünftige Fortschreiten der alle bereichernden Weltwirtschaft durch Verkehr auf dem freien Markt setzt als Bedingung den Weltfrieden voraus und hat den Frieden als Ziel. — Der im Ganzen planende, scheinbar vernünftige, aber faktisch mit wachsender Armut einhergehende, den Verkehr unterbrechende oder unter Staatsaufsicht stellende, nur das eigene augenblickliche Interesse des einzelnen Staats zum Maß nehmende Zwang ist die Folge der Weltkriege und hat seinerseits die Tendenz zu neuen Kriegen.

In der Not etwa des Krieges oder einer Naturkatastrophe ist Totalplanung zur Beschaffung und Verteilung der Lebensmittel offenbar das einzige Mittel, den Mangel gerecht zu gestalten, indem alle ein wenig und gleich viel erhalten. Was hier sinnvoll für begrenzte Zwecke in einem abnormen Zustand getan wird, das wird übertragen auf die Gesamtheit der Wirtschaft, der Arbeit, der Produktion, der Versorgung und darüber hinaus auf das gesamte Dasein des Menschen. Die Form der Mangelhilfe wird zur Form des Lebens überhaupt gemacht.

Die Forderung der Gerechtigkeit wendet sich gegen das Elend und schreiende Unrecht, das in der freien Verkehrswirtschaft des liberalen Zeitalters entstanden sei. Hier wirft man dem liberalen Grundgedanken vor, was im liberalistischen Denken in der Tat an unheilvollen Verwechslungen im Dienste egoistischer Interessen geschehen ist. Die liberalistische Theorie verwechselte, wie W. Lippmann zeigt, die Privilegien von Körperschaften (die man in der Tat abschaffen kann) mit Menschenrechten, die unantastbar sind, — sie verwechselte die nur begrenzte Immunität juristischer Personen mit der Unverletzlichkeit natürlicher Personen, — sie verwechselte den Besitz von Monopolen mit Privat-

eigentum. Der berechtigte Kampf gegen die Irrtümer liberalistischen Denkens darf nicht zum Kampf gegen die Liberalität selber werden.

Man stellt die Frage für die Wirtschaft: Marktwirtschaft oder Planwirtschaft? Was ist erfolgreicher: die Vernunft aller, die im Zusammenspiel freier Initiative, in der Konkurrenz, sich verwirklicht, oder die Vernunft einiger technischer Köpfe, die in Totalplanung das Glück aller verwirklichen? Ist das Risiko auf dem Markt und die Entscheidung im Wettstreit vorzuziehen, oder die Lenkung durch Auftrag und Zuteilung von Arbeit und Gewinn seitens einer Bürokratie?

Bei freier Konkurrenz kann jemand seine Produktion, seine Leistungen, Gedanken, Schöpfungen zur Geltung bringen, wenn er ein Publikum dafür findet. Statt Eintönigkeit gibt es unendliche Fülle. In der Konkurrenz entwickelt sich der Ansporn. Der Agon führt jederzeit zu den höchstmöglichen Leistungen.

Die Diskussion über die Frage findet zwar zunächst auf wirtschaftlichem Gebiet statt. Hier bedeutet Totalplanung Ausschaltung des Marktes zugunsten statistischer Errechnung und Bestimmung der Arbeit, der Produktion und Verteilung nach dem Wissen der dafür angestellten Personen, nach deren Zwecken und Geschmack.

Aber vom Wirtschaftlichen her geht offenbar die Totalplanung indirekt auf die Lenkung des gesamten menschlichen Lebens bis in die Welt geistigen Schaffens, die mehr als andere Tätigkeit auf freieste Initiative Einzelner angewiesen ist und bei jeder geplanten Lenkung erstickt. In der liberalen Welt konnte selbst Wilhelms II. Geschmack eine im Grunde private, wenn auch durch Geldmittel und willfährige Staatsorgane aufgeblähte Realität sein innerhalb eines viel umfassenderen, davon unbetroffenen geistigen Lebens, von dem her jene Leerheiten verachtet oder verlacht wurden. In der totalitären Welt aber bestimmte Hitlers Geschmack, wer überhaupt malen durfte und wer nicht.

Es hört auf die Freiheit der Individuen in der Wahl dessen, was sie für ihre Bedürfnisse vorziehen; es hören auf die Mannigfaltigkeit des Angebots und die Chancen für Versuche, ob etwas irgendwelchen Menschen gefällt.

Statt der Menschen entscheiden über das, was geistig wachsen soll, bürokratische Köpfe.

Wer die wirtschaftliche Freiheit will im Vertrauen auf den Gang der Dinge bei Erweckung aller menschlichen Kräfte durch Konkurrenz, der fordert immer weiter zu gehen in der Aufhebung der Fesseln, der Öffnung der Staatsgrenzen, der Herbeiführung des universalen freien Weltverkehrs. Er macht sich ein Bild der möglichen Zukunft, in der die Bürokratie abnimmt.

Wer angesichts der Unordnung, der unberechenbaren Wirtschaftskrisen, der Vergeudung von Arbeitskraft und Überproduktion, der steril werdenden Konkurrenz, des Unheils der Arbeitslosigkeit und des Hungers bei technischer Möglichkeit zum Reichtum durch Totalplanung das Heil erhofft, der fordert, immer weiter zu gehen in der Konzentrierung der Macht, bis von einer Zentrale her alles gelenkt wird.

Gegen diese Alternative hat man gesagt: beide seien unrichtig, — das Wahre sei der mittlere Weg unter Ausschluß der Extreme. Aber es kommt doch auf eine Grundentscheidung an: welche der beiden Möglichkeiten den Vorrang hat. Nach der Grundentscheidung wird dann zwar der andere Standpunkt als untergeordneter aufgenommen, jedoch so, daß er seine Totalität verliert.

In der freien Marktwirtschaft ist kein Weg zu beschreiten ohne auch weitgehende Planung, — aber diese ist dann

begrenzt, — und in den Plan ist aufgenommen das Gehenlassen und dann das Wiederherstellen der Bedingungen, unter denen eine Konkurrenz als Methode der Auslese und Bestätigung übrigbleibt. Das Planen des Nichtplanens schafft Rahmen und Möglichkeiten durch Gesetze.

Die Frage ist — unter Voraussetzung eines mit Produktionsmitteln reich ausgestatteten im Unterschied vom Mangelzustand eines kriegszerstörten Landes —, wo und wie weit Planung durch Wirtschaftsführung größter Organisationen sinnvoll wird.

Die Totalplanung: Sie entbehrt den Antrieb des Menschen durch den Wettstreit, sucht daher solchen Wettstreit etwa durch Leistungswettkämpfe herzustellen. Aber der Grundsatz des freien Agons fällt weg. Der Richter ist bestellt, Entscheidung erfolgt nicht aus dem Wesen der Sache durch verlässliche Kundige. Gewisse Eigenschaften, die mit der Sache wenig zu tun haben, gewinnen den Vorzug bei der Auswahl. Initiative soll erregt werden, bleibt aber unter Bedingungen doch begrenzt.

Die Richtung des Ganzen geht auf Verdrossenheit des Abarbeitens ohne Hoffnung auf einen eigenen Weg durch eigene Leistungen.

Wo Unternehmungen mit größeren Menschenmassen geordnet vor sich gehen, da

bedarf es der Bürokratie. Diese tritt daher immer auf, wo solche stattfinden. Sie wirkte im alten Ägypten, in den alten Weltreichen, im Normannenstaat Friedrichs II., nicht aber in der Polis. Die moderne Technik aber gibt der Organisation und Auswirkung der Bürokratie noch nicht dagewesene Möglichkeiten. Sie kann nun wirklich totalitär werden.

Bürokratie ist Herrschaft auf Grund von Reglements und von Anordnungen durch Beamte (Schreiber) in Büroräumen. Sie ist wie eine Maschinerie, aber sie verwirklicht sie durch Art und Gesinnung der Beamten.

Der ideale Beamte denkt wie ein Forscher fast ständig an seine Sache. Es leistet Gehorsam den Anordnungen in freiem Verstehen, bleibt gebunden an den Sinn der Sache für die Bürokratie, dient, lebt in den konkreten Situationen, für die er entscheiden muß, hat das Ethos, das bürokratische Tun auf das Unerläßliche einzuschränken.

Eine Stufe tiefer steht der dienstfeilige Beamte, der schon Lust an der Bürokratie als solcher hat, im Dienstfeier den Betrieb zu erweitern und zu komplizieren strebt.

Die dritte Stufe hat das Ethos — der Staatstreue, der Diensttreue, der verlässlichen Redlichkeit — verloren. Bestechlichkeit und Laune werden maßgebend. Eine Stimmung der Leere und Sinnlosigkeit bemächtigt sich des Beamten. Er wird träge, die Arbeit reduziert sich auf das Absitzen der Bürostunden. Wer eifriger arbeitet, gilt als Störenfried. Statt sich in die konkreten Sachen zu vertiefen, bleibt nur ein Abarbeiten. Die Schwierigkeiten werden erledigt, nicht gelöst. Alles wird zögernd getan, es wird hinausgeschoben, wird in eine Atmosphäre der Unklarheit gebracht. Der Beamte genießt die Macht als ein im übrigen Ohnmächtiger, der in gewissen Zusammenhängen für einzelne Menschen eine schicksalsentscheidende Bedeutung hat. Die Stimmung der Öde wird künstlich galvanisiert durch Redensarten von Dienstpflicht, Allgemeininteresse, Gerechtigkeit. Aber der Mißmut tobt sich aus an Wehrlosen.

Sachlich läßt sich dieser Absturz der Bürokratie von einer ursprünglich sinnvollen, sich selbst in Schranken haltenden, von menschlichen Persönlichkeiten getragenen Herrschaftsform zum öden Apparat universeller Hemmung und Vergewaltigung auf folgende Weise charakterisieren: Bürokratie ist Mittel. Aber sie tendiert, sich zum Selbstzweck zu machen. Diese autonom gewordene Bürokratie hat dann statt des Ethos der

Politische
Gedanken
des
20.
Jahrhunderts

Selbstbeschränkung die Tendenz zur unbegrenzten Selbsterweiterung.

Dazu kommt dann die Interessensolidarität aller Beamten der Bürokratie. Der Apparat muß bestehen bleiben und sich erweitern, weil er für den Wert und die Geltung seiner Träger eine Lebensfrage ist.

Das ist möglich, weil der Apparat gerade durch die Komplizierung sich der öffentlichen Kontrolle entzieht. Er wird undurchsichtig, ist für die Kritik immer weniger erreichbar. Schließlich durchschaut ihn niemand mehr außer denen, die darin stehen, und auch diese nur für ihren Bereich. Er wird sowohl von seiten der Bevölkerung wie von seiten der obersten Regierungen unangreifbar. Er lebt aus der Interessensolidarität der Angestellten. Dieser Zustand bleibt selbst dann, wenn ein Diktator mit allen Mitteln des Terrors den Apparat zu seinem Werkzeug macht. Dann verwandelt sich zwar der Apparat in der Stimmung seiner Funktionäre, er wird ein Mittel zur Verwirklichung des Terrors. Aber dabei entwickelt sich auch das Begünstigen und Schädigen einzelner Menschen und Gruppen, ohne daß irgend jemand die absolute Macht hat. Durch die Teilnahme am Terror wächst der Apparat von neuem in seiner Autonomie. Sogar der Diktator, der befiehlt, muß sich der Interessensolidarität dieses Apparates fügen und seine durch ihn noch gesteigerte Korruption zulassen.

Von Planung als Problem ist erst dort die Rede, wo die Frage auftaucht: Soll Planung auf greifbare Einzelzwecke begrenzt werden und der Gang der Dinge im Ganzen dem freien Spiel der Kräfte überlassen bleiben, — oder soll durch einen Plan alles Tun für alle in Ordnung gebracht werden? Sollen wir uns auf endliche Planungen beschränken oder Totalplanung ergreifen?

Die entscheidende Frage ist: Gibt es eine Grenze dessen, was zu planen möglich und was mit Aussicht auf Erfolg zu planen unmöglich ist? Wenn es diese Grenze gibt, läßt sie sich bestimmen?

Totalplanung müßte sich notwendig stützen auf ein Totalwissen.

Aber das vorausgesetzte Totalwissen gibt es nicht. Das gilt schon für das Gebiet der Wirtschaft.

Sie im Ganzen kann kein Wille hervorbringen und keine Erkenntnis wissen. Wie wir organisches Leben pflegen, aber es durch Totaleingriffe zerstören, ohne es wiederherstellen zu können, so die von Menschen geschichtlich hervorgebrachte Daseinswelt. Eine praktisch unendliche Zahl von Faktoren bestimmt in einer blühenden Wirtschaft das Gedeihen. Kein Verstand kann sie in ihrer Gesamtheit berechnen. Die ökonomische Wissenschaft ist selber ein Mittel des Versuchens, kein System der Erkenntnis des Ganzen.

Die Neigung, trotz der Unmöglichkeit auf Totalplanungen auszugehen, hat nun vor allem zwei Quellen: das Vorbild der Technik und die Verführung vermeintlichen historischen Totalwissens.

Wo in der Technik Störungen auftreten, versucht man

durch zweckhafte Pläne sie zu beseitigen. Die technische Entwicklung selber erreicht Außerordentliches, um der durch Technik entstandenen Schäden wiederum durch Technik Herr zu werden. Die Maschinen werden verbessert, die Arbeitsbedingungen so günstig wie möglich gestaltet.

Da innerhalb des Technischen durch Planung so Außerordentliches erreicht wird, geht von hier aus der Weg in gedanklicher Unbesonnenheit vermöge der Faszination durch die Technik auf den Gedanken einer Technokratie — der Führung der Technik durch Technik selbst —, die alles Übel überwinden wird. Es ist der Wissenschaftsaber Glaube des universalen Machenkönnens, der auf den Weg der Totalplanung drängt.

Aber die Versuche, Technik durch Technik auf den Weg des Heils zu bringen, reichen nicht aus, müssen sogar verschlimmern. Am Ende wird der Teufel nicht durch Beelzebub ausgetrieben.

Der Neubau des menschlichen Daseins kann im Ganzen nicht geplant und eingerichtet werden.

den. Erstens: Jederzeit muß der Mensch leben, er kann nicht einen Augenblick aussetzen, um das Ganze von vorn anzufangen. Immer muß er von dem jeweils Sogewordenen ausgehen. Zweitens: Die Herrschaft über die Technik ist nicht durch Technik, die Überwindung nicht durch Technokratie zu erreichen, die vielmehr gerade die endgültige Nivellierung, Lähmung und Versklavung bedeuten würde.

Aus dieser geistigen Welt heraus ist das heute eine fast natürliche Täuschung, man könne die Geschichte im Ganzen erfassen. Dabei herrschen die ungefähren, sich nicht klärenden Vorstellungen: der Gesamtgang der Dinge ist notwendig, steht im Grunde schon fest, — man kann ihn, bei genügender Erforschung, in dieser Notwendigkeit erkennen, — aus dem Vergangenen folgt die Zukunft mit zwingender Notwendigkeit, — der Gang der Zukunft ist zu erschließen aus der Vergangenheit.

Der Fehler der Totalauffassung zeigt sich im monokausalen Denken der Zurückführung aller Dinge auf ein Prinzip, etwa durch die Verabsolutierung eines greifbaren Kausalfaktors (z. B. des wirtschaftlichen Faktors der Geschichte) oder durch die Totalisierung eines einzigen in seiner Substanz vermeintlich ergriffenen Prozesses (z. B. in der Dialektik des objektiven Geistes bei Hegel).

Die Aufgabe ist: Im Raum geschichtlicher Möglichkeiten zu leben, die offene Welt zu sehen: der Mensch steht darin und nicht darüber. Den Raum erhellen wir durch Entwürfe, durch das Spiel in sich konsequenter Entwicklungsbilder, durch den Versuch, aus den Realitäten der Gegenwart und Vergangenheit mannigfache Linien in die Zukunft zu ziehen. Aber solchen Bildern, Gedanken und Konstruktionen unterwerfen wir uns nicht. Sie sind Orientierungen und bleiben Fragen. Sie als Erkenntnis von Wirklichkeit zu nehmen, ist unheilvoll für die Wahrheit und für das Handeln. Nur im Offenhalten der Möglichkeiten bewahren wir uns den Sinn des Handelns im Partikularen.

Wenn es eine richtige Welteinrichtung nicht gibt, weder für mein Wissen noch als Tatsächlichkeit einer möglichen

Zukunft, so muß ich den unwillkürlichen Verstandesmaßstab der richtigen Welteinrichtung, der Vollendung, des begriffenen Ganzen fallenlassen.

Darum ist Offenheit für die Zukunft Bedingung der Freiheit, die Weite der Auffassung Bedingung für die Klarheit des gegenwärtigen Entschlusses. Aus der Erwägung der Möglichkeiten und Chancen sucht der Mensch die rechten Entschlüsse zu finden. Spekulation der Zukunft ist gerade nicht die Einsicht in eine eindeutige Notwendigkeit, sondern in einen offenen Raum von Möglichkeiten und Wahrscheinlichkeiten.

Der Sozialismus, der als Kommunismus im Enthusiasmus für das sicher zu gewinnende Heil der Menschheit in totaler Planung mit Gewalt die Gestaltung der Zukunft in die Hand nimmt, und der Sozialismus als

Idee schrittweiser Verwirklichung im Miteinander einer freien Demokratie sind einander fremd. Der erste verzehrt den sich ihm hingebenden Menschen in einem als Wissenschaft auftretenden Glauben und die Nichtgläubigen als ein verfügbares Material der Gewalt. Der zweite bezaubert nicht, lebt gegenwärtig, bedarf der Nüchternheit der Vernunft und der Menschlichkeit, der unablässigen Kommunikation.

Wenn der Sozialismus im Gange seiner Verwirklichung jeweils auf Grenzen stößt, kann nur die Ruhe der Vernunft helfen. So ist z. B. die Frage, wie weit die planmäßige Arbeitsorganisation jeweils gehen muß und kann und wie sie bei Überschreiten dieser Grenze die Freiheit vernichtet. So ist eine andere Frage, wie weit Gerechtigkeit durch Gleichheit, wie weit sie gerade durch den Unterschied der Aufgabe und der durch sie bestimmten Lebensführung bedingt ist. Gerechtigkeit ist nicht allein durch Quantität und Rechnen zu gewinnen. Darüber hinaus im Reich der qualitativen Verschiedenheiten ist sie eine ins Unendliche offene Aufgabe.

Man kann den Kommunismus im Unterschied vom Sozialismus charakterisieren als Verabsolutierung zunächst wahrer Tendenzen. Sie werden dann durch die Absolutheit fanatisch, verlieren in der Praxis die geschichtliche Fortgestaltung zugunsten nivellierender Einschmelzung.

Solange die sozialistischen Forderungen konkret vergegenwärtigt und durchdacht werden, gelten sie immer nur in Grenzen. Erst wo das Konkrete aus den Augen verloren, eine phantastische Glückswelt des Menschen als möglich vorausgesetzt wird, verwandeln sich die Forderungen in abstrakte und absolute. Sozialismus wird aus einer Idee zur Ideologie. Den Anspruch auf volle Verwirklichung führt in der Tat von ihrer Erfüllung ab. Auf dem Wege des Zwangs führt er in Sklaverei.

Die richtige Welteinrichtung gibt es nicht. Die Gerechtigkeit bleibt unendliche Aufgabe. Sie muß verfehlt werden in den gewaltsamen Fixierungen menschlichen Planens als vermeintlicher Herstellung der richtigen Welteinrichtung. Denn wenn die Freiheit aufhört, ist auch die Gerechtigkeit unmöglich.

Der Sozialismus sieht heute die große Aufgabe der gemein-

samen Befreiung aller durch Einrichtungen, in denen sie sich dem Notwendigen unterwerfen, aber so, daß sie damit ihre Freiheit steigern. Es ist eine außerordentliche Situation, in der ursprüngliche Gründungen im geschichtlichen Zusammenhang möglich scheinen, wie sie noch nicht da waren. Die Daseinsordnung ist die große ungelöste Aufgabe des Zeitalters. Der Sozialismus ist der Wortführer aller Tendenzen, die auf diese Ordnung gehen. Er wird seinem Ziele näher kommen in dem Maße, als er Einmütigkeit ohne Gewalt erzielt, schrittweise sich geschichtlich voranbewegt und nicht im Willen zu unmittelbarer totaler Verwirklichung in den Abgrund stürzt, in dem die Geschichte aufhören müßte, wenn nicht trotz allem auch dann der Mensch aus der Tiefe seines Wesens wieder neue Wege fände.

Wir wissen nicht, ob die politische Freiheit mit der sozialistischen Verwirklichung in der Welt wachsen, oder ob sie verlorengehen wird. Wer dem Übermut eines Totalwissens entsagt, der weiß nur dies, daß die Freiheit von selber weder kommt noch bleibt. Da sie

so ungeheuer gefährdet ist, kann sie nur gedeihen, wenn alle, die sie wollen, in Wort und Verhalten mit ihrem ganzen Wesen jederzeit für sie wirken. Gleichgültigkeit gegen Freiheit und Selbstgewißheit ihres Besitzes sind der Anfang, sie zu verlieren.

Die Idee der Freiheit gehört zur Wahrheit des Menschseins. Aber wir sehen die Kraft und Selbstsicherheit des anderen im Menschen, die Macht des unfreien Daseins. Wohl kann unser Verstand erschrecken und die Chance der Freiheit in trüben Augenblicken gering bewerten. Aber wenn wir uns unseres Menschseins erinnern, ist der Glaube wieder lebendig.

Es ist unheimlich, wie die Täuschung der Totalplanung, die nicht selten von offenbarem Idealismus getragen wird, den Menschen Schritt für Schritt durch sein Handeln tiefer in das hineinführt, was er gerade überwinden will, in Not, Unfreiheit, Gesetzlosigkeit. Das aber geschieht erst dann, wenn jene Grenze überschritten ist, wo sinnvolle in ruinöse Planung, partikulare in ihrer Ganzheit bestimmte in totale, im Ganzen unbestimmbare Planung umschlägt.

Wenn der Mensch das Ganze zu übersehen meint, statt in der Welt den konkret ergreifbaren Zielen zu folgen, dann ... verliert er den Bezug auf Transzendenz, — er legt sich Scheuklappen an, vermöge derer ihm die Erfahrung des Ursprungs und Grundes der Dinge verlorengeht zugunsten eines Scheins: der bloßen Bewegung in der Welt, — der Herstellung der richtigen Welteinrichtung für immer, — er verliert die Möglichkeit des Aufschwungs, weil er verfällt an einen Apparat von Terror und Despotie, — er vollzieht die Verkehrung aus scheinbar höchstem Idealismus des Menschheitsziels in die Unmenschlichkeit der Vergeudung von Menschenleben.

Kein totaler Plan wird ausreichende Hilfe schaffen. Die nicht restlos objektivierbare Kontrolle eines übergreifenden Gewissens muß verhindern, daß der Wille zum befreienden Neubau nicht immer tiefer in die Sklaverei führt.

Die richtige Welteinrichtung gibt es nicht. Die Gerechtigkeit bleibt unendliche Aufgabe

Es ist unheimlich, wie die Täuschung der Totalplanung... den Menschen... in Not, Unfreiheit, Gesetzlosigkeit... hineinführt



Nikolai Tutow, Volksdeputierter aus Orenburg und Mitglied des Komitees für Fragen der Streitkräfte und der Staatssicherheit des Obersten Sowjets der UdSSR, wurde zum Co-Vorsitzenden der sozialdemokratischen Assoziation (SDA) gewählt, deren Gründungskongreß kürzlich in Tallinn stattfand.

Der gelernte Ingenieur für Rundfunkelektronik war vor seiner Wahl zum Volksdeputierten Komsomolsekretär einer Militärflyereinheit. Was hat das KPdSU-Mitglied Tutow veranlaßt, sich in der sozialdemokratischen Bewegung zu engagieren?

„Das ist eine der wenigen Bewegungen des 20. Jahrhunderts, die weder zu einer Diktatur noch zu Gewalt geführt hat“, sagte Nikolai Tutow. „Die weiteste Praxis hat die Lebensfähigkeit der sozialdemokratischen Idee unter Beweis gestellt, die den demokratischen Sozialismus als Endziel betrachtet. Wir treten für Pluralismus und ausschließlich parlamentarische Methoden des politischen Kampfes ein, für das Primat der allgemeinmenschlichen Werte, für differenzierte Eigentumsformen, wobei das gesellschaftliche vorherrscht, für einen staatlich geregelten Markt und eine auf der Ware-Geld-Beziehung aufbauende Wirtschaft.“

Heute vereint die SDA, die sich auf das konföderative Prinzip gründet, die sozialdemokratischen Bewegungen der meisten

Unionsrepubliken. Die Assoziation eröffnete eine Schule in Tallinn und ein wissenschaftliches Zentrum in Moskau. Ihr Exekutivkomitee hat die Anschrift: Moskau, 1. Dubrowskaja ul. 1-1-17, Tel.: 276 69 65. Zu den nächstliegenden Plänen der Assoziation gehört die Herausgabe einer eigenen Zeitung und Zeitschrift.



Anatoli Jurkow, der Chefredakteur der neuen Zeitung „Rabotschaja tribuna“, behauptet, daß ein arbeitender Mensch nüchtern und klar jede beliebige Lebenssituation einschätzt und weder Falschheit noch Demagogie vertritt. Jurkow selbst hat als Dreher in einem Betrieb bei Moskau angefangen.

„Der nüchterne Blick für meine eigene Person und das, was ich tue, der mir im Werk anerzogen wurde, hat mir immer geholfen“, meinte Jurkow. Sowohl

beim Studium an der Fakultät für Journalistik der Lomonossow-Universität als auch bei der Stadtzeitung und beim Komsomolkomitee der Stadt Stupino, wo er als 1. Sekretär arbeitete. Der Journalismus blieb aber dennoch sein größter Traum. Als man ihm 1964 eine Anstellung bei der „Komsomolskaja prawda“ anbot, sagte er sofort zu. Die Arbeit bei dieser Jugendzeitung zusammen mit Menschen, die das Leben „ernst und bedin-

gungslos“ betrachteten, haben, seinen eigenen Worten zufolge, seinen Geschmack und seine Weltanschauung geformt. Danach folgten die Berufungen in die Redaktionen von „Sozialistischeskaja industrija“, „Trud“ und schließlich „Rabotschaja tribuna“ als Chefredakteur.

„Unsere Zeitung“, sagte Anatoli Jurkow, „soll die Interessen der Arbeitskollektive von Betrieben, Instituten und des Agrar-Industrie-Komplexes vertreten, verteidigen und in gewisser Hinsicht auch formieren. Wir wollen uns einen ehrlichen Überblick über die gegenwärtige Arbeiterbewegung verschaffen, z. B. über die Beziehungen zwischen der Arbeiterklasse und der Partei. Wenn die KPdSU eine Partei der Arbeiter ist, warum sind dann so wenig Vertreter dieser Klasse in den Leitungsorganen? Oder nehmen wir die Frage der wirtschaftlichen Selbständig-

keit: Ihre Lösung ist der Unterpfand für den Erfolg der Perestroika.“



Vor 10 Jahren schrieb **Wardwan Warshapetjan**: „O Herr, errette uns alle durch Liebe und trenne uns weder durch Sprache noch Blut!“ Seine Worte erwiesen sich als prophetisch, und das nationale Thema wurde zum wichtigsten im Schaffen des Schriftstellers.

1941 wurde er in Baschkirien geboren, wohin seine Familie aus Moskau evakuiert worden war. Wardwans Vater ist Armenier, ein Flüchtling aus der Türkei. Seine Mutter, eine einfache Bäuerin, ist Analphabetin und hat kein Buch ihres Sohnes jemals gelesen. Seine ersten Worte, „Mama, ich möchte Brot“, sprach der kleine Wardwan in der Sprache der Mordwinen, der dort ansässigen Völkerschaft, die der Familie halfen zu überleben. In seiner Kindheit sind also die Quellen dafür zu suchen, daß der Schriftsteller jegliche Unterteilung von Menschen nach ihrem Blut ablehnt.

Wardwan Warshapetjan ist Mitglied des Journalisten- und des Schriftstellerverbandes der UdSSR, wo man ihn auf Empfehlung von Bulat Okudshawa und Boris Wassiljew aufnahm. Bald erscheint sein fünftes Buch. Über sein Schicksal kann er sich also nicht beschweren. Wir machten uns am Fußgängertunnel auf dem Puschkinplatz in Moskau bekannt, wo der Schrift-

steller eines seiner Bücher verkauft, das er auf eigene Kosten herausgegeben hat. Es enthält fünf Erzählungen über berühmte Dichter der Vergangenheit.

„Als ich eine Erzählung über den römischen Dichter Ovid meinen Verlegern anbot, winkten sie ab: ‚Was für ein Ovid? Was für ein Rom? Schauen Sie nur, was ringsherum vorgeht!‘“

Da entschloß sich Wardwan, sein Buch selbst herauszugeben, denn er ist der festen Überzeugung, daß es das, was wir heute erleben, schon einmal gegeben hat. Der Begriff „Volksfeind“ wurde nämlich in Rom von Julius Cäsar geprägt. Aber, so meint der Schriftsteller, wir hätten nichts aus der Geschichte gelernt...

„Dichter sind die wahren Chronisten. Ein wahrer Dichter, selbst wenn es sich um einen schwachen Menschen handelt, ist einfach nicht in der Lage, in seinen Versen zu lügen.“

Inzwischen hat er auch eine Erzählung über den berühmten armenischen Dichter Grigore Narekazi geschrieben. Gegenwärtig bereitet er sich auf eine Reise nach Aserbaidschan vor, um Material über Nisami Gjandshewi, einen Dichter dieses Volkes, zu sammeln. Er will diese beiden Geschichten in einem Buch vereinen, das er in Baku, Jerewan und Moskau herausgeben will.

„Natürlich kann das Buch nicht diese beiden Völker miteinander aussöhnen. Ich hoffe aber, daß es einen Funken Liebe spenden wird.“

Der Amerikaner **Geoffrey Zeiger** aus Trenton, Direktor des kürzlich eröffneten sowjetisch-amerikanischen Restaurants „Tren Mos“, ist 24 Jahre alt. Als Geoffrey 13 Jahre alt wurde, meinte sein Vater, ein erfolgreicher Geschäftsmann aus New York, es sei an der Zeit, daß sein Sohn ins Familiengeschäft einsteige. So begann Geoffrey



als Tellerwäscher in einem Restaurant seines Vaters. Er besuchte weiter die Schule und arbeitete sich aufwärts über Kellner, Oberkellner bis zum Geschäftsführer. Mit 21 war Geoffrey soweit, ein eigenes Geschäft zu eröffnen.

Busineß in der Sowjetunion, das hat die Praxis bewiesen, ist etwas für außergewöhnliche Menschen. Unternehmerisches Talent allein ist hier noch keine Erfolgsgarantie, denn zu viele andere Umstände

haben Einfluß auf die kommerzielle Tätigkeit. In den Augen seiner Landsleute sah die Entscheidung, ein amerikanisches Restaurant in Moskau zu eröffnen, mehr als zweifelhaft aus.

„Als erstes habe ich mich in Moskau in ein Taxi gesetzt“, sagte Geoffrey, „und zum Fahrer gesagt, er solle mich durch Moskau fahren und dabei russisch sprechen. Ich wollte die Sprache lernen.“

Das adaptierte „Taxirus-sisch“ konnte zwar die Tiefen der Landessprache nicht ausschöpfen, doch schon einige Monate später war Geoffrey in der Lage, sich den Arbeitern, die das Gebäude renovierten, verständlich zu machen, was seiner Meinung nach die Arbeiten deutlich beschleunigte. Die Bezeichnung des Restaurants hat sich Zeiger selbst ausgedacht. Trenton und Moskau lieferten je eine Silbe für „Tren Mos“.



Nach Angaben ungarischer Wissenschaftler sind die nationalen Minderheiten in Ungarn (Rumänen, Deutsche, Slowaken und Slowenier) vom Aussterben bedroht, wenn nicht Sofortmaßnahmen ergriffen werden.

Die stellvertretende Vorsitzende der Nationalversammlung Ungarns **Maria Jakab Robertne** gehört zu jenen, die versuchen, ihrem Volk, in diesem Fall den ungarischen Slowaken, zu helfen, nationale

Probleme zu lösen und das ethnische Selbstbewußtsein zu bewahren. Sie ist außerdem Generalsekretärin des Demokratischen Bundes der ungarischen Slowaken. „Das Selbstbewußtsein der ungarischen Slowaken ist so sehr gesunken“, sagte sie, „daß sie es in einigen Fällen vorziehen, sich als Slowaken zu verleugnen.“ Bei Volkszählungen lassen sich viele als Ungarn registrieren und legen keinen Wert auf die Kenntnis slowakischer Dialekte.

Der Grund hierfür ist in einer fehlerhaften Staatspolitik und in der Gleichgültigkeit der Gesellschaft zu suchen. Die seinerzeit unglückliche administrative Gliederung hat zum Verschwinden vieler Dörfer ethnischer Minderheiten geführt. 1960 hat man die Schulen geschlossen, in denen der Unterricht in der jeweiligen Muttersprache gehalten wurde.

Jakab Robertne hat noch vor diesem Erlaß ihre Schulbildung in slowakisch erhalten. Später wurde sie Lehrerin. Hohe Gäste aus der Tschechoslowakei, mit denen sie dienstlich oft zu tun hat, wundern sich immer wieder über ihre hervorragende Kenntnis der slowakischen Sprache. Ihre Vorfahren waren vor 280 Jahren auf ungarischen Boden gekommen, sie selbst besuchte die Slowakei zum ersten Mal als sie 33 Jahre alt war.

Maria beschäftigt sich mit Fragen des Bildungswesens und des Gottesdienstes in slowakischer Sprache. Bislang, sagte sie, gäbe es mehr Versprechungen als reale Taten.

„Wir sind gezwungen, um alles bei der Staatskasse, bei der Regierung und der Nationalversammlung zu betteln. Das einzige Argument, das auf die Führer und Politiker Ungarns stets wirkt, lautet: ‚Wenn Sie uns nicht verstehen, dann denken Sie doch mal an die im Ausland lebenden Ungarn.‘“

Kein „Dolce Vita“ für Federico Fellini

Der Name **Fellini** ist schon längst zu einem Inbegriff moderner italienischer Kultur geworden. Über ihn und sein Schaffen wurde eine Unmenge Bücher und Artikel geschrieben. Man kann all seine Preise und Prämien kaum noch aufzählen. An zwei soll allerdings an dieser Stelle erinnert werden. Der Film „8 1/2“ bekam 1963, kurz vor dem Ende des Chrutschow-Tauwetters, den Grand Prix des Internationalen Moskauer Filmfestivals. Der Preis wurde noch feierlich überreicht, der Streifen gelangte aber schon nicht mehr in die sowjetischen Kinos. Für ein Vierteljahrhundert legte man ihn auf Eis, nur in den Regierungsdatschen zeigte man ihn heimlich. 24 Jahre später kam Fellini erneut nach Moskau und erhielt den inoffiziellen, aber deshalb nicht minder ehrenvollen Preis der Assoziation der sowjetischen Kinofreunde. Diese Anerkennung, sagte der Maestro, sei für ihn die höchste „Auszeichnung der Perestroika“.

Anläßlich von Jubiläen (Fellini ist 70 geworden) ist es immer angenehm, von neuen kreativen Erfolgen zu berichten. Der Regisseur hat kürzlich die Dreharbeiten zum Film „Die Stimme des Mondes“ (nach Motiven des Romans von Ermanno Cavazzoni „Poem von Mondsüchtigen“) abgeschlossen. Gleichzeitig setzt Fellini seinen Kampf gegen das italienische Fernsehen fort, die seine Filme mit Werbeeinlagen spicken, die seiner Meinung nach das Empfinden stören. „Ich muß mich wenigstens damit trösten können, daß meine Filme die Demonstration von kommerzieller Werbung stören“, meinte Fellini mit bitterer Ironie.

A. Bukalow

Foto: „Panorama“



Weiser und Reformier

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen **Javier Perez de Cuellar** ist 70 Jahre alt geworden. Der gelernte Jurist wirkt hauptsächlich als Diplomat. Er war der erste Botschafter Perus in der UdSSR. Auf dem Posten des UNO-Generalsekretärs, den er seit 1982 innehat, legt er besonderes Augenmerk auf seine friedensstiftende Mission. Unter seiner Mitwirkung wurden die Genfer Vereinbarungen zu Afghanistan ausgehandelt und Namibia seiner Unabhängigkeit näher gebracht. UdSSR-Außenminister Schewardnadse sagte, Perez de Cuellar sei „sowohl die Vorsicht eines Weisen als auch die Forschung eines Reformers“ eigen. Seine Diplomatie vereint in sich Kompetenz und Offenheit, sie ist ein ausgezeichnetes Beispiel für die neue diplomatische Kultur.

Die Aktivierung der Rolle der UNO in der Weltgemeinschaft geht mit einer entschlossenen Haushaltsreform des UNO-Sekretariats einher, dessen Apparat bereits um 15 Prozent verringert wurde.

Am Vorabend seines Jubiläums besuchte der UNO-Generalsekretär die UdSSR, wo er mit Michail Gorbatschow zusammentraf und beim Globalforum der geistlichen und parlamentarischen Führer zu Fragen des Überlebens der Menschheit auftrat. Er erklärte, die Welt befinde sich gegenwärtig in einem Stadium, da die Lösung globaler Probleme nicht mehr länger aufgeschoben werden dürfe. Internationale ökologische Konventionen seien heute nicht ausreichend. Für das Überleben der Menschheit ist eine gemeinsame Politik aller Mitglieder der Weltgemeinschaft notwendig und außerdem eine prinzipielle Haltungsänderung gegenüber der Umwelt.



Uri Geller:

Moskau wird staunen

Der Übersinnliche, der Zehntausenden von Fernsehzuschauern in der UdSSR die Uhren repariert hat, bietet Pannenhilfe für sowjetische Satelliten an

Sonning-on-Thames, etwa 50 Kilometer westlich von London gelegen, sticht gegen viele andere englische Kleinstädte durch eine unerhörte Zahl von Postsendungen und Korrespondenzen ab. Fast alle sind an Uri Geller adressiert, der vor sechs Jahren mit seiner Familie nach Sonning gezogen ist. Seit einer Woche bekommt er noch mehr Post. Immer häufiger finden sich darin Briefe und Ansichtskarten aus der UdSSR. Aus den meisten spricht Begeisterung und Dankbarkeit für das kleine Wunder, das Uhren Uri vollbrachte, als er kurz vor Weihnachten in der Fernsehsendung „7 Tage“ auftrat. Er half den Fernsehzuschauern in der Sowjetunion, ihre seit vielen Jahren stehengebliebenen Uhren in Schwung zu bringen. Den Beweis liefern die 20 000 Briefe und Telegramme, die das sowjetische Fernsehen binnen einer Woche nach der Sendung erhielt.

In der Sowjetunion haben viele zum ersten Mal etwas von Uri Geller gehört, den man im Westen schon längst zu den ganz großen Stars der Parapsychologie zählt. Seine ungewöhnlichen Fähigkeiten machten sich schon im zarten Kindesalter bemerkbar.

Uri erzählt: „Einmal saßen wir mit der ganzen Familie am Mittagstisch. Auf einmal verbiegt sich der Löffel, den ich in der Hand halte, ohne daß ich physisch auf ihn einwirke. Damals war ich nicht älter als fünf. Etwas später konnte ich schon die Gedanken meiner Mutter erraten, oder ich konnte genau sagen, wer beim Kartenspielen gewinnt, oder ich sah jemandem in die Augen, der in meiner Abwesenheit etwas gezeichnet hatte, und brachte genau dieselbe Zeichnung zu Papier. Später habe ich gelernt, kaputte Uhren zu reparieren und Eßbesteck zu verbiegen. Solche Experimente waren viele Jahre hindurch meine wichtigste oder einzige Existenzquelle. Ich bin in zig Ländern gewesen und hatte Auftritte in Theatern, Restaurants und Fernsehshows.“

Mehrere bedeutende Wissen-

schaftler interessierten sich für den jungen Übersinnlichen. Zunächst war da Andrija Puharich, ein namhafter Spezialist für Elektronik und Medizin in den USA. Uri verbrachte mehrere Wochen im Stanford-Forschungsinstitut in Kalifornien, wo die Physiker Puthoff und Targ seine außergewöhnlichen Fähigkeiten untersuchten. Auch in anderen bedeutenden Instituten der Vereinigten Staaten und Großbritanniens wurde Uri untersucht. Viele Erscheinungen konnten sich die Forscher wissenschaftlich einfach nicht erklären, weil sie in kein physikalisches Gesetz und in keine der existierenden wissenschaftlichen Anschauungen paßten. Es wurden Monographien über Uri Gellers Fähigkeiten verfaßt. Als gründlichste und seriöse-

ste Arbeit gilt Mifflin: The Geller Papers. Bald war von einem „Geller-Effekt“ die Rede.

Einige Autoren standen den Fähigkeiten des jungen Übersinnlichen jedoch mehr als reserviert gegenüber und beschuldigten ihn der Scharlatanerie. Sie warfen ihm vor, auf das zunehmende Interesse an Grenzwissenschaften zu spekulieren.

Später sollte Uri Geller allen diesen Kritikern und Neidern in seinen Büchern „Mein Leben“, „Der Geller-Effekt“ und „Uri Gellers Schicksalsgeheimnisse“ eine Antwort geben. Das Spektrum seiner Fähigkeiten nimmt immer weiter zu.

In einem bundesdeutschen Kaufhaus läßt er durch die Kraft seiner Suggestion eine Rolltreppe anhalten und in Tokio einen Computer aussetzen. Bei Bedarf löscht Uri auch ein ganzes auf floppy-disk fixiertes Programm oder führt komplizierte telepathische Experimente vor. Seine eigentliche Visitenkarte aber bleibt der deformierte Löffel oder die verbogene Silbermünze.

In diese Jahre fällt ein Ereignis, das Uri Gellers Leben von Grund auf verändert. Man machte ihm den Vorschlag, seine Fähigkeiten auch einmal beim Aufspüren größerer Lagerstätten von Erdöl, Gold und Diamanten zu erproben. Nach einer entsprechenden Vorbereitung fliegt Uri als Mitglied verschiedener geologischer Suchergruppen in Flugzeugen und Hubschraubern Tausende von Quadratkilometern über den Dschungeln Brasiliens, den Küsten von Mexiko, den Wüstenzonen von Australien und über den Salomonen-Inseln ab. Innerhalb von 10 Jahren hat er an mehr als zehn solcher Expeditionen teilgenommen. In sieben Fällen wurden mit seiner Hilfe reiche Lagerstätten von Erdöl und Edelmetallen ausfindig gemacht.

Der bescheiden wirkende Übersinnliche wird Multimillionär und Inhaber der Firma „Uri Geller Enterprises“. Heute ist sein Wirkungsbereich ziemlich



Veröffentlichungen, die man Uri Geller gewidmet hat, dem Mann, der mit seiner Vorstellungskraft Big Ben anhalten kann

weit gefaßt: von der Hilfe bei der Prospektierung von Bodenschätzen bis zur Erfindung von Kinderspielsachen, welche die Entwicklung und Erziehung ihrer Benutzer fördern.

Uri ist Vegetarier, Nichtraucher und hat noch nie einen Tropfen Alkohol auf der Zunge gespürt. Mit seinen 43 Jahren sieht er aus wie ein schlanker, dynamischer Twen ohne den geringsten Bauchansatz.

Ende letzten Jahres machte Uri in der Weltpresse wieder von sich reden, als er kurz vor Weihnachten Big Ben, die berühmte Uhr am Tower des britischen Parlamentsgebäudes, zum Stillstand brachte. Wie es dazu kam, hat er den sowjetischen Fernsehzuschauern erzählt. Leider konnten wir in dieser Sendung aus Zeitmangel nicht zeigen, was für ein telepathisches Experiment Uri mit mir veranstaltet hat. Ich sollte einen Gegenstand oder eine Figur auf ein Blatt Papier malen, während er selbst sich in einem anderen Raum aufhielt. Ohne mich lange zu besinnen, zog ich einen Kreis. Ich legte das Blatt Papier in ein Buch von Herrn Geller, auf dem ich zur Sicherheit auch noch Platz nahm.

„Sieh mir in die Augen und versuch, deine Zeichnung noch einmal im Geiste zu wiederholen“, sagte Uri. „Gut so“, fuhr er fort und zeichnete bereits etwas auf sein Blatt Papier. „Ich glaub, das wär's.“ Mit diesen Worten zeigte er mir meinen Kreis. Interessant ist auch, daß er ihn genau da anfang, wo auch ich angesetzt hatte. Als wir beide Kreise nebeneinander legten, stellte sich heraus, daß sie auch in der Größe übereinstimmten.

„Ich möchte gern, daß meine Bücher in der UdSSR herausgegeben werden. Wie ich euren Zuschauern schon gesagt habe, bin ich bereit, das Honorar für das erste Buch an den Sowjetischen Kinderfonds zu überweisen.“

Schon einen Tag nach der TV-Begegnung mit Uri Geller reagierten gleich mehrere sowjetische Verlage auf diesen Vorschlag. Uri entschied sich für die sowjetisch-amerikanische Gesellschaft „Sovaminco“, die versprochen hat, zwei von seinen Büchern in eins zusammenzufassen und es in 2 bis 3 Monaten druckfertig vorzulegen. Der Übersinnliche hofft, in diesem Frühjahr nach Moskau kommen und an der Präsentation teilnehmen zu können. Außerdem möchte er einige Proben seines Könnens zeigen. Die erste Vorführung soll nur für Kinder stattfinden. Sollte man ihm den Vorschlag machen, hätte er auch nichts gegen eine Fernseh-Seance einzuwenden.

„Was Sie in Ihrer Sendung gezeigt haben, ist doch nur die Spitze des Eisbergs“, sagt Uri. „Sie können übrigens den Chefs von Glavkosmos bestellen, daß ich ja mal versuchen könnte, die Pannen an den sowjetischen Phobos-Satelliten zu reparieren. Bei Ihnen kennt man wahrscheinlich die Ursachen für die Ausfälle und hält sie für irreparabel.“

Wsewolod Schischkowski

SONNING-ON-THAMES – LONDON

Das letzte Mittel

Akademienmitglied Dmitri Lichatschow kündigte an, aus der Akademie der Wissenschaften der UdSSR auszutreten – diese Meldung tauchte in den Zeitungen auf. NZ-Korrespondentin Tatjana Firssowa traf mit dem Akademienmitglied zusammen, um etwas über die Motive dieses Schrittes zu erfahren

Meinen Austritt aus der AdW der UdSSR habe ich bislang nicht erklärt, und ich bitte die Presse, meine Worte nicht zu verdrehen. Ich hoffe noch, daß man mir entgegenkommen wird... Es geht um die Rettung der Reliquien des Puschkin-Hauses. Es ist in einem entsetzlichen Zustand, jeden Augenblick kann eine Katastrophe passieren. Im Herbst stand es schon mehrmals unter Wasser, wobei die Fluten nur wie durch ein Wunder Puschkins Manuskripte nicht beschädigten. Diejenigen, die das Puschkin-Archiv leiten, für es verantwortlich sind, können buchstäblich kein Auge mehr zumachen. Drei Wochen lang sind sie rund um die Uhr im Institutsgebäude im Einsatz, leben wie kaserniert. Doch das ganze Land ist schließlich verantwortlich für das Archiv – es ist das Wertvollste, was wir haben!

Alle Manuskripte Puschkins, ausgenommen nur der „Goldene Hahn“ (es ist in Berlin), fast alle Manuskripte Lermontows, seine Bilder und Sachen.

Durch heißen Dampf kam dieser Tage die großartige, thematisch geordnete Bibliothek von Auszügen aus verschiedenen Werken von Nikolai Pksanow um. Der Dampf stieg die ganze Nacht in die Räume auf, und wenn die Temperatur jetzt sinkt (immerhin haben wir ja Winter!), werden die Handschriften verzeihen... Man muß sie retten, muß sie unverzüglich an einen anderen Ort bringen!

Ich schlug der Leitung des Kulturfonds vor, an das ZK der KPdSU mit der Bitte heranzutreten, der Handschriftenabteilung des Puschkin-Hauses und dem Archiv der AdW der UdSSR einen Teil eines fast fertigen Gebäudes zu übergeben – 6000 Quadratmeter, ausgerüstet nach dem letzten Stand der Technik und bestimmt für das Leningrader Parteiarchiv. Die städtischen Behörden aber schlagen uns zum wievielten Mal schon vor, die Handschriften in einen Palastrum zu bringen. Doch die Paläste sind nicht geeignet für Archive, die Umrüstung wird mindestens fünf Jahre verlangen. Wir aber können nicht einmal fünf Tage warten!

Die Situation ist absolut empörend, sie zeugt von der Kulturlosigkeit derjenigen, die für die Kultur verantwortlich zeichnen. Deshalb, meine ich, sollte man sich nicht nur an das ZK, sondern vielleicht auch an Michail Gorbatschow persönlich wenden.

Wenn die Manuskripte von Puschkin, Lermontow, Dostojewski, Saltykow-Stschedrin, Blok und anderer in einer solchen Ver-

fassung bleiben, wenn der Fundus 50 Jahre lang unbearbeitet bleibt, werde ich die Akademie verlassen müssen, da ich keinen anderen Weg sehe, um Einfluß zu nehmen. Es wird einfach meine Pflicht sein, die Aufmerksamkeit der ganzen Welt darauf zu lenken, was in meinem Land geschieht... Doch noch gibt es Hoffnung, daß die Leningrader Parteiorganisation eine angemessene Haltung einnehmen und ihr denkwürdiges Archivgebäude für drei bis vier Jahre dem Puschkin-Haus überlassen wird.

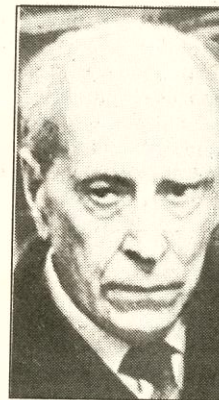
Das Ansehen der Leningrader

Kommunisten würde dabei nur gewinnen. Wie können das diejenigen, die das Parteiarchiv verwalten, nicht begreifen?

Mein Austritt aus der Akademie, davon bin ich fest überzeugt, würde nichts bringen. Man würde wohl nur sagen, Lichatschow sei launisch, doch das bin ich keineswegs. Ich habe sehr lange geduldet, kann dulden – doch nur nicht das. Die Manuskripte unserer Klassiker sind Kulturgut unseres ganzen Volkes, ja der ganzen Menschheit.

An dem Tag, als ich von meinem möglichen Austritt aus der Akademie sprach, schlug G. Martschuk, Präsident der AdW der UdSSR, vor, den Palast, wo sich das Präsidium der AdW der UdSSR befindet, an die Geisteswissenschaften zu übergeben. Ich verstehe, daß er das nicht einfach anordnen kann, doch die von ihm gezeigte Initiative ist schon sehr viel. Sie will zumindest für ein Gleichgewicht der Geisteskultur mit jeder anderen sorgen.

Zunächst, sagte Dmitri Lichatschow, habe er gedacht, wir bräuchten ein Gesetz über den Schutz der Kultur- und Geschichtsdenkmäler, doch jetzt sei er davon überzeugt, daß wir ein Gesetz über die Kultur benötigen. Ein solches Gesetz ist schnellstmöglich zu erarbeiten und zu verabschieden, da jeder Tag unwiederbringlich Kulturwerte – Bücher, Bilder und Baudenkmäler – von uns nimmt.



Eine weitgeöffnete Tür

„Schlagt eure Tür nicht zu. Laßt sie immer offenstehen...“ sang Bulat Okudshawa vor vielen Jahren. Man hörte ihm jedoch nicht zu, und diejenigen, die ihn hörten, hatten keinen Einfluß auf die schwere Tür, die sich nur unwillig für Landsleute von uns, die sich im Ausland befanden, öffnete.

Heute ist das anders. Die Tür ist offen. Wir wünschen uns, daß die russische Kultur nicht mehr länger in eine einheimische und eine ausländische gespalten wird.

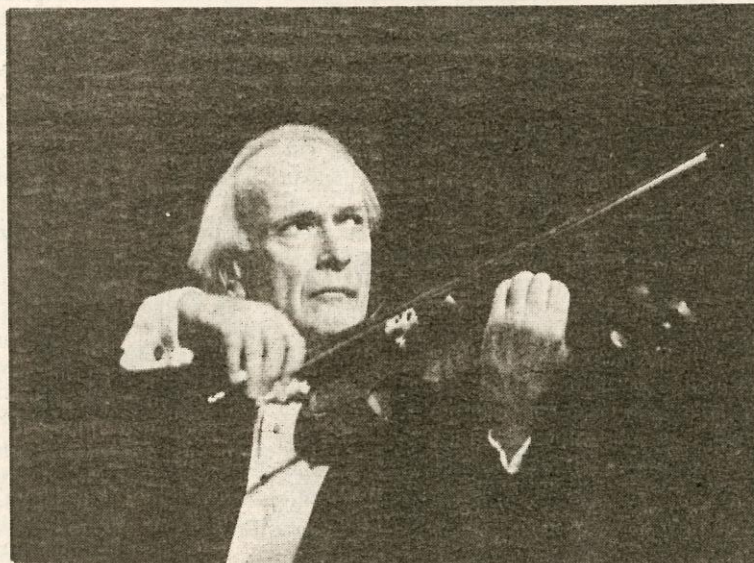
Die NZ veröffentlicht zwei Briefe aus den USA.

Im Winter 1986 kam eine sowjetische Literatengruppe in das Kennan-Institut in Washington, um an einem Puschkin-Symposium teilzunehmen. Einer der sowjetischen Gäste zählte zu meinen Bekannten, was ich auch in einem Gespräch mit den damaligen Leitern des Internationalen Wilson-Zentrums, zu dem auch das Kennan-Institut gehörte, erwähnt habe. Damals antwortete man mir, einem Stipendiaten des Instituts: „Seien Sie vorsichtig und überstürzen Sie nichts. Bei uns hat es Exzesse gegeben. Vor einiger Zeit haben sowjetische Literaten sich demonstrativ von einem Kollegen, einem Stipendiaten des Instituts, abgewandt, der in der Vergangenheit ein bekannter Moskauer Schriftsteller war und inzwischen emigriert ist.“

Damals, 1986, ist es nicht zu Exzessen gekommen. Ganz im Gegenteil, beide Seiten sind demonstrativ aufeinander zugegangen, aber eben demonstrativ, als wollte man sagen: Wir reden miteinander, trinken zusammen Kaffee und gehen gemeinsam spazieren. Wir hegen keinen Groll gegeneinander und sehen über gegenseitige Kränkungen hinweg.

Zwei Jahre später hatte die Situation sich verändert. Im Russischen Forschungszentrum der Harvard-Universität, wo ich wissenschaftlicher Mitarbeiter war, verging kaum eine Woche ohne Begegnungen mit Gästen aus der Sowjetunion. Niemand wurde mehr zur Vorsicht ermahnt. Vielleicht sollte man sagen, daß die Atmosphäre sich grundlegend geändert hätte, aber ich ertappe mich dabei, daß ich das Wort „grundlegend“ nicht verwenden mag. Etwas in mir hält mich zurück. Wenn ich mich also zurückhaltend äußere, war die Veränderung wohl doch nicht so grundlegend.

Inzwischen weiß ich, was mich zurückgehalten hat. Gesten, Blicke und eine gewisse, nicht immer geschickt verborgene angespannte Aufmerksamkeit, wie sie für Menschen typisch ist, die dauernd auf der Hut sein müssen. Man versucht, sich zu überwinden und sagt sich: „Genug davon. Was soll das, die Leute kommen dir aufgeschlossen entgegen, also entspann dich selbst auch ein bißchen.“ Hat man sich entspannt und tritt den anderen dann selbst offenherzig entgegen, wird einem plötzlich ganz im Vertrauen und als wolle man einen aus der Masse heraussondern gesagt: „Also eure Leute hier sind ja dermaßen steif. Diese Klischeevorstellungen sind ihnen wohl gar nicht auszutreiben!“



10. November 1987: Yehudi Menuhin in Moskau

Foto: E. Lewin

Dann erinnere ich mich noch an eine Begegnung im Juni 1989, während des Monats der russischen Kultur in Zürich. Aus der Sowjetunion trafen 1500 Gäste ein. In seinem Grußwort sagte der Bürgermeister von Zürich, daß seine Stadt eine solche Delegation aus der UdSSR noch nicht gesehen habe. Ein Vertreter des sowjetischen Kulturministeriums pflichtete ihm bei, als er bemerkte, daß so viele Menschen noch nie auf einmal weder nach Zürich noch in irgendeine andere Stadt der Welt geschickt worden seien.

Zum ersten Mal in den 30 Jahren meines Emigrantenlebens dachte ich wieder an die Worte meiner Landsleute aus Odessa zurück: „Wenn die Menschen einander wirklich glauben wollen, glauben sie. Das kann ihnen keiner nehmen.“

Etkind, Sinjowski, Wojnowitsch, Bitow, Aigi, Kornilow, Sarnow, Lurier: Haben wir uns bei unseren öffentlichen Diskussionen und Streitgesprächen über Mandelstam und die Avantgarde-Literatur etwa nach den Reispässen, mit denen wir in die Schweiz gefahren sind, voneinander abgegrenzt? Wer hat

mich mehr als andere in meinen Thesen über nationale Tonlagen und Halbtöne im Werk von Ossip Mandelstam unterstützt? Das waren Andrej Bitow und Gennadi Aigi. Niemand hat sich ängstlich umgeschaut weder in der offenen Diskussion, bei Gesprächen über einem Glas Wein noch bei unseren stundenlangen Wanderungen durch das nächtliche Zürich.

Juri Temirkanow, Dirigent der Leningrader Philharmonie, der gerne mit uns Schriftstellern zusammensaß, fragte: „Warum sehen wir uns so selten? Und warum in Zürich und nicht in Moskau, Leningrad, Jerewan oder Odessa?“

Die Schriftsteller von dieser wie jener Küste verstanden ihn: Die Zeiten sind heute

nicht mehr so, daß man sich voneinander abgrenzen und nur über einen Cordon miteinander sprechen müßte. Das Exil ist kein Synonym für den Feind, und Emigrant kein Synonym für einen anti-sowjetisch eingestellten Gegner mehr. Man sollte sich nicht mehr nur in Zürich treffen. Man könnte doch auch in Moskau, Leningrad, Jerewan, Tbilissi, Baku, Riga, Odessa oder Taschkent musizieren oder miteinander reden. Es sollten offene Begegnungen sein, vom Fernsehen übertragen, in Klubs oder Konzertsälen, ohne sich zu verstecken, damit jeder an diesen Begegnungen als Zuschauer, Leser, Zuhörer oder Gesprächspartner teilnehmen kann. Deshalb unterstütze ich auch die Idee eines „Hauses der offenen Tür“.

Arkadi Lwow,
Schriftsteller, New York

Wir begrüßen die Idee des Nowoje Wremja-Festivals von ganzem Herzen. Wir meinen, daß die Bestimmung der Kunst darin besteht, zu vereinen und nicht zu trennen. Kunst sollte ohne ideologische oder politische Beschränkungen existieren. Nur dann kann sie sich voll entfalten.

Als ehemalige Schüler von David Oistrach, als Absolventen des Moskauer Konservatoriums, als Aspiranten desselben und als Preisträger bei internationalen Wettbewerben sind wir bereit, unseren Beitrag zur Durchführung eines solchen Festivals zu leisten

Juri Masurkewitsch,

Professor an der Universität von Boston,
Leiter des Lehrstuhls für Saiteninstrumente
und Verdienter Künstler der Ukrainischen SSR

Dana Masurkewitsch,

Professorin der Universität von Boston

Neue Möglichkeiten für Geschäftsleute



Die Internationale Handelsverwaltung der Zivilluftfahrt (MKU GA) hilft Ihnen, Ihre Probleme beim internationalen Lufttransport und bei der Gründung von Gemeinschaftsbetrieben mit ausländischen Partnern zu lösen.

MKU GA



wickelt jede außenwirtschaftliche Tätigkeit der Zivilluftfahrt ab, inklusive Lufttransport und Service in der UdSSR und im Ausland; Devisen- und Finanzverrechnungen; Abschluß von Verträgen und Vereinbarungen; Werbung für Lufttransport und Service; technische Hilfe für sowjetische und ausländische Organisationen, Firmen und Einzelpersonen bei Wartung und Reparatur von Flugtechnik, bei Lieferungen von Ausrüstung und Material und bei der Ausbildung von Fachleuten.

Einen Geschäftspartner wie MKU GA zu haben, bedeutet schnellen und effektiven Zugang zu direkten Geschäftsverbindungen mit Luftfahrtgesellschaften, Firmen und Organisationen in fast 100 Ländern ohne zusätzliche Ausgaben.

Wenn Sie mit uns zusammenarbeiten wollen, schreiben Sie uns:
125167 Moskau, A-167, Leningradski Prospekt 37
Internationale Handelsverwaltung der Zivilluftfahrt

Telefon: 155 66 47
Telex: 411 969

АЭРОФЛОТ
Soviet airlines